MASTER
NEGATIVE
NO. 94-82008-6

COPYRIGHT STATEMENT

The copyright law of the United States (Title 17, United States Code) governs the making of photocopies or other reproductions of copyrighted materials including foreign works under certain conditions. In addition, the United States extends protection to foreign works by means of various international conventions, bilateral agreements, and proclamations.

Under certain conditions specified in the law, libraries and archives are authorized to furnish a photocopy or other reproduction. One of these specified conditions is that the photocopy or reproduction is not to be "used for any purpose other than private study, scholarship, or research." If a user makes a request for, or later uses, a photocopy or reproduction for purposes in excess of "fair use," that user may be liable for copyright infringement.

The Columbia University Libraries reserve the right to refuse to accept a copying order if, in its judgement, fulfillment of the order would involve violation of the copyright law.

Author:
Barbarino, Otto

Title:
Gibt es in der statischen wirtschaft einen...

Place:
?

Date:
[193-?]

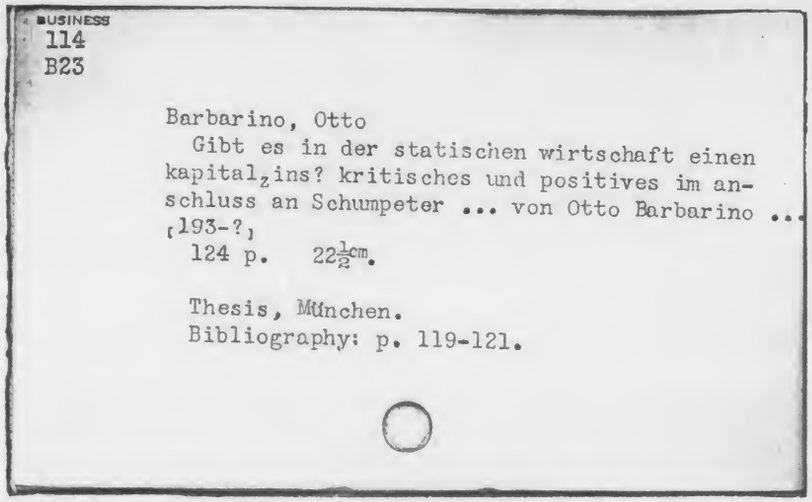
94-82008-6

MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD



BUSINESS
114
B23

Barbarino, Otto
Gibt es in der statischen wirtschaft einen kapitalzins? kritisches und positives im anschluss an Schumpeter ... von Otto Barbarino ... [193-?]
124 p. 22½cm.

Thesis, München.
Bibliography: p. 119-121.

RESTRICTIONS ON USE:

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 12:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 4-5-94 INITIALS: PB

TRACKING # : MSH 00394

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

2.0 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

1.5 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

PM-MGP 13″x18″
METRIC GENERAL PURPOSE TARGET
PHOTOGRAPHIC

150 mm

100 mm

A4

A5

1.0 mm

1.5 mm

2.0 mm

2.5 mm

PRECISION℠ RESOLUTION TARGETS

Century A&P

1303 Geneva Avenue
St. Paul, MN 55119

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

4.5 mm

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

3.5 mm

Gibt es in der statischen Wirtschaft einen Kapitalzins?

Kritisches und Positives im Anschluß an Schumpeter

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
einer
hohen staatswissenschaftlichen Fakultät der
Ludwig-Maximilians-Universität München
vorgelegt von

Otto Barbarino
Diplom-Volkswirt
aus Burghausen, Obbay.

*

D114 B23

Columbia University
in the City of New York

LIBRARY

School of Business

Gibt es in der statischen Wirtschaft einen Kapitalzins?

Kritisches und Positives im Anschluß an Schumpeter

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
einer
hohen staatswissenschaftlichen Fakultät der
Ludwig-Maximilians-Universität München
vorgelegt von

Otto Barbarino
Diplom-Volkswirt
aus Burghausen, Obbay.

*

Bus
D 114
B23

Hee Mar 18, 1927

Vorwort

Das Thema der vorliegenden Dissertation sollte ursprünglich lauten: „Statische und dynamische Bestimmungsgründe des Kapitalzinses". Es war gedacht an eine Gesamtkritik der Schumpeterschen Zinstheorie, welche dann zu positiv formulierten Ergebnissen weitergeführt werden sollte. Erst im Verlauf der Arbeit zeigte sich, daß bei einiger Gründlichkeit der Rahmen einer Dissertation hätte überschritten werden müssen, wenn dieses gesamte Gebiet zur Behandlung kommen sollte. Insbesondere wurde klar, daß die Untersuchung des Fundamentes der Schumpeterschen Zinstheorie, daß mit anderen Worten die Frage, ob es in der statischen Wirtschaft einen Zins gibt oder nicht, einen genügend großen und in sich geschlossenen Problemkreis darstellt. Daher wurde das Thema in dieser Weise eingeengt. Jedoch ist die vorliegende Dissertation schon jetzt gedacht als Teil einer größeren Untersuchung in dem oben angedeuteten Sinne. Der ganze vorbereitende Teil — Einführung und erstes Kapitel — hebt auch bereits auf diesen weiteren Rahmen ab und ist deshalb verhältnismäßig umfangreich gegenüber dem im zweiten und dritten Kapitel behandelten ersten Hauptteil. Es wird in der vorliegenden Arbeit nicht alles erfüllt, was in der Einführung angekündigt ist. Anderseits greift das erste Kapitel in dem, was über Methoden und Systemtypen gesagt wird, bereits weit über den Rahmen der vorliegenden Untersuchung hinaus. Dies zur Begründung und zum Verständnisse des vielleicht eigenartigen architektonischen Aufbaues der Arbeit.

Mein sehr verehrter Lehrer, Herr Geheimrat von Zwiedineck-Südenhorst, hat mir durch das gestellte Thema ein äußerst interessantes Gebiet eröffnet. Für die reiche Anregung, welche er meiner Arbeit stets zuteil werden ließ, habe ich ihm meinen tiefgefühlten Dank auszusprechen.

Der Verfasser.

Einführung

Wenn man die theoretische Nationalökonomie unserer Zeit in der Gesamtheit ihrer Lehrmeinungen betrachtet, so muß vor allem ein Doppeltes an ihr bemerkt werden. Einmal, das besonders weitgehende Auseinanderfallen der Meinungen über eines der Grundprobleme der Zirkulationslehre, nämlich über das Zinsproblem, und zum anderen das wachsende Interesse für die regelhaften Erscheinungen der wirtschaftlichen Dynamik. Mag man auch persönlich der Meinung sein, daß eine der heute vertretenen Zinstheorien die Erscheinung des Zinses bereits vollkommen erklärt, so muß man doch das Fehlen einer communis opinio gerade in diesem Teilbezirk unserer Wissenschaft mehr als in irgendeinem anderen feststellen. Was die Lehre von der Konjunktur als der wichtigsten dynamischen Erscheinung von genereller Bedeutung betrifft, so kann man hier zwei Gruppen von Anschauungen unterscheiden, die mehr durch den Streit über die Methode der Forschung, als über den Inhalt ihrer Lehren getrennt werden. Während die einen den empirisch-induktiven Weg gehen, suchen die anderen von der statischen Theorie aus vorzudringen, um die grundlegenden Zusammenhänge des Konjunkturverlaufes zu durchleuchten.

Schumpeters „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung", welche den dogmenkritischen Ausgangspunkt für die vorliegende Arbeit bilden soll, ist somit in doppelter Beziehung besonders interessant. Sie enthält eine Zinstheorie, die, völlig abweichend von den früher und gleichzeitig vertretenen Anschauungen, alle Bestimmungsgründe leugnet, die im statischen Zustand der gesellschaftlichen Wirtschaft für die Erscheinung des Kapitalzinses maßgebend sein sollen. Schumpeter versucht vielmehr in einem der kühnsten Vorstöße, die bisher von der reinen statischen Theorie aus in das Gebiet der Dynamik unternommen wurden, den Kapitalzins in der konjunkturbewegten dynamischen Wirtschaft zu erklären. Damit ist aber an der Zinstheorie Schumpeters besonders bemerkenswert, daß sie nicht nur das Wesen des Zinses und die Tendenzen seiner grundlegenden Bewegungen beschreibt und erklärt, wie dies seit den Tagen der Klassiker geschah, sondern, daß sie gleich-

zeitig das wichtigste akzidentielle Merkmal des Zinsphänomens in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft zu erfassen sucht, nämlich, die auffallenden zyklisch-wechselnden Bewegungen des Zinsfußes im Konjunkturverlauf. Andererseits hat aber doch Schumpeters völlig abweichender Erklärungsversuch des Kapitalzinses, vor allem dessen Leugung in der statischen Wirtschaft, heftige Kritik hervorgerufen. Vielfach wurden in diesen Angriffen auf Schumpeters Lehre entscheidende Punkte angeführt, so besonders von Böhm-Bawerk, vielfach aber wurde die Kritik deshalb Schumpeter nicht gerecht, weil man sich begnügte, sein ganzes System als verfehlt oder die Methode seiner deduktiven Erforschung der konjunkturbewegten dynamischen Wirtschaft als spekulativ abzulehnen, ohne die einzelnen Bausteine seiner Lehre auf ihre Verwertbarkeit hin zu prüfen. Oder man begnügte sich mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit, seine Schlußfolgerungen verifizieren zu können, man wies etwa auf die Tatsache hin, daß der Zins auch bei langanhaltender Depression nicht auf Null sinke. Aber auch wo man auf die statische Fundamentierung seiner Theorie einging, wurde man nicht der Forderung Schumpeters gerecht, daß jeder durchgedachte Gedankengang wert sei, nachgedacht zu werden.

Wenn wir nunmehr den Versuch machen, im Sinne dieser Forderung die Anschauungen Schumpeters über den Zins, wie sie insbesondere in seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" enthalten sind, nachzuprüfen, so soll doch das Ziel dieser Untersuchung nicht eine bloße Kritik sein. Schumpeters Gedankengang bringt uns selbst schon in mannigfache Berührung mit anderen Zinstheorien, mit der Böhm-Bawerks und mit der Abstinenztheorie, und eine dogmenkritische Untersuchung kann heute nur den Sinn haben, über den Widerstreit der Meinungen hinauszukommen, die Gegensätze in synthetischer Arbeit abzubauen und darüber hinaus — aber erst, wenn diese Arbeit geleistet ist — neue Gedanken zur wissenschaftlichen Diskussion beizutragen.

Schumpeters Zinstheorie gründet auf seinem Satz von der Zinslosigkeit der statischen Wirtschaft, und so wird sich unsere Untersuchung vor allem mit dem auseinanderzusetzen haben, was im wesentlichen den Inhalt des ersten Kapitels der „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" ausmacht. Sollten wir aber zu der Ueberzeugung kommen, daß dieser Satz von der Zinslosigkeit der statischen Wirtschaft unrichtig ist, so werden wir deshalb unsere dogmenkritische Arbeit noch keineswegs für beendet halten, wir werden Schumpeters „dynamische"

Zinstheorie, die erst auf diesem negativen Urteil gegründet ist, nicht als zwecklos und für eine weitere Untersuchung ungeeignet erachten. Gerade darin, daß diese Theorie über das Gebiet des Statischen hinausreicht, sehen wir ja ihren Vorzug und die Möglichkeit, daß sie trotz des vielleicht unrichtigen Fundaments richtige Erkenntnisse enthält, die geeignet sind, das Bild der bisherigen Lehren nach der dynamischen Seite hin zu ergänzen.

Bevor wir aber an die Lösung dieser beiden Fragen herangehen, müssen wir, gezwungen durch den oben angedeuteten Methodenstreit auf dem Gebiet der Erforschung der sozialwirtschaftlichen Dynamik, den Weg nach dieser formalen Richtung hin freimachen. Was nützt uns eine Untersuchung der „dynamischen" Zinstheorie, wenn die ihr zugrundeliegenden Zusammenhänge auf dem von Schumpeter eingeschlagenen Weg überhaupt nicht erforscht werden können? Wir müssen untersuchen, ob es möglich ist, dadurch zu Erkenntnissen über die Zusammenhänge der konjunkturbewegten dynamischen Wirtschaft zu kommen, daß man, wie Schumpeter dies tut, die Prämissen, welche das Gebiet der statischen Untersuchung auf einen engen Raum einschränken, auflöst, daß man neue, auf empirischem Weg gewonnene Voraussetzungen einsetzt, um die rational-deduktive Methode weiter entwickeln zu können. Sollten wir zur Bejahung der Möglichkeit eines solchen Forschungsweges kommen, so müssen wir auch zeigen, wie derselbe vorwärtsführt, d. h. wie sich die Systemtypen Statik und Dynamik zueinander verhalten müssen. Haben wir darauf eine eindeutige Antwort gegeben, so verbleibt uns noch die Aufgabe, diese mit der Antwort zu vergleichen, die Schumpeter auf dieselbe Frage gegeben hat. In der evtl. Verschiedenheit dieser beiden Antworten gewinnen wir dann vielleicht den Ansatzpunkt für die kritische Würdigung der oben aufgezeigten inhaltlichen Probleme.

Indem wir die hier gestellten Fragen noch einmal kurz in ihrer sachlichen Aufeinanderfolge wiederholen, gewinnen wir den Plan für unsere Arbeit.

Im ersten Kapitel sollen also die folgenden Vorfragen der Reihe nach ihre Behandlung finden:

Ist eine Erforschung der konjunkturbewegten dynamischen Wirtschaft auf deduktivem Weg von der Statik aus überhaupt möglich?

Wie müssen sich im bejahenden Falle die Systemtypen Statik und Dynamik zueinander verhalten?

Wie ist ihre Fassung bei Schumpeter zu beurteilen?

Im zweiten und dritten Kapitel haben wir uns mit der ersten unserer beiden Hauptfragen auseinanderzusetzen:

Jst die Behauptung von der Zinslosigkeit der statischen Wirtschaft richtig und welche Bestimmungsgründe gelten im verneinenden Fall?

In den letzten Kapiteln endlich wird uns die zweite Hauptfrage beschäftigen:

Inwieweit ist in diesem verneinenden Falle die ihres Fundamentes beraubte „dynamische" Zinstheorie Schumpeters als Teillösung aufrecht zu erhalten und wie paßt sich diese evtl. Teillösung in das wahre Gesamtbild der konjunkturbewegten dynamischen Wirtschaft ein?

I. Kapitel

Statik und Dynamik

Die Wirtschaftswissenschaften zerfallen, soweit sie nicht angewandte Wissenschaften, reine Kunstlehren, sind, in eine historische und eine theoretische Gruppe. Gemeinsam ist beiden, der Wirtschaftsgeschichte wie der Wirtschaftstheorie, die Unmöglichkeit, die Gesamtheit der sozialwirtschaftlichen Erscheinungen zu erfassen. Was die beiden Wissenschaftsgebiete trennt, ist die Verschiedenheit des Interesses, mit welchem sie an diesen komplexen Gegenstand herangehen, ist das verschiedene Prinzip, nach welchem sie aus der Gesamtheit der sozialwirtschaftlichen Erscheinungen eine Auslese treffen. Die Theorie erfaßt das Allgemeine, Regelmäßige oder doch Regelhafte, dasjenige, was sich wiederholt und einer Mehrzahl von Erscheinungen gemeinsam ist. Sie erfaßt diejenigen Zusammenhänge, welche in Ursache und Wirkung eine gewisse Konstanz aufweisen, sucht deren Gesetze zu ergründen und bildet generelle Begriffe. Von allem Zufälligen, das die Konstanz der Erscheinungen stört oder verdeckt, von allem, was im jeweiligen Zusammenhang unwesentlich ist, sieht sie ab. Die Geschichte dagegen wendet sich vor allem dem Einmaligen, Besonderen, vom Regelmäßigen, Abweichenden, zu, ohne freilich daneben einer umfangreichen Generalisierung entbehren zu können.

Die Theorie kann nicht als völlig unabhängig von der Geschichte gedacht werden. Es besteht unter den allgemeinen Erscheinungen, welche das Interesse des Theoretikers erwecken, eine Rangordnung. Je allgemeingültiger eine Erscheinung oder das Merkmal einer zusammengesetzten Erscheinung ist, um so weniger sind Merkmal oder Erscheinung der historischen Relativität unterworfen, um so geringer ist aber auch ihr Inhalt. Daß die Menschen Bedrüfnisse haben und daß die Mittel zu deren Befriedigung jeweils relativ knapp sind, das ist eine Tatsache, die Geltung haben wird, solange es eine Menschheitsgeschichte gibt. Daß die Banken der modernen kapitalistischen Volkswirtschaft Kreditinflation betreiben können, ist eine natürlich viel stärker historisch bedingte Erscheinung, deren eminente sozialwirtschaftliche Bedeutung dadurch aber nicht geringer wird. Gerade diese Erscheinungen und Zusam-

menhänge darf aber die Theorie nicht vernachlässigen, wenn sie nicht äußerste Abstraktion bleiben will. Wir wollen nicht nur wissen, warum es überhaupt einen Kapitalzins gibt, sondern wir wollen auch ergründen, warum der Zinsfuß seit etwa 100 Jahren den regelhaften Schwankungen des Konjunkturverlaufes unterworfen ist. Es handelt sich hier bei dem Herausgreifen verschieden allgemeiner Merkmale und Erscheinungen nicht um eine Gegensätzlichkeit der Inhalte, sondern nur um ein Mehr oder Weniger an Inhalt. Je wirklichkeitsnäher das wissenschaftliche Bild von der gesellschaftlichen Wirtschaft ist, um so reicher ist es, um so unentwirrbarer sind aber auch die Ursachen, um so komplexer die Erscheinungen.

Das Mittel, diese Ursachen zu entwirren und die Erscheinungen zu zergliedern, ist die generalisierende Abstraktion, welche auf zweierlei Weise möglich ist. Entweder man stellt empirisch diejenigen wenigen verursachenden Faktoren fest, welchen die allgemeinste Wirksamkeit auf dem Gebiet der sozialwirtschaftlichen Erscheinungen zukommt, man hebt diese „Grundkräfte", wie Ammon sie nennt[1]), heraus, indem man sie nach dem Schema ceteris paribus von allen anderen im Wirtschaftsleben auftretenden Ursachen gedanklich isoliert, und sucht so die ihnen eigene Wirksamkeit deduktiv zu erschließen. Diese rationale Methode ist in der Regel nur dort anwendbar, wo es sich um Ursachen handelt, die in ihrer Wirkung verstehbar sind, also in unserem Gebiet des Gesellschaftlichen, im Gegensatz zu dem Gebiet der Natur. In der Natur läßt sich meist nur feststellen, daß eine Wirkung deshalb eintreten muß, weil die vorausgehende Ursache dieselbe ist, wie in allen den Fällen, die dem in Frage stehenden Fall gleichartig sind. Die rational-deduktive Methode hat aber jeweils sehr bald den engen Bezirk, der durch die vielen gedanklich-isolierenden Annahmen und die wenigen positiv-formulierten Prämissen abgesteckt ist, durchforscht, und sie kann nur dann weiter entwickelt werden, wenn die ausdrücklich gemachten oder stillschweigend vorausgesetzten isolierenden Annahmen — wie z. B. gegebene Bevölkerung oder gleichbleibender Stand der Technik — der Reihe nach aufgelöst und durch entsprechende empirisch-fundierte zusätzliche Prämissen positiven Inhalts — stetig wachsende Bevölkerung, gleichmäßig fortschreitende Technik — ersetzt werden. Mit der zunehmenden Zahl der Prämissen wächst aber auch die Zahl der wirksamen Ursachen und der durch sie hervorgerufenen Bewegungen. Es wachsen die Möglichkeiten gegenseitiger Compensationen dieser Bewegungen, und die deduktive Methode wird immer schwieriger anzuwenden. Dazu kommt, daß die in den zusätzlichen Prä-

[1]) Alfred Ammon, „Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonmie", Wien und Leipzig 1927.

missen neu eingeführten ursächlichen Elemente immer weniger allgemeingültig sind. Es wächst damit die Schwierigkeit, diese Elemente in ihrer wesensmäßigen Bestimmtheit, wie in ihrer Stellung innerhalb der Rangordnung abnehmender Allgemeingültigkeit unmittelbar empirisch festzustellen. Denn nur die allgemeinsten wirtschaftlichen Bedingungen, wie z. B. das Knappheitsprinzip, werden durch unmittelbare empirische Evidenz erschlossen. Es besteht die Gefahr, daß man entweder überhaupt falsche Voraussetzungen macht oder doch daß der Inhalt dieser Voraussetzungen von relativ geringer Bedeutung ist, während man relativ bedeutsame Bestimmungsgründe der gesellschaftlichen Wirtschaft außer acht läßt. Wenn wir demgegenüber die reale Volkswirtschaft als ein Ineinander und Durcheinander von Zusammenhängen und Bewegungen, als das Ergebnis von Kompensationen und Ueberkompensationen bezeichnen müssen, so erkennen wir die Unmöglichkeit, mit Hilfe der rational-deduktiven Methode allein zu einem zwar immer noch abstrakten und generellen Erkenntnisbild zu kommen, das aber doch so wirklichkeitsnah ist, daß die reale Volkswirtschaft in ihm wieder erkannt werden kann.

Die zweite Möglichkeit der generalisierenden Abstraktion ist die der Naturwissenschaften, denen es infolge der mangelnden Verstehbarkeit der untersuchten Zusammenhänge nicht möglich ist, den deduktiven Weg der abnehmenden Abstraktion, den Weg der rationalen Methode, einzuschlagen. Die naturwissenschaftliche Methode stellt nicht zuerst die „Grundkräfte" fest, sondern eliminiert aus einer komplexen Erscheinung nacheinander im Weg zunehmender Abstraktion die zufälligen, weniger allgemeinen oder im jeweiligen Zusammenhang unwesentlichen Merkmale. Sie stellt im Ursachen- wie im Folgenkomplex der Gesamterscheinung die Gesamtheit der Merkmale fest und sucht dieselben der Reihe nach durch die Uebereinstimmungsmethode, Differenzmethode usw. in Zusammenhang zu bringen. Voraussetzung für die Anwendung der Induktion ist also, zu wissen, aus welchen Elementarursachen und Elementarfolgen die Gesamterscheinung zusammengesetzt ist. Dieser vollständige Katalog der Merkmale wird in der Naturwissenschaft ermöglicht, einmal durch die relativ-geringe Rolle des Zufalls oder, was dasselbe ist, durch die relativ hohe Konstanz in den Naturereignissen, und zweitens durch die Möglichkeit der faktischen experimentellen Isolierung, welche nicht nur die relativ-wenigen Zufälle auszuschalten, sondern auch den Komplex der zusammengesetzten konstanten Ursachen und Wirkungen zu zerlegen imstande ist. Diese beiden Voraussetzungen sind für die Gesellschaftswissenschaften nicht oder nur höchst mangelhaft gegeben. Es gilt das Wort Rümelins: „Der typische Charakter der Erscheinungen

steht gewissermaßen mit der Entwicklungsstufe in umgekehrtem Verhältnis." Es ist nur ein glücklicher Zufall, wenn einmal die meist sehr große Zahl der unbekannten ursächlichen Elemente oder der unbekannten Merkmale der Gesamtfolge auf Null sinkt. Und das isolierende Experiment ist im Bereich des Sozialwirtschaftlichen weniger möglich, als irgendwo. Es können wohl induktiv — sofern der Ausdruck auf der Stufe der bloßen Begriffsbildung überhaupt berechtigt ist — generelle Begriffe gewonnen werden. Die Begriffsbildung eilt ja überall dort dem Schlußverfahren voraus, wo eine Erscheinung von gewisser Konstanz und Regelmäßigkeit, wie sie z. B. dem so gewonnenen Begriff der Konjunktur entspricht, beobachtet wird, ohne auch schon in ihrer Kausalität durchschaut zu werden. Aber die induktive Schlußfolgerung muß bei unvollständiger Kenntnis der Daten immer hypothetisch bleiben.

Wegen dieser mangelhaften Verwendbarkeit des induktiven Schlußverfahrens im Gebiet der sozialen Wissenschaften hat die statistische Methode, welche einen der Induktion entgegengesetzten Weg geht, dort ihre große Bedeutung gewonnen. Sie sucht die zufälligen Merkmale nicht durch Isolierung, sondern durch Kumulierung auszuschalten. In einer immer größeren Zahl von Beobachtungen kompensieren sich die individuellen, nichttypischen Abweichungen gegenseitig weitgehend, und es kommt damit allmählich die typische oder Wesensform der Erscheinung zum Vorschein. Das hat aber zur Folge, daß die Statik materiell nicht Wahrheiten, sondern bloß Wahrscheinlichkeiten festzustellen in der Lage ist. Aber auch wenn mit Hilfe des Gesetzes der großen Zahl die Ausscheidung des Zufalls weitgehend gelingt, so bleibt doch nur eine Konstanz komplexer Natur übrig. Auch die nur selten anwendbare Methode der Gruppenzerlegung vermag bestenfalls einige wenige Merkmale bezw. Teilerscheinungen aus diesem Komplex auszuscheiden. Die außerdem in der Statik häufig vorgenommene rechnerische Zerlegung einer Gesamtbewegung in eine Reihe von Teilkomponenten arbeitet in der Regel schon mit außerstatischen Annahmen. Wenn z. B. die Konjunkturstatik aus der Gesamtheit der festgestellten Bewegungen einerseits den Trend und andererseits die reine Konjunkturbewegung ausscheidet, so wird damit unterstellt, daß die beiden Teilbewegungen verschiedene Wirkungen verschiedener Ursachen sind. Diese Annahme muß aber doch irgendwie begründet sein. Entweder liegt ihr eine Wahrheit zugrunde, die auf irgendeinem anderen Weg gefunden, die durch eine anders gewonnene theoretische Erkenntnis oder doch durch eine unmittelbare Lebenserfahrung begründet wird. Oder die Annahme ist eine mit der nötigen Vorsicht anzuwendende Arbeitshypothese. Hypothesen sind überall dort am Platz, wo ihre

Anwendung auf einer späteren Stufe der Forschung sachlich gerechtfertigt wird. Da die Statik eine von der breiten Erfahrung ausgehende und damit von derselben hinwegführende Methode darstellt, kann diese Aufgabe der Rechtfertigung nur wieder von seiten einer anders vorgehenden theoretischen Richtung, nur wieder durch anders gewonnene Erkenntnisse geleistet werden. Die Statik ist nur in den seltensten Fällen imstande, aus eigenem Vermögen eine Kausalerklärung zu geben. Die häufig angewandte Methode der parallelen Reihen kann zunächst nur empirsche Konstanzen, Beziehungen zwischen verschiedenen Reihen feststellen. Ob die eine der beiden Reihen die Ursache der anderen ist, ob das Umgekehrte der Fall ist oder ob beide Reihen durch einen dritten, statisch nicht erfaßten Faktor gemeinsam bestimmt werden, das kann sie meist nicht selbständig aussagen. Wieder ist dazu eine auf anderem Weg gewonnene theoretische Erkenntnis, die Erkenntnis einer anderen Wissenschaft oder die unmittelbare empirische Evidenz, notwendig.

Das für die Erforschung der sozial-wirtschaftlichen Dynamik wichtigste Teilgebiet der Statik ist das der Konjunkturstatik. Es kann nach dem Bisherigen nicht mehr zweifelhaft sein, daß die richtige und zweckmäßige Formulierung und sachliche Rechtfertigung ihre notwendigen Annahmen sowie die kausale Erklärung ihrer parallelen Reihen nur mit Hilfe der rational-deduktiv gewonnenen sozial-ökonomischen Erkenntnisse möglich ist. Alles andere ist willkürliche Unterstellung. Nach unseren bisherigen Feststellungen über die geringen Möglichkeiten der Induktion in den Gesellschaftswissenschaften ist die Auffassung, wonach die Statik die Vorstufe einer induktiven Forschung sei, unrichtig. Wir können Ammons Meinung[1]), daß Kassels Konjunkturtheorie das „Musterbeispiel einer theoretischen Induktion" sei, nicht teilen. Was bei Cassel aus den festgestellten statischen Reihen, aus der Bewegung des Zinsfußes und insbesondere aus den verschieden starken Bewegungen der Preise von Eisen und Kohle als typischer Repräsentanten der Produktiv- und Konsumgüter gefolgert wird — Kapitalüberfluß am Ende der Depression, Kapitalknappheit in der Hochspannung, irrtümliche Ueberschätzung des Kapitalvorrates durch die Unternehmer im Aufschwung —, das wird gefolgert in deduktiven Syllogismen, deren Prämissen Erkenntnisse der deduktiv erforschten Theorie sind: Funktionalzusammenhang zwischen Zinshöhe und Kapitalangebot, zwischen Preishöhe und Güterangebot, Abhängigkeit der Produktivgüterpreise vom Kapitalmarkt usw.

[1]) Alfred Ammon, „Cassel's System der theoretischen Nationalökonomie", Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 51. Band, Tübingen 1924.

Die Schlußfolgerung aus dem Bisherigen dürfte jetzt nicht mehr schwer sein. Wir erkennen die gleichzeitige und gleichwertige Notwendigkeit beider Forschungsrichtungen, einer rationalen, die mit Hilfe deduktiver Schlußfolgerungen und anfänglich weniger Prämissen in abnehmender Abstraktion der Wirklichkeit zustrebt und einer empirisch-realistischen, welche sich der statistischen Methode und, soweit möglich, der induktiven Generalisierung bedient und welche von einer breiten Wirklichkeit ihren Ausgang nimmt. Dort, wo die eine Methode anfängt, schwer anwendbar zu werden, beginnt der eigentliche Bereich der anderen und umgekehrt. Wir sehen, wie jede der beiden Forschungsweisen nur dadurch vorwärtskommt, daß sie sich von der anderen eine Krücke ausleiht. Die zusätzlichen Prämissen der rational-deduktiven Forschung, ebenso wie ihre Schlußfolgerungen, müssen von der empirisch-realistischen Forschung als wirklichkeitsentsprechend bestätigt werden. Die letztere dagegen würde mit willkürlichen Unterstellungen arbeiten, wenn sie die Hilfe der rational-deduktiven Richtung abweisen und die durch sie gewonnenen Erkenntnisse in ihren notwendigen Annahmen unberücksichtigt lassen würde. Die empirisch-realistische Forschung liefert ein typisches, relativ allgemeingültiges, von Zufällen gereinigtes Bild der sozialwirtschaftlichen Wirklichkeit, das derselben sehr nahekommt, das aber infolge seiner komplexen Natur nicht zu durchschauen ist. Die rational-deduktive Methode, die in ihren Prämissen zunächst nur von einem sehr kleinen Teil der sozialwirtschaftlichen Wirklichkeit ausgeht, liefert zwar ein zunächst wirklichkeitsfernes, sehr abstraktes Bild, das aber in allen seinen Teilen verstehbar ist. Was ist bei dieser gegenseitigen Ergänzung selbstverständlicher, als daß diese beiden Forschungsweisen sich so lange in ihrer Arbeit entgegenkommen, bis sich die Methoden gegenseitig immer mehr ergänzen und die Erkenntnisse immer mehr angleichen und vervollständigen.

Wir haben damit bereits das Urteil gesprochen über zwei theoretische Bestrebungen, die in ihren Zielen vollkommen gegensätzlich, in ihrer Einseitigkeit aber gleich sind. Wir meinen einmal die Empiristen, welche glauben, unter Verzicht auf jede deduktiv gewonnene Erkenntnis in „voraussetzungsloser" historischer und statischer Arbeit die sozialwirtschaftlichen Zusammenhänge darstellen zu können. Wir glauben gezeigt zu haben, daß diese scheinbare „Voraussetzungslosigkeit" nur eine lange Reihe willkürlicher Unterstellungen zur Folge haben muß. Die zweite dieser beiden Bestrebungen möchten wir als „spekulative Theorie" bezeichnen. Dieselbe glaubt umgekehrt, ohne genügende Rücksicht auf eine empirisch-realistische Forschung die ganze Wirklichkeit aus relativ wenigen, oft willkürlich gesetzten Prämissen deduzieren zu können. Die

Folge solchen Theoretisierens ist, daß dessen Schlüsse zwar logisch richtig, dessen Ergebnisse aber trotzdem nicht wirklichkeitsentsprechend, nicht verifizierbar sind. Die Erscheinungen, welche die spekulative Theorie darstellt, sind oft ganz andere als die Erscheinungen der sozialwirtschaftlichen Wirklichkeit. Häufig sucht sie infolge ungenügender Untersuchung der realen Geschehnisse Erscheinungen, wie sie an der Oberfläche der Wirklichkeit beobachtet werden, aus eigens zu diesem Zweck konstruierten Ursachen zu erklären. Wir werden im 4. Kapitel der vorliegenden Untersuchung zu zeigen haben, wie auch Schumpeters „dynamische Theorie" von dem Vorwurf der Spekulation getroffen wird. Der durch die Unternehmertat ausgelöste Zyklus, der von einem statischen Gleichgewicht zum anderen führt, ist etwas anderes, wie der Konjunkturzyklus der Wirklichkeit.

Wir müssen aber auch noch Stellung nehmen zu einer dritten Auffassung[1]) über Systemaufbau und Methoden der theoretischen Nationalökonomie, die zwar in Uebereinstimmung mit uns die beiden, von uns oben gekennnzeichneten Forschungswege für gleich notwendig erachtet, die aber dadurch von unserer eigenen Auffassung abweicht, daß sie eine reinliche Scheidung von Gegenständen und Methoden durchführen will. Sie würde uns ebenso wie die empiristische Auffassung verwehren, von einer deduktiv erforschten Statik aus in abnehmender Abstraktion in das Gebiet der konjunkturbewegten Dynamik vorzudringen. Im Anschluß an Karl Mengers Gedanken einer Trennung der sozialökonomischen Theorie in ein reines oder exaktes System und ein empirisch-realistisches System behauptet sie für diese beiden Zweige der Theorie eine Verschiedenheit der Gegenstände und diesen verschiedenen Gegenständen entsprechend auch eine Verschiedenheit der Methoden. Die exakte Theorie soll nach dieser Ansicht sich darauf beschränken, das von aller historischen Relativität unabhängige reine Wesen der gesellschaftlichen Wirtschaft zu beschreiben. Die empirisch-realistische Theorie dagegen habe es mit den historisch-wechselnden Daseinsbedingungen dieser reinen Tauschwirtschaft zu tun, sie suche eine kausale Erklärung der realen sozialwirtschaftlichen Erscheinungen zu geben. Die deduktiv forschende, reine Theorie müsse sich mit funktionaler Beschreibung begnügen, da jedes Eingehen auf die Kausalität in die zeitlich bedingten Daseinsbeziehungen der Wirtschaft in das Gebiet der Psychologie, Soziologie, Technik usw. führe. Insbesondere sei jede Wertlehre aus der reinen Theorie auszuschalten. Die empirisch-realistische Theorie sei zwar von den Erkenntnissen der reinen deduktiv forschenden Theorie unab-

[1]) S. zum Folgenden insbesondere Erich Carell, „Sozialökonomische Theorie und Konjunkturproblem", München und Leipzig 1929.

hängig, aber die ihr eigene Methode sei die Induktion. Es gäbe infolgedessen keine deduktive Methode der Konjunkturforschung, denn Konjunktur gehöre nicht dem Wesen der gesellschaftlichen Wirtschaft an, sondern sei in deren Daseinsbeziehungen begründet.

Diese Ansicht müssen wir in doppelter Beziehung als falsch ablehnen. Wenn der Komplex der sozialwirtschaftlichen Zusammenhänge, der mehr oder minder allgemeinen, mehr oder minder konstanten Ursachen und Wirkungen von zwei Seiten, von der reinen Theorie und von der empirisch-realistischen Theorie, her erforscht werden soll, und wenn dabei der reinen Theorie, d. h. nach dieser Ansicht, der deduktiven Forschungsweise eine solche Beschränkung auferlegt wird, wie es in der Bescheidung auf funktionale Beschreibung der Fall ist, so kann dies nur zwei mögliche Konsequenzen haben. Entweder wird dann der empirisch-realistischen Theorie, d. h. nach dieser Ansicht der Induktion und Statistik ein entsprechend größeres Arbeitsgebiet zugeteilt, indem man annimmt, daß diese Methoden dieses Gebiet auch zu bewältigen vermögen, oder aber, es bleibt ein wesentliches Stück des zu erforschenden Komplexes unerforscht. Läßt man die erste unserer beiden Konsequenzen gelten, so müssen wir die gleiche Kritik geltendmachen wie gegenüber der methodischen Ansicht der Empiristen. Denn es liegt in diesem Fall die im Grund gleiche Ueberschätzung der Leistungsfähigkeit der empirisch-realistischen Forschungsweise vor. Läßt man unsere zweite Konsequenz gelten, d. h. also, glaubt man mit uns die induktive Methode nicht in solchem Umfang anwenden zu können, glaubt man mit uns, daß die Statik als unselbständige Methode nur einen Teil der Aufgabe zu leisten vermag, so bedeutet das einen Verzicht auf eine inhaltlich vollständige sozial-wirtschaftliche Theorie, vor allem auf eine brauchbare Konjunkturtheorie. Tatsächlich kann die empirisch-realistische Forschung, wie oben ausgeführt, zwar ein typisches, relativ-allgemeines und vollständiges Bild der konjunkturbewegten dynamischen Wirtschaft entwerfen, sie vermag wohl auch manche Zusammenhänge selbständig zu erklären, aber im großen und ganzen bleibt dieses Bild in seiner kausalen Bedingtheit unverstehbar. Das wissenschaftliche und das dahinterstehende praktische Interesse verlangt jedoch eine kausale Erklärung. Sind aber die Möglichkeiten der empirisch-realistischen Forschungsweise so beschränkt und soll doch der ganze vorliegende Komplex der sozialwirtschaftlichen Erscheinungen in seiner Kausalität erforscht werden, so muß — und damit kommen wir zum zweiten Fehler der gekennzeichneten Anschauung — die enge Abgrenzung der reinen deduktiv-forschenden Theorie unrichtig sein.

Diese enge Abgrenzung der reinen deduktiv forschenden Theorie hat ihren Hauptgrund in dem Bestreben nach vollkommener Exaktheit der reinen Theorie, was gleichbedeutend ist mit dem Bestreben nach voller Ausschaltung der Daseinsbeziehungen der Volkswirtschaft, nach voller Unabhängigkeit von jeder historischen Relativität. Man glaubt, auf ein reicheres Maß von Erkenntnissen verzichten zu können, wenn nur die wenigen Erkenntnisse, zu denen man bei so enger Abgrenzung der reinen Theorie kommt, in ihrer Wahrheit unbedingt gesichert sind. Aber wir haben schon am Anfang dieses Kapitels festgestellt, daß die Inhalte der Theorie keineswegs als unabhängig vom geschichtlichen Dasein gedacht werden können. Nur daß die historische Bedingtheit der sozialwirtschaftlichen Erscheinungen eine graduell sehr verschiedene ist. Auch der Kapitalzins oder die Grundrente, der Arbeitslohn, der Güterpreis oder das Geld sind letzten Endes historische Erscheinungen, nur sind sie solche von sehr hoher Allgemeingültigkeit und sehr geringer zeitlicher Gebundenheit. Gelingt es aber nicht, ein von allem geschichtlichen Dasein losgelöstes, reines Wesen der Tauschwirtschaft festzustellen, so ist auch nicht mehr einzusehen, warum man bei der Erforschung eines äußerst abstrakten Gebildes stehenbleiben soll. Vom Wesen der reinen Tauschwirtschaft, d. h. von dem Inbegriff der Merkmale, ohne welche dieselbe nicht gedacht werden kann, kommen wir dann in abnehmender Abstraktion, indem wir zusätzliche Merkmale hinzufügen, zum Wesen der kapitalistischen Weltwirtschaft, der eine dynamische, konjunkturbewegte Form eigen ist.

Die enge Abgrenzung der reinen deduktiv forschenden Theorie wird also durch keinen logischen Zwang geboten, sie hat sogar einen methodischen Fehler im Gefolge. Im folgenden soll auch noch die inhaltliche Wertlosigkeit solch eng begrenzter, reiner Theorie festgestellt werden. Statik ist nicht Ruhe, sondern Bewegung in gleichen Relationen. Das Absehen von den Veränderungen der Bewegungsrelationen ist aber, wie Schams[1]) gegenüber Cassel feststellt, eine Frage der Randwerte und ihre Vernachlässigung eine unerlaubte Abstraktion vom Wesen der Wirtschaft. Die Untersuchung der Bewegungsgesetze der Preise, das Variationsproblem ist, wie auch Schumpeter feststellt, das zweite große Problem der reinen ökonomischen Theorie. Das Werkzeug der Variationsmethode, das Mittel, um die jeweilige Richtung der Größenveränderung festzustellen, ist aber die Grenzanalyse, die Untersuchung der Ordnungsreihe der Funktionen. Beschreibung von Quantenbeziehungen bleibt also formal, nichtssagend und inhaltslos, solange nicht

[1]) Ewald Schams, die Cassel'schen Gleichungen und die mathematische Wirtschaftstheorie, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statik 127. Band, III. Folge, 72. Band Jena 1927.

die Quanten selbst — Angebot und Nachfrage der verschiedenen Güter, des Kapitals, der Arbeitsleistungen usw. — einer Analyse unterzogen, d. h. in ihrer kausalen Bedingtheit untersucht werden. Erforschung der kausalen Bedingtheit, Analyse des Angebotes und der Nachfrage, d. h. aber Eingehen auf psychische, soziale, technische und andere nicht selbst ökonomische, sondern nur ökonomisch-relevante Faktoren. Das Eingehen auf den psychischen Faktor, die Auflösung der kollektiven Nachfragefunktion in Einzelfunktionen, bedeutet aber — trotz Liefmann — Wertlehre. Ueber den Inhalt derselben ist damit natürlich noch nicht entschieden. Das Eingehen auf die ökonomisch-relevanten Faktoren bedeutet in der Regel noch keine Abhängigkeit von anderen Wissenschaften. Es ist die unmittelbare Lebenserfahrung, welche uns die nötigen Einsichten liefert. Das Gossensche Gesetz kann auch ohne Psychologie, das Gesetz der Massenproduktion oder des abnehmenden Bodenertrages, auch ohne Technologie gefunden werden. Und es genügt ja für unsere Zwecke, wenn diese ökonomische, sondern nur ökonomisch-relevante Faktoren. Das Einwerden.

Auch Schumpeter hat in seinem ersten Hauptwerk „Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie" betont, daß er eine bloße Beschreibung funktionaler Beziehungen geben wolle. Aber bei Schumpeter liegt ein Kompromiß vor. Denn er bezieht die Wertlehre in seine Theorie mit ein. Freilich ist das Gossensche Gesetz für ihn nur eine Arbeitshypothese, wenn er es auch eine durch die Erfahrung gesicherte Hypothese nennt. In seinem zweiten Hauptwerk „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" dagegen bekennt er sich zur Kausalforschung und zur Notwendigkeit einer Verfolgung der Zusammenhänge bis an die Grenze des Oekonomischen, bis zum Oekonomisch-Relevanten: „Gelingt es uns, einen bestimmten Kausal-Zusammenhang zwischen zwei Erscheinungen zu finden, so ist unsere Aufgabe dann gelöst, wenn jene Erscheinung, die in diesem Kausalzusammenhang die Rolle des Grundes spielt, keine wirtschaftliche ist"[1]). Wir werden weiter unten auf dieses Doppelgesicht Schumpeters und dessen Konsequenzen zurückkommen. Zunächst noch ein Wort über Cassel. Dessen ausdrückliche Ausschaltung der Wertlehre müßte konsequenterweise zur Folge haben, daß er nichts Inhaltliches über die Gesetze der Preisbewegung, nichts über die Richtung, in der sich bei Variation eines Datums Angebot, Nachfrage oder Preis verändern müssen, aussagen könnte. Indem er diese Konsequenz nicht oder nicht vollkommen zieht, um den Inhalt der Theorie nicht allzu sehr zu verengen, liegt bei ihm, wie Schumpeter gezeigt hat[1]), eine Verschleierung der Wertlehre durch die Verwendung einer mehr allgemein gehaltenen Terminologie — Knappheit statt Wert — vor. Was Cassels Zinstheorie betrifft, so sind zwei Möglichkeiten einer Beurteilung gegeben. Entweder soll das „Warten" objektiv als gesellschaftlich-notwendige Erscheinung verstanden werden, soll es also eine Funktional-Beziehung zwischen Kapitalzins und Kapitalvorrat beschreiben. Dann liegt noch keine Erklärung des Zinses vor. Die für uns notwendig wissenswerte kausale Bedingtheit des Zinsphänomens bleibt unerforscht und damit Cassels Zinstheorie unbefriedigend. Oder das „Warten" will die beim Individuum liegende subjektive Ursache bezeichnen, welche das Kapitalangebot von einem Preis abhängig sein läßt. Dann fällt Cassels Zinstheorie unter die Abstinenztheorien, mit deren Versuch einer Zinserklärung wir uns später noch auseinanderzusetzen haben werden.

Unsere bisherigen Feststellungen lassen sich zu folgendem Ergebnis zusammenfassen: „Der Komplex der sozialwirtschaftlichen Erscheinungen kann nur von zwei Seiten zugleich erfaßt werden, einmal durch eine rational-deduktive Forschungsweise, die mit genügend gesicherten Prämissen die Zusammenhänge verstehbar macht, und zweitens durch eine empirisch-realistische Forschungsweise, die ein vollständiges Bild der regelhaften Erscheinungen liefert, das sie zwar selbst nicht genügend verstehbar machen kann, mit Hilfe dessen aber der rational-deduktiven Methode die Wege gewiesen werden. Der Gegensatz zwischen empirisch-realistischer und reiner deduktiv-forschender Richtung ist nicht ein Gegensatz zweier Theorien, sondern der zweier Forschungsweisen einer Theorie. Karl Mengers Unterscheidung war vielleicht methodengeschichtlich notwendig. Sowie man aber in ihr die bloße Verschiedenheit zweier Forschungsweisen erkennt, ist sie überholt, und nicht die Trennung, sondern die Vereinigung der Methoden, die gegenseitig weitgehend voneinander abhängig sind und sich ergänzen, ist notwendig. Das Objekt beider Richtungen ist aber auf jeden Fall ein einheitliches. Rational-deduktive und empirisch-realistische Forschungsweise unterscheiden sich nur dadurch, daß sie von verschiedenen Abstraktionsgraden dieses einheitlichen Objektes ausgehen. Die erstere von einem durch äußerste Abstraktion gewonnenen, vorgestellten Zustand der Wirtschaft, den wir Statik nennen, die letztere von dem generellen Zustand der konjunkturbewegten dynamischen Wirtschaft, welcher dadurch gewonnen wird, daß man die möglichst breite Erfahrung von Zufällen, von individuellen Abweichungen reinigt, so daß die Gesamtheit der regelhaften sozialökono-

[1]) Josef Schumpeter, „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung", im folgenden kurz zitiert als „Theorie", S. 8.

[1]) Josef Schumpeter, „Gustav Cassel's Theoretische Sozialökonomie", Schmollers Jahrbuch, 51. Jahrgang, München und Leipzig 1927.

mischen Erscheinungen zurückbleibt. Indem die rational-deduktive Richtung in abnehmender, die empirisch-realistische in zunehmender Abstraktion fortschreitet, kommt man einer inhaltlich vollständigen sozialökonomischen Theorie allmählich immer näher. Da aber die induktive Schlußfolgerung für das Gebiet des Sozialwirtschaftlichen infolge der Unmöglichkeit faktischer experimenteller Isolierung keine sehr große Bedeutung hat, und die Statik eine unselbständige, von anders gewonnenen theoretischen Erkenntnissen abhängige Methode ist, so kommt der Deduktion eine um so größere Aufgabe zu. Denn es läßt sich sonst keine Methode denken, welche auf dem Gebiet des Sozialwirtschaftlichen dasselbe oder Besseres zu leisten vermöchte. Deduktive Methode der Konjunkturforschung ist nicht nur möglich, sondern notwendig, sofern nur ihr Gegenstand, der regelhafte Konjunkturverlauf, empirisch-realistisch einwandfrei festgestellt und entsprechend vorbearbeitet ist. Ein Verzicht der rational-deduktiven theoretischen Arbeit auf Kausalforschung, ihre Beschränkung auf bloße Beschreibung funktionaler Beziehungen ist nicht nur unzweckmäßig, sondern auch methodisch-falsch und mit der Gesamtaufgabe der sozial-ökonomischen Theorie unvereinbar. Auch die rational-deduktive Forschung muß kausale Erklärungen geben, indem sie die Zusammenhänge bis an die Grenze des Oekonomischen, bis zum Oekonomisch-Relevanten verfolgt. Damit ist aber auch die Wertlehre unvermeidlich.

Indem man sich mit der historischen Relativität nicht nur der Konjunkturlehre, sondern der ganzen sozial-ökonomischen Theorie abfindet, wird also nicht gegen, sondern schon eher für die deduktive Methode und nicht für, sondern gegen eine induktive Theorie im Sinne der Naturwissenschaften entschieden. Denn die gesellschaftliche Wirtschaft und alle ihre Erscheinungen, der Güterpreis ebenso wie der Zins oder die Konjunktur gehören dem menschlichen Kulturbereich an und sind deshalb wandelbar und vielfach bestimmt. Gerade in der Verstehbarkeit der überall wirksamen Grundkraft des zweckvollen wirtschaftlichen Handelns findet aber die rational-deduktive Methode ihre Rechtfertigung. Man muß sich nur stets des mehr oder minder weitgehenden, relativ-historischen Charakters der Prämissen der deduktiv-forschenden Theorie bewußt bleiben.

Der Begriff der Verifizierung gewinnt nach unserer methodologischen Anschauung eine weitere Bedeutung, als es die übliche ist. Die unmittelbare Wahrmachung einer deduktiv gewonnenen Erkenntnis an der nicht vereinfachten breiten Wirklichkeit ist nur in den seltensten Fällen möglich, weil meist noch eine zu große Kluft zwischen deduktiver Erkenntnis und Wirklichkeit besteht. Das von der deduktiv-forschenden Theorie dargestellte Geschehnis ist, auch wenn es wirklichkeitsentsprechend ist, in dieser Wirklichkeit in eine solche Menge von minder allgemeinen und zufälligen Ereignissen eingekleidet, daß es in ihr in der Regel nicht wieder zu erkennen ist. Es ist eben nicht die ganze Wirklichkeit deduzierbar. Verifizierung in unserem Sinn ist deshalb die gegenseitige Kontrolle zweier Forschungsweisen, von denen die eine in abnehmender Abstraktion zur Wirklichkeit hin, die andere in zunehmender Abstraktion von der Wirklichkeit hinwegführt. Die Nichtübereinstimmung der Ergebnisse beider Forschungsweisen deutet jeweils auf einen unverarbeiteten Rest hin, der sich dadurch erklären läßt, daß entweder die rational-deduktive Forschung in ihren Prämissen wichtige Ursachen von relativ-allgemeiner Bedeutung unberücksichtigt ließ oder daß die empirisch-realistische Forschung relativ unwichtige Teilerscheinungen unfreiwilligerweise mit berücksichtigte. Die reinliche Scheidung der Methoden würde, selbst wenn sie möglich wäre, diese Verifizierung unmöglich machen. Also nicht nur Anlegen der deduktiven Theorie an die durch empirisch-realistische Forschung vereinfachte Wirklichkeit, sondern Verifizierung auch im umgekehrten Sinn. Ein nicht verstehbar gemachter, durch Abstraktion ausgelöster Teil der Wirklichkeit bietet, auch wenn er eine noch so große Regelmäßigkeit aufweist, für uns eine ebenso unvollständige Erkenntnis, wie eine nicht verifizierte theoretische Deduktion. Die Statik ist als Verifizierungsmittel besonders geeignet, nicht, weil sie nur die Wirklichkeit in Zahlen widergibt, sondern weil sie dieselbe durch das Gesetz der großen Zahl von individuellen, zufälligen Geschehnissen und Merkmalen säubert und damit vereinfacht. Die Autonomie der Theorie innerhalb der Daten und Schlußsätze wird durch diese Art von Verifizierung nicht berührt und das „Argument der Wirklichkeitswidrigkeit" wird zum Argument des unvollständigen Erforschtseins der sozialökonomischen Zusammenhänge.

Nachdem wir nunmehr genügend erläutert haben, wie der komplexe Gegenstand der sozialwirtschaftlichen Erscheinungen methodisch angepackt werden muß, müssen wir uns über diesen Gegenstand selbst noch weitere Klarheit verschaffen. Wir können die Unzahl der Merkmale und Kausalzusammenhänge, welche er umfaßt, nur dadurch bewältigen, daß wir sie im Anschluß an die schon oben erwähnte Rangordnung ihrer verschieden weitreichenden Allgemeingültigkeit, ihrer verschieden starken historischen Bedingtheit in verschieden umfangreiche Gruppen zusammenfassen. Dies geschieht durch die Vorstellung einer statischen, stationären und dynamischen Wirtschaft. Diese drei Begriffe sind Abstraktionsgrade des einheitlichen Objekts, die nicht in Widerspruch zur Wirklichkeit stehen, sondern einen mehr oder minder großen Teil dieser Wirklichkeit herausheben. Der ganze Inhalt der statischen Wirtschaft wird

auch von der stationären, der ganze Inhalt der stationären Wirtschaft wird auch von der dynamischen, der ganze Inhalt der dynamischen Wirtschaft wird auch von der gesamtwirklichen Wirtschaft umfaßt. Wenn wir untersuchen, ob es in der statischen Wirtschaft einen Kapitalzins gibt oder nicht, so tun wir dies nicht, um irgendeinen höchst irrealen Fall nachzudenken — denn der äußerst abstrakte Zustand der statischen Wirtschaft kommt nie in der Wirklichkeit vor —, sondern um zu erkennen, ob der Kapitalzins der Wirklichkeit eine mehr oder minder allgemeine, mehr oder minder wandelbare Erscheinung ist. Wenn es in der Statik einen Zins gibt, so bedeutet das, daß der Kapitalzins der Wirklichkeit durch die allgemeinsten Bestimmungsgründe der realen Volkswirtschaft, wie wir sie eben in dem Begriff „Statik" zusammenfassen, mitbestimmt wird. Der Unterschied der Inhalte von Statik und Dynamik ist also kein Wesens-, sondern ein Gradunterschied. Während empirisch-realistische und rational-deduktive Forschung nur durch einen Unterschied in der Methode, nur durch die verschiedene Richtung, in der sie vorgehen — zunehmende Abstraktion, abnehmende Abstraktion —, gekennzeichnet werden, besteht der Unterschied zwischen Statik und Dynamik nur im verschiedenen Abstraktionsgrad des einheitlichen, von beiden Forschungsweisen gemeinsam zu erfassenden Objektes. Der rational-deduktiven Forschung, welche von der Statik ausgeht, sind nacheinander statische, stationäre und dynamische Probleme gestellt. Die von der breiten Erfahrung ausgehende statische Methode dagegen kommt nur für die Feststellung dynamischer und stationärer Vorgänge in Frage. Die Bewegungsvorgänge, welche sie in ihren Reihen darstellt, sind teils kontinuierlicher, teils diskontinuierlicher Natur. Die kontinuierlichen Vorgänge (säkular trend) gehören schon der stationären Betrachtung der Wirtschaft an. Aus den diskontinuierlichen Bewegungen werden die für die generalisierende Theorie nicht in Betracht kommenden einmaligen oder zufälligen, die nichttypischen Vorgänge (residual factors) ausgeschieden, und es verbleiben dann die regelhaften, meist zyklischen dynamischen Bewegungen, vor allem der Konjunkturverlauf im engeren Sinn.

Aus dem Bisherigen dürfte bereits zur Genüge hervorgehen, daß es verfehlt ist, die Statik als den vollkommensten Zustand, ja überhaupt als einen realen Zustand der Wirtschaft und die Dynamik als Abweichung von demselben zu bezeichnen, wie dies bei Schumpeter mehrfach der Fall ist. Ebenso unrichtig ist es, zu glauben, die Konjunkturbewegung sei eine Bewegung von einem statischen Gleichgewicht zum anderen. Depression ist nicht gleich Statik, sondern ist eine Phase in einer einheitlichen dynamischen Totalbewegung. Es soll aber

selbstverständlich nicht geleugnet werden, daß im Wirtschaftsleben Erscheinungen festzustellen sind, denen typische Bestandteile unseres Bildes von der konjunkturbewegten Dynamik fehlen, die deshalb mehr dem Typus der stationären Wirtschaft ähnlich sind.

Die rational-deduktive Methode geht also den Weg von der Statik zur Dynamik. Dabei wollen wir unter Statik einen Zustand verstehen, der als „entwicklungsloser, gleichmäßiger Kreislauf"[1]) zu kennzeichnen ist, d. h. es werden alle Faktoren, welche geeignet sind, eine Veränderung der Relationen herbeizuführen, ausgeschaltet. Gegenstand der Untersuchung ist das Gleichgewicht, der Zusammenhang aller Elemente des Systems und in zweiter Linie die isolierte Bewegung, wie sie durch die Einbeziehung einzelner Störungsursachen hervorgerufen wird. Indem man die Ergebnisse zweier solcher Variationen vereinigt, kommt man zum ersten Verständnis der Kompensationen, aus denen die sozial-ökonomische Wirklichkeit zusammengesetzt ist. Die stationäre Wirtschaft wollen wir demgegenüber kennzeichnen, durch „gleichmäßige Entwicklung"[1]). Der ganze Unterschied zur Statik ist der, daß die Variation der Daten eine gleichmäßig fortdauernde ist: stetig wachsende Bevölkerung, gleichmäßig fortschreitende Technik usw. Inhaltlich, in der Zahl der in die Untersuchung einbezogenen Faktoren, besteht sonst kein Gegensatz zur Statik. Der gleichmäßig fortdauernden stationären Veränderung entspricht, insbesondere dann, wenn sie infolge gleichzeitiger Variation mehrerer Daten aus mehreren Komponenten zusammengesetzt ist, in der empirisch-realistischen Forschung der Trend. Durch Vereinigung der verschiedenen Teilbewegungen, welche sich in der Gesamtbewegung gegenseitig teilweise kompensieren, teilweise verstärken, wird also diese empirisch-festgestellte, als Trend bezeichnete Dauerentwicklung verstehbar gemacht. — Dynamik ist für uns „ungleichmäßige Entwicklung"[1]), ist der größte Inhalt, der alle theoretisch interessierenden, d. h. relativ-allgemeinen, sozial-ökonomischen Erscheinungen umfaßt. Die Erforschung der dynamischen Wirtschaft kommt mit den wenigen Prämissen der statischen und stationären Betrachtungsweise nicht mehr aus. Die empirisch-realistische Forschung muß ihr im weitesten Umfang die Unterlagen für die inhaltliche Erweiterung des Forschungsbereiches geben.

Den jeweils höheren Abstraktionsgrad gewinnen wir also durch Isolierung der jeweils allgemeingültigeren Bestimmungsgründe, durch das Hinzufügen bzw. Hinwegnehmen von Störungen. Neben diesen isolierenden Annahmen stehen, wie eben-

[1]) Emanuel Hugo Vogel, „Statik und Dynamik" als Grundprobleme der theoretischen Nationalökonomie. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 84. Band, Tübingen 1928.

falls schon festgestellt, die positiv formulierten Prämissen. Letzere zerfallen in zwei Gruppen. Ihre der Wirklichkeit entnommenen Inhalte werden entweder in der unmittelbaren Form, in der wir sie in der Wirklichkeit vorfinden, aus derselben übernommen. Oder sie werden idealisiert, in eine ideal-typische Form gebracht. Idealisierung ist nicht etwa eine Annahme von völlig wirklichkeitswidrigen Dingen, sondern ist bewußte Umformung der gegebenen Wirklichkeit durch einseitige Hervorhebung bestimmter, für den jeweiligen Zusammenhang wesentlicher Merkmale. Idealtypen sind Grenzbegriffe zur Messung der Wirklichkeit, oft antithetisch gepaart, so daß die Wirklichkeit in verschiedenen Abstufungen dazwischenliegt. Immerhin tritt die Frage auf, ob nicht durch die Verwendung idealisierender Annahmen unsere Behauptung, daß der Inhalt der Theorie nur ein durch Abstraktion ausgelöster Teil der Wirklichkeit sei, damit als unrichtig erwiesen wird. Soweit die idealisierende Annahme die Wirkung, welche von der idealisierten Ursache ausgeht, nur quantitativ verstärkt, ist sie überhaupt unbedenklich, da die Theorie immer nur die Richtung, nicht aber das genaue Ausmaß von Bewegungen feststellen kann. Ueberall dort jedoch, wo sich aus der graduellen, sehr verschiedenen Annäherung der Wirklichkeitsformen an den Idealtypus Bewegungserscheinungen eigener — meist zyklischer — Art ergeben können, ist auf einer gewissen Stufe der abnehmenden Abstraktion die Auflösung des Idealtypus in graduell verschiedenartige, nunmehr vollkommen wirklichkeitsentsprechende Typen notwendig. Denn die Verschiedenheit der Formen des Typus wird erst relevant, wenn gleichzeitig andere, Bewegung auslösende Faktoren in die Untersuchung einbezogen werden. Dies soll weiter unten am konkreten Fall noch näher gezeigt werden.

Die Erforschung der statischen Wirtschaft hat also zwei Aufgaben. Erstens die Feststellung der Bedingungen des Gleichgewichts und zweitens die Untersuchung der Gleichgewichtsstörungen, wie sie durch einmalige Variation einzelner Daten hervorgerufen werden. Dabei ist das Letztere das eigentliche Problem und das Erstere nur die Vorbedingung für dessen Lösung. In unserem zweiten Kapitel werden wir diese Lösung, soweit sie für unseren Zusammenhang der Zinserklärung in Frage kommt, zu geben suchen. Im Folgenden aber wollen wir die Vorbedingung schaffen, indem wir die Daten aufzählen, welche für die Bestimmung des Gleichgewichtes und damit für die Abgrenzung des statischen Bereiches notwendig sind.

Das Ziel allen Wirtschaftens ist Bedürfnisbefriedigung. Dieses Ziel wird von jedem einzelnen Menschen gesetzt, ist also subjektiver Natur. Uns kommt deshalb kein Urteil darüber zu, die Wirtschaftswissenschaft hat es nicht mit den Zielen,

sondern nur mit den Mitteln, welche zu deren Erreichung eingesetzt werden, zu tun. Wir können nicht entscheiden, ob eine Bedürfnisgestaltung richtig oder falsch ist. Dagegen müssen wir feststellen, was allen Bedürfnissen in formaler Hinsicht gemeinsam ist und welche Wirkung diese Gemeinsamkeit auf die Mittel der Bedürfnisbefriedigung, auf die Güter, ausübt. Es ist dies der Inhalt der auf dem Gossenschen Gesetz aufgebauten Wertlehre. „Alle Güter — wirtschaftliche und freie — werden in dem Maße geschätzt werden, in dem sie Bedürfnisse des Wirtschaftssubjektes befriedigen können, und alle einzelnen Mengeneinheiten in dem Maße, in dem die Befriedigung von Bedürfnisregungen von ihnen abhängt, unter Berücksichtigung ihrer Ersetzbarkeit durch andere Mengeneinheiten zunächst desselben Gutes und sodann auch anderer Güter. Das heißt also, einzelne Mengeneinheiten freier Güter werden gar nicht, einzelne Mengeneinheiten wirtschaftlicher Güter aber um so weniger geschätzt werden, je mehr davon, bei einer gegebenen Skala von Bedürfnisintensitäten, ein Wirtschaftssubjekt bereits besitzt."[1])

Wir sagen nichts aus über den speziellen Verlauf der Wertkurve, welcher die abnehmende Dringlichkeit des Bedürfnisses bzw. den abnehmenden Nutzwert des für die Befriedigung dieses Bedürfnisses geeigneten Gutes zum Ausdruck bringt. Das Einzige, was wir für alle Wertkurven feststellen, ist, daß sie stets zur Abszisse geneigt sind. Wir sagen also nichts aus über das Ausmaß, sondern nur über die Richtung von Veränderungsmöglichkeiten. Von den Gegnern der Wertlehre wird behauptet, daß das einzig Beständige an den Güterwerten ihre Umwertung sei. Daran ist so viel richtig, daß zwar innerhalb eines jeden Bedürfnisses das Gossensche Gesetz immer gültig ist, daß es aber dadurch vorübergehend verdeckt wird, daß zwischen den verschiedenen Bedürfnissen die Dringlichkeitsrelationen sich ändern können. Aber gerade für die dringlichsten Bedürfnisse, welche doch praktisch den breitesten Raum einnehmen, läßt sich bei der Mehrzahl der Menschen eine relativ hohe Konstanz feststellen. Wenn immerhin in dem Augenblick, in dem der Preis des Gutes A steigt, bei einem Wirtschaftssubjekt die Wertrelation zwischen dem Bedürfnis, das durch das Gut A und demjenigen, das durch das Gut B befriedigt wird, sich in der Weise verändert, daß die relative Bedeutung des ersteren Bedürfnisses steigt, so muß die nach dem Gossenschen Gesetz erwartete Wirkung ausbleiben: Das Wirtschaftssubjekt wird seinen Konsum von A nicht entsprechend einschränken. Die Voraussetzung des Gossenschen Gesetzes wird also in diesem Fall scheinbar bedeutungslos. Dieses Gesetz leistet aber für uns genug, wenn wir mit seiner Hilfe

[1]) Schumpeter, „Theorie" S. 10.

die kollektiven Nachfrage- bzw. Angebotskurven erklären können. Wir bauen aus der großen Zahl der Einzelfunktionen die Gesamtfunktion auf, und es ist klar, daß die zufälligen, individuellen Veränderungen in den Einzelfunktionen die typische Form der Gesamtfunktion, wie sie dem Gossenschen Gesetz entspricht, nicht zu ändern vermögen. Es ändert sich wohl etwas an den Ausmaßen, nicht aber an der Richtung der Gesamtkurve, welche uns theoretisch allein interessiert. Nur wenn sich eine Mehrzahl von Einzelfunktionen gleichzeitig und dauernd in der gleichen Weise ändert, wenn wir es also mit einer Gesamtbedarfsänderung zu tun haben, wird die kollektive Nachfragekurve einmalig abgebogen. Soweit die zufälligen und vereinzelten Veränderungen in den Einzelfunktionen sich kompensieren, sind sie überhaupt bedeutungslos für den Verlauf der kollektiven Nachfragekurve. Darüber hinaus haben sie bald dort das Steigen, bald hier das Sinken eines Preises zur Folge. Die Wirkung ist, daß der Einkommensstrom von Quasirenten durchsetzt wird. Sind diese Nachfrageveränderungen bleibend, so wandern Arbeiter und sachliche Produktionsmittel von einem Produktionszweig zum anderen, an der gesamten funktionellen Verteilung des Sozialproktes an die einzelnen Produktionsfaktoren braucht sich aber deshalb noch nichts Merkliches zu ändern. Dies ist dagegen meist bei den großen und allgemeinen Bedarfsänderungen der Fall, welche häufig die Entwertung von Produktionsanlagen zur Folge haben. Da wir es im Folgenden mit einem Ausschnitt aus der Verteilungstheorie zu tun haben werden, soll unsere erste statische Prämisse, die Annahme gleichbleibender Bedürfnisse, nichts anderes besagen, als daß wir glauben, von den Veränderungen in den Bedürfnissen so lange absehen zu können, als dadurch die funktionelle Verteilung des Sozialproduktes an die einzelnen Produktionsfaktoren im Ganzen, als mit anderen Worten die Relationen von Arbeitslohn, Grundrente usw. nicht mehr als unmerklich verändert werden. Darüber hinaus genügt es für uns, festzustellen, daß sich aus dem typischen Charakter der Bedürfnisse, daß sich aus der Gossenschen Regel die typischen Kollektivfunktionen und damit die Gesetze der Preisbewegung und der Erreichung der Produktionsgrenze ableiten lassen. Für den Zusammenhang unserer Zinserklärung interessiert uns ferner aus dem Bereich der Bedürfnisse nur das Verhältnis ihrer gegenwärtigen und künftigen Gestaltung und Befriedigung, worauf wir in unserem dritten Kapitel ausführlich eingehen werden.

Das ökonomische Handeln ist das Disponieren über die Güter für die Ziele der Bedürfnisbefriedigung. Die beiden Formen, in denen es sich äußert, sind Produktion und Tausch. In der statischen und stationären Betrachtungsweise wird das ökonomische Handeln idealisiert durch die Annahme des Rationalprinzipes. Dies ist unsere zweite statische Prämisse. Soweit die Form dieses Handelns Produktion ist, durch die Annahme der optimalen Kombination der Produktionselemente, soweit sie Tausch ist, durch die Annahme, daß kein Wirtschaftssubjekt ein gleiches Gut bzw. eine gleiche Leistung zu schlechteren Bedingungen vertauschen will als irgendein anderes. Freilich werden wir dieses rationellste Handeln in der Statik gleich wieder dadurch beschneiden, daß wir dem Wirtschaftssubjekt durch die isolierende Annahme gleichbleibender Technik — dies ist unsere dritte statische Prämisse — eine Reihe von Wahlmöglichkeiten von vornherein nehmen. Innerhalb des gegebenen Standes der Technik gibt es unter statischen Verhältnissen für das Wirtschaftssubjekt zunächst nur eine, nämlich die rationellste Wahlmöglichkeit. Die Ertragsgesetze — für unseren Zusammenhang wohl ausschließlich das Gesetz der Massenproduktion — gewinnen erst dann ihre große Bedeutung, wenn die statische in die stationäre und dynamische Wirtschaft übergeführt wird. Ein der Wirklichkeit entsprechendes Abweichen von der idealisierenden Annahme der optimalen Kombination hat zunächst unter statischen Voraussetzungen nur eine graduelle, aber keine wesentliche Veränderung zur Folge. Wenn die Bauern im isolierten Staat nicht die ökonomisch beste Kultur anwenden, so werden lediglich die Thünenschen Kreise verschoben, die Stadt im Zentrum wird schlechter versorgt sein oder für diese Versorgung muß mehr Boden in Bebauung genommen werden. Ferner werden die Bauern ein geringeres Einkommen haben usw. Ebenso wird dann, wenn die Regel des bestmöglichen Tausches nicht befolgt wird, eine bloße Verschiebung in der Verteilung die Folge sein. In allen diesen Fällen werden nur offenstehende Möglichkeiten kürzere oder längere Zeit ungenutzt gelassen, es handelt sich also um eine Abweichung im Ausmaß. Die Wirkung im Verteilungsprozeß heißt Quasirente. Anders, wenn völlig neue Möglichkeiten auftreten, wie das nach Auflösung der statischen Prämissen in der dynamischen Wirtschaft der Fall ist: neue Märkte, eine neue Technik usw. Nunmehr ist das empirisch zu beobachtende, vor allem zeitlich verschiedene Reagieren der Wirtschaftssubjekte auf die neuen Möglichkeiten in seiner Wirksamkeit zu verfolgen. Die Auflösung des Idealtypus in graduell verschiedene Einzeltypen — geniale Unternehmer, Nachläufer — wird notwendig.

Die ausdrückliche Voraussetzung freier Konkurrenz halten wir für die statische Untersuchung im Gegensatz zu Schumpeter nicht für notwendig. Soweit die freie Konkurrenz nach Lage der Verhältnisse möglich ist, wird sie durch das Rationalprinzip ohne weiteres geboten und ist damit schon voraus-

gesetzt. Wird sie aber aus der Natur der Verhältnisse heraus vereinzelt durch Monopole ausgeschaltet, so wird dadurch das Wesen der statischen Wirtschaft nicht verändert. Nur die Einführung, nicht aber das Bestehen eines Monopols stört das statische Gleichgewicht. Monopol und Konkurrenz können als antithetische Idealtypen aufgefaßt werden. Das Kennzeichen des Monopols ist die isoliert in Erscheinung tretende Residualrente, das Kennzeichen der freien Konkurrenz das völlige Fehlen eines Reinertrages. Die praktisch am häufigsten vorkommenden Differentialrenten deuten auf die zahlreichen Zwischenbildungen hin. Die Monopolrente ist also für uns nichts wesentlich anderes wie die Grundrente. Mit der ausdrücklichen Annahme freier Konkurrenz ist die Gefahr verbunden, daß der „selbstmörderische Stachel des Gewinnes" allzu sehr zum Selbstzweck erhoben wird und man darüber vergißt, daß das Ziel allen Wirtschaftens „die Realisierung einer größtmöglichen Wertsumme" im gesamten Zeitablauf ist.

Soll unser statisches Gleichgewicht nicht bloß eine „Momentphotographie" sein, sondern, wie oben ausgeführt, einen „entwicklungslosen, gleichmäßigen Kreislauf" darstellen, so müssen wir auch annehmen, daß der Güterstrom sich niemals verbreitert oder verengt, d. h. wir müssen den Synchronisierungsgedanken von Clark und Schumpeter übernehmen. Die synchronisierte statische Wirtschaft beginnt mit einem bestimmten Fonds an Genußgütern und produzierten Produktionsmitteln, der in jeder Wirtschaftsperiode in gleichen Rationen verbraucht, aber auch jeweils wieder im selben Umfang und in derselben Zusammensetzung erneuert wird. Dies ist unsere vierte statische Voraussetzung.

Aber nicht nur die Fonds an Genußgütern und produzierten Produktionsmitteln, auch die Vorräte an Arbeit und Boden, sind für das statische Gleichgewicht von ausschlaggebender Bedeutung. Das Gleichbleiben der Mengen an Arbeitsleistungen und Bodennutzungen ist unsere fünfte statische Prämisse. Dabei braucht sowohl bei der Arbeit wie beim Boden der effektive ökonomische nicht mit dem physich möglichen Vorrat zusammenfallen. Nur derjenige Boden ist für uns relevant, der infolge seiner Fruchtbarkeit oder Lage eine Rente abzuwerfen verspricht und deshalb bebaut wird. Ebenso ist es mit dem Vorrat an Arbeitsleistungen. Derselbe wird, soweit er für uns relevant ist, durch drei Faktoren bestimmt, durch die Arbeiterzahl, durch die Arbeitszeit und durch die Arbeitsintensität. Die Arbeiterzahl ist vor allem abhängig von der Größe und sozialen Struktur der Bevölkerung. Jede Bevölkerungsveränderung muß sich einerseits als Wandlung in den Bedürfnissen, andererseits als Veränderung des Arbeitsangebotes äußern. Wir glauben deshalb auf die ausdrückliche Annahme gleichbleibender Bevölkerung bei Bestimmung des statischen Gleichgewichtes verzichten zu können. Arbeitszeit und Arbeitsintensität hängen sehr wesentlich ab von der damit verbundenen Arbeitsmühe, welche als umgekehrte Güterwertfunktion, als negatives Bedürfnis aufgefaßt werden kann. Freilich ist die Beziehung nicht so einfach, wie die Gleichung Schumpeters: Grenznutzen des Arbeitslohnes = Grenzmühe der Arbeit — besagt. Denn der einzelne Arbeiter hat, allein schon aus den technischen Gründen der Produktion, keinen allzu großen Einfluß auf Bestimmung von Arbeitszeit und Arbeitsintensität. Immerhin mag für den Durchschnitt der Arbeiter eine Tendenz zur Verwirklichung dieser Gleichung gegeben sein, und wir können zugeben, daß, unter Ausschaltung alles anderen als des rein ökonomischen Zwanges, bei gegebener Arbeiterzahl, gegebenem Lohn und gleichbleibenden Wertvorstellungen die Arbeitszeit und Arbeitsintensität nicht über einen bestimmten Punkt gesteigert werden kann.

Unsere letzte statische Prämisse bezieht sich auf die Organisation der Wirtschaftsgesellschaft. Der Stand der Arbeitsteilung, die Rechtsordnung, die Technik des Geldwesens usw. können natürlich für den Wirtschaftsablauf von ausschlaggebender Bedeutung sein. Für uns ist besonders ein Doppeltes wichtig. Einmal, daß die Voraussetzung des Privateigentums gegeben ist, und zweitens, daß das Geld in unserer synchronisierten statischen Wirtschaft als bloßes Tauschmittel funktioniert, und zwar so, daß weder Erhöhungen noch Senkungen des Preisniveaus vorkommen. All das wollen wir unter der Annahme gegebener sozialer Organisation, der sechsten unserer statischen Prämissen, verstehen.

Diese sechs Prämissen, welche den statischen Bereich abgrenzen, welche die Bedingungen enthalten, von denen das statische Gleichgewicht abhängig ist, sind also, noch einmal kurz wiederholt, folgende:

1. Gleichbleibende Bedürfnisse,
2. Rationelles Handeln aller Wirtschaftssubjekte bei Tausch und Produktion,
3. Gegebener Stand der Technik,
4. Gleichbleibende und gleichmäßig erneuerte Vorräte an Genußgütern und an produzierten Produktionsmitteln,
5. Gegebene und gleichbleibende Vorräte an Arbeitsleistungen und Bodennutzungen, insbesondere gleichbleibender Stand der erwerbstätigen Bevölkerung,
6. Gegebene soziale Organisation, welche insbesondere die Institution des Privateigentums und eine Einrichtung des Geldwesens umfaßt, welche einen gleichbleibenden Geldwert garantiert.

Um die Variation des statischen Gleichgewichtes bzw. den Uebergang zur stationären und dynamischen Betrachtungsweise zu ermöglichen, ist die Auflösung dieser Prämissen notwendig, welche jedoch nur schrittweise erfolgen darf. Es dürfen nicht Faktoren von minder allgemeiner Bedeutung in die Untersuchung einbezogen werden, so lange nicht die Wirksamkeit der anderen, höher bedeutsamen Faktoren festgestellt worden ist. Insbesondere müssen die einzelnen Systemtypen der statischen, stationären und dynamischen Wirtschaft lückenlos aneinander schließen. Wir haben es in den folgenden Kapiteln mit der Untersuchung des Zinsphänomens, also mit einem Abschnitt der Verteilungstheorie, zu tun. Es kommen deshalb für uns alle jene Faktoren als geeignet für die Variation in Betracht, welche das mengenmäßige Verhältnis der Produktionselemente, deren technische Leistungsfähigkeit oder deren Kombination durch die wirtschaftenden Menschen, sowie endlich die Organisation des Verteilungsprozesses betreffen. Die für diese Untersuchung notwendige Auflösung der zweiten und dritten Prämisse wird uns aber sehr bald in das Gebiet der konjunkturbewegten Dynamik führen. Das gleiche wird der Fall sein bei der Auflösung der sechsten Prämisse, welche insbesondere notwendig ist, um die verschiedenen Organisationsformen des Zahlungsmittelwesens in ihrer sozialökonomischen Auswirkung, in ihrer Bedeutung für das Zinsphänomen zu untersuchen. Alle diese Dinge können deshalb erst später beim Uebergang zur dynamischen Betrachtungsweise behandelt werden, nachdem der statische Bereich genügend erforscht ist. Als geeignet für die Variation unseres statischen Gleichgewichtes bleiben somit zunächst nur diejenigen Daten übrig, welche durch unsere vierte und fünfte Prämisse begründet werden. Soll der Zins ein statisches Phänomen sein, so muß er durch eine Variation in dem Mengenverhältnis der einzelnen Produktionselemente, muß er mit anderen Worten durch eine Auflösung unserer vierten und fünften Prämisse aufgezeigt werden können.

Wir haben nunmehr auseinandergesetzt, was wir unter Statik und Dynamik verstehen wollen, noch bevor wir auf die Fassung dieser beiden Systemtypen durch Schumpeter eingegangen sind. Die Berechtigung zu diesem Vorgehen leiten wir ab aus der Ueberzeugung, daß wir die Begriffe Statik und Dynamik, so wie sie bei Schumpeter abgegrenzt und angewendet werden, ablehnen müssen. Insbesondere glauben wir, daß schon im Statikbegriff oder genauer in den beiden voneinander verschiedenen Statikbegriffen Schumpeters einer der beiden Hauptfehler seiner Zinstheorie zu suchen ist. Wir werden dies in folgendem zu zeigen haben.

Die Bestimmung des Verhältnisses von Statik und Dynamik ist nach Schumpeters „Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie" völlig unklar und widerspruchsvoll. Eindeutig bestimmt wird nur die Statik, Begriff und Methoden der Dynamik bleiben vorläufig im Dunklen. An einer Stelle sagt Schumpeter, es sei unmöglich, a priori Wege und Methoden der Dynamik vorzuschreiben. Welches die Wege seien und wohin sie führten, sei erst festzustellen, wenn sie zurückgelegt seien. Ausgangspunkt für die dynamische Theorie sei lediglich die Existenz von ökonomischen Problemen, welche in der statischen Theorie nicht behandelt werden können. Wenn Schumpeter empfiehlt, die Methoden der Statik ruhig so lange anzuwenden, als es ungezwungen ginge, so scheint das unserer oben entwickelten methodischen Auffassung zu entsprechen. Eine ganz entgegengesetzte Ansicht spricht aber aus einer anderen Stelle des erwähnten Buches: „Statik und Dynamik sind völlig verschiedene Gebiete, haben es nicht nur mit verschiedenen Problemen zu tun, sondern auch mit verschiedenen Methoden und verschiedenem Materiale. Sie sind nicht zwei Kapitel ein und desselben theoretischen Gebäudes, sondern zwei völlig selbständige Bauwerke"[1]). Ein Gebiet, das Schumpeter selbst im gleichen Buch ein „Land der Zukunft" nennt, wird also hier methodisch wie inhaltlich im voraus gekennzeichnet. Der Widerspruch zur oben angedeuteten Äußerung Schumpeters ist unverkennbar. Die Ansicht, welche dem zitierten Satz zugrunde liegt, ist offenbar derjenigen sehr ähnlich, welche wir oben zu kennzeichnen und zu kritisieren versucht haben. Es wird eine reinliche Scheidung der Gegenstände und Methoden gefordert, die Statik soll Gegenstand einer reinen, exakten, die Dynamik soll Gegenstand einer anders gearteten, mehr auf das Historisch-Wechselnde abzielenden Theorie sein. Bei seiner engen Abgrenzung des Statikbegriffes, bei der Beschränkung seiner rein theoretischen Forschung auf eine mathematisch exakte Beschreibung funktionaler Beziehungen ist diese methodische und systematische Unterscheidung sehr naheliegend. Was aber die Frage des behaupteten Unterschieds in den Methoden anlangt, so gibt Schumpeter darauf eine etwas widersprechende Antwort, indem er in seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" von der Statik ausgeht, deren Voraussetzungen erweitert und so im Weg der abnehmenden Abstraktion, d. h. also mit Hilfe der gleichen deduktiven Methode, die Dynamik entwickelt. Er glaubt sogar auf die empirisch realistischen Methoden, wie wir oben angedeutet haben, in etwas zu weitgehendem Maße verzichten zu dürfen. Auch die Verwendung mathematischer Formeln im Bereich seiner statischen Theorie begründet keinen Unterschied in den Methoden, sondern betrifft nur die mehr

[1]) Josef Schumpeter, „Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie", im Folgenden kurz zitiert als „Wesen", S. 182, Leipzig 1908.

oder minder exakte Form der Darstellung. Der reinlichen inhaltlichen wie methodischen Scheidung von Statik und Dynamik widerspricht aber auch folgende Äußerung Schumpeters: „Dazwischen aber gibt es ein Gebiet, das methodologisch und erkenntnistheoretisch höchst interessant ist; jenes Gebiet nämlich, auf dem es sich empfiehlt, unsere (statischen) Methoden anzuwenden, obgleich deren Voraussetzungen streng genommen nicht vorliegen, weil sie zu de facto brauchbaren Resultaten führen und wo, auf der anderen Seite, es vorkommt, daß wir eine andere Methode vorziehen, obgleich wir die unsere anwenden könnten, weil bei Anwendung der letzteren ‚zu wenig herauskommt'[1])." Also ein Zwischengebiet, in dem sich Methoden und Probleme vermischen, eine Auffassung, welche wieder der unseren durchaus entspricht, welche aber nur dann einen Sinn hat, wenn der Unterschied der Gegenstände kein wesensmäßiger, sondern nur ein gradueller ist.

Wir haben oben gezeigt, wie verfehlt in methodischer und inhaltlicher Hinsicht das Bestreben ist, eine vom historischen Dasein unabhängige reine Theorie aufzustellen, welche sich mit der mathematisch exakten Beschreibung funktionaler Beziehungen begnügt. Ueberall dort aber, wo dieser Versuch trotzdem gemacht wird, muß ein ganz formaler Charakter dieser Theorie, muß der Verzicht auf die Einbeziehung psychischer, technischer und anderer Faktoren die Folge sein. Eine solche Theorie müßte sich konsequenter Weise erschöpfen in der Aufstellung einer Formel, welche den Zusammenhang aller Preise ganz formal darstellt. Das war aber für Schumpeter, den Anhänger der Grenznutzenschule, unmöglich. Er wollte auf die Wertlehre nicht verzichten, und so mußte er derselben Gewalt antun. Mathematische Exaktheit und inhaltlicher Reichtum der ökonomischen Theorie sind gleichzeitig nicht zu erreichen. Um eine vollkommene Interdependenz darzustellen, um das Gleichgewicht und alle ökonomischen Quantenbeziehungen in eine naturwissenschaftlich-exakte mathematische Form zu bringen, mußte Schumpeter jede Veränderung des Wertsystems ausschließen. Die absolute Konstanz und die eindeutige Bestimmtheit aller Wertfunktionen, vor denen selbst die Variationsmethode Halt zu machen hat, bilden also die Grundvoraussetzung dieses statischen Systems. „Das Gleichbleiben der Wertfunktionen, d. h. also der menschlichen Natur, der Geschmacksrichtungen usw. ist demnach wesentlich."[2]) An einer anderen Stelle: „Nicht nur ist unser theoretisches Bild der Wirklichkeit von dem Zustande derselben in einem Moment abstrahiert, es ist auch nur brauchbar für einen Moment."[3])

[1]) „Wesen" S. 185.
[2]) „Wesen" S. 456.
[3]) „Wesen" S. 461.

Nach Schumpeter hat die reine Theorie lediglich die im Besitze der Wirtschaftssubjekte befindlichen Güterquantitäten auf jene zurückzuführen, welche dieselben einen Zeitpunkt vorher besaßen. Sie bezieht sich also nur auf diesen und den benachbarten Zeitpunkt. Es ist klar, daß bei solch enger Abgrenzung der reinen statischen Theorie die Variationsmethode nichts zu bedeuten hat, obwohl es gerade Schumpeter war, der sie als „das zweite große Problem, die zweite Gruppe von Resultaten der exakten Ökonomie"[1]) bezeichnete. Schumpeter meint: „Korrekt ist unser Vorgehen allerdings nur dann vollständig, wenn man das Wertsystem als unveränderlich durch die Variationen einer Menge annehmen kann. Aber man kann dasselbe Wertsystem theroetisch auch dann festhalten, wenn es sich ein wenig, aber unmerklich ändert."[2]) Und an einer anderen Stelle sagt Schumpeter: „Wir beantworten also die Frage, wie groß unsere Änderung sein darf, nicht absolut, sondern durch eine Regel: sie darf nicht so groß sein, daß die Wertfunktionen versagen würden."[3]) Und wieder an einer anderen Stelle sagt Schumpeter: „Unser Resultat, daß wir nur kleine Veränderungen behandeln können, heißt nichts anderes, als daß wir uns innerhalb der Grenzen der Statik halten müssen, weil unsere Methode außerhalb derselben versagt und jene Annahmen, die uns unsere Sätze geben, dann wegfallen müssen."[4]) Daß jede Veränderung, welche größer als unmerklich klein ist, das System der Statik durchbricht, ist natürlich richtig, sofern man das absolute Gleichbleiben aller Wertfunktionen voraussetzt. Daß aber die Variationsmethode außerhalb dieser engbegrenzten Statik versagen soll, ist ebenso unrichtig, wie es dieser Statikbegriff selbst ist. Schumpeter verlangt von der Variationsmethode, wie von der ganzen statischen Theorie zuviel und bewirkt dadurch nur, daß sie zu wenig leistet. Es ist für uns völlig uninteressant, durch die mathematisch exakte Beschreibung einer Variation nicht nur die Richtung, sondern auch das genaue Ausmaß der vor sich gehenden Veränderungen kennenzulernen, wenn das dabei vorausgestzte absolute Gleichbleiben der Wertfunktionen in der Wirklichkeit niemals vorkommt. Die Variationsmethode kann und braucht für uns nicht mehr zu leisten, als daß sie die Richtung von Veränderungsmöglichkeiten der sozial-ökonomischen Größen, als daß sie mit anderen Worten bloße Bewegungstendenzen aufzeigt. Dazu brauchen wir aber nicht das absolute Gleichbleiben von mathematisch-eindeutig bestimmten Wertfunktionen. Die Variationsmethode, so wie wir sie auffassen, bedingt zwar eine minder große Exaktheit der Ergebnisse, wenn mit Exaktheit

[1]) „Wesen" S. 443.
[2]) „Wesen" S. 464.
[3]) „Wesen" S. 459.
[4]) „Wesen" S. 460.

hier die unnötige Feststellung des Bewegungsausmaßes gemeint ist, aber sie ist dafür in viel weiterem Umfang anwendbar. Das erstere ist, wie gezeigt, kein Verlust, das letztere aber ein großer Gewinn. Wenn auch wir in unserer ersten statischen Prämisse das Gleichbleiben der Bedürfnisse annehmen, so ist damit, wie gezeigt wurde, etwas anderes gemeint wie bei Schumpeter. Nämlich, daß wir glauben, von allen partiellen Veränderungen in den Bedürfnissen absehen zu dürfen, solange dieselben nicht die für unsere Zinserklärung allein wesentliche funktionelle Verteilung merklich verändern. Im übrigen aber kann eine Bedarfswandlung selbst Gegenstand der Variationsmethode in unserem Sinn sein.

Die Unhaltbarkeit dieses engen Statikbegriffes, wie der Variationsmethode Schumpeters, dürfte nunmehr genügend gezeigt sein. Wenn wir aber immerhin einen Augenblick lang versuchen wollen, diese beiden Dinge anzunehmen, so müssen wir die Konsequenzen, welche Schumpeter daraus zieht, anerkennen. Das Sparen, das Einschlagen von Produktionsumwegen und andere Dinge sind ohne Veränderung in den Wertfunktionen nicht möglich und können deshalb dieser engbegrenzten Statik nicht angehören. „Ein Uebergang aus einem Zustand, in dem nicht gespart würde, zu einem solchen, wo das geschieht oder wo auch nur eine größere prinzipielle Disposition zum Sparen vorhanden ist, setzt eine Aenderung in der Natur der Menschen, mithin in allen Wertfunktionen voraus und ist für uns deshalb ebenso unerfaßbar, wie der Uebergang zur Produktion von Gütern, die bisher unbekannt waren, oder zu neuen Wirtschaftsmethoden.“[1]) Dadurch wird aber auch der Gedanke der Abstinenz aus der statischen Betrachtungsweise ausgeschlossen. „Die Abstinenztheorie betrachtet die Bedeutung produktiver Anstrengungen zum Zwecke von Veränderungen, Erhebungen des Niveaus der Wirtschaft und spielt, wie wir in Uebereinstimmung mit Prof. Clark sehen, keine Rolle in der Statik.“[1]) Alle diese Konsequenzen verpflichten aber zur Anerkennung von zwei Dingen. Erstens, damit, daß man in einer so engbegrenzten Statik das Zinsphänomen nicht aufzeigen kann, ist noch gar nichts darüber gesagt, ob der Kapitalzins ein statisches Phänomen ist oder nicht. Es ist ein Unterschied, ob man eine Erscheinung innerhalb eines bestimmten Systems nur nicht erklären kann, oder, ob man diese Erscheinung als innerhalb dieses Systems vorhanden überhaupt leugnet. Das zweite ist das Folgende: Wenn man schon glaubt, die statische Theorie so eng umgrenzen zu dürfen, so müssen doch diejenigen Probleme, welche dadurch aus der Statik ausgeschlossen werden, in der dynamischen Theorie entsprechende Beachtung finden. Insbesondere muß die Dynamik, wenn sie, wie

[1]) „Wesen“ S. 5.

dies auch in Schumpeters „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ der Fall ist, nach Erweiterung bzw. Auflösung der statischen Prämissen auf dem Weg der abnehmenden Abstraktion erforscht wird, dort beginnen, wo die Statik aufhört. Es müssen zu allererst diejenigen Dinge erforscht werden, welche im statischen Bereich gerade nicht mehr unterzubringen waren, in unserem Fall also Sparen, Abstinenz und Produktionsumwege.

Durch einen Kunstgriff entzieht sich Schumpeter dieser Verpflichtung. Indem er nämlich in seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ von einem anderen, wesentlich erweiterten Statikbegriff ausgeht. Würde demselben auch eine neue, vollkommen durchgearbeitete statische Theorie entsprechen, hätte mit anderen Worten dieser weitere mit dem oben dargestellten engeren Statikbegriff nichts zu tun haben, so hätten wir über den letzteren kein Wort zu sagen brauchen. Aber dies ist keineswegs der Fall, es wird vielmehr dieser erweiterten Statik einfach der ursprünglich engere Inhalt zugeschrieben. Es wird aus der Tatsache, daß jetzt auch Veränderungen in den Relationen und Störungen des Gleichgewichts in die Statik einbezogen werden, daß also mit anderen Worten die Voraussetzung der absolut gleichbleibenden Wertfunktionen aufgegeben ist, nicht die Konsequenz gezogen, daß nunmehr auch der Variationsmethode eine erweiterte Aufgabe zukommt.

Die erweiterte Statik ist nicht mehr das Bild eines momentanen Zustandes, sondern das eines Kreislaufs. Auch die Statik in unserem Sinn stellt einen Kreislauf dar, jedoch einen solchen, der ohne jede Veränderung in den Relationen vor sich geht, solange wir nicht eine solche einmalige Veränderung zum Gegenstand der Untersuchung durch die Variationsmethode machen. Hier aber, bei Schumpeter, werden Veränderungen, soweit sie kontinuierlicher Natur sind, ohne weiteres in den statischen Bereich einbezogen, ohne aber in ihrer Wirksamkeit eingehend untersucht zu werden. Konstanz und Kontinuität zugleich kennzeichnen diese statische Wirtschaft, was mit folgenden Aeußerungen Schumpeters zu belegen ist: „Das Wirtschaftssubjekt handelt also nach erfahrungsgemäß gegebenen Daten und in einer ebenso erfahrungsgemäß gegebenen Art und Weise. Natürlich heißt das nicht, daß keine Veränderungen in seiner Wirtschaft eintreten können. Die Daten derselben können sich ändern, und jedermann wird sich danach richten, sobald er es merkt. Aber dann wird jedermann nicht etwas schlechthin Neues tun, sondern möglichst viel von seiner gewohnten Wirtschaftsweise festhalten und dem Drucke der Verhältnisse nur soweit nachgeben, als es nötig ist. Und auch dieses Nachgeben wird er nach den Regeln der Erfahrung vollziehen. So würde sich das Bild der Wirtschaft nicht willkür-

lich ändern, sondern sich in jedem Augenblick an den vorhergehenden Zustand anschließen"[1]). An einer anderen Stelle schreibt Schumpeter: „Die gegebenen äußeren Verhältnisse und die Bedürfnisse der Einzelwirtschaft stellen sich als die beiden für den Wirtschaftsprozeß maßgebenden und zu dem Resultate desselben zusammenwirkenden Faktoren dar. Die Produktion folgt also den Bedürfnissen. Sie wird von ihnen gleichsam nachgezogen"[2]). Wieder eine andere Stelle in der „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" lautet: „Die Daten, die die Wirtschaft in der Vergangenheit beherrscht haben, sind bekannt, und wenn sie unverändert bleiben, so würde die Wirtschaft wieder in derselben Weise ablaufen. Die Veränderungen, die sie erleiden mögen, sind nicht ganz so bekannt; aber im Prinzip folgt ihnen das Wirtschaftssubjekt, so gut es kann. Es ändert sozusagen nichts selbsttätig; es ändert nur das, was die Verhältnisse schon von selbst verändern: es beseitigt jene Diskrepanzen zwischen Daten der Wirtschaft und Wirtschaftsführung, die sich herausstellen, wenn die gegebenen Verhältnisse sich ändern und man versucht, in derselben Weise fortzuwirtschaften"[3]). Das ganze volkswirtschaftliche Wertsystem wird nach Schumpeter durch gewohnte Erfahrung und schrittweise Anpassung bestimmt: „Dieses Wertsystem zeigt nun, wie schon gesagt, eine sehr bemerkenswerte Konstanz. In jeder Wirtschaftsperiode besteht die Tendenz, in die einmal ausgefahrenen Bahnen wieder einzulenken und wieder dieselben Werte zu realisieren. Und auch dort, wo diese Konstanz unterbrochen wird, bleibt doch stets eine Kontinuität; denn auch, wenn sich die äußerlichen Verhältnisse ändern, handelt es sich niemals darum, völlig Neues zu tun, sondern nur, das bisher Getane den neuen Verhältnissen anzupassen. Das einmal festgestellte Wertsystem und die einmal gegebenen Kombinationen sind stets der Ausgangspunkt für jede neue Wirtschaftsperiode und haben sozusagen eine Präsumtion für sich"[4]). Die Veränderungen des statischen Gleichgewichts, der Uebergang zu einem neuen Gleichgewichtszustand werden von Schumpeter ausdrücklich zugegeben, wie aus folgender Stelle besonders deutlich hervorgeht: „Damit nähern wir uns dem Ausgangspunkt unserer ganzen Untersuchung, nämlich der Tatsache, daß ein jeder Kaufmann, ein jeder Produzent immer auf Grund einer bestimmten gewohnten Sachlage handelt und lediglich jene Veränderungen in seinem Verhalten vornimmt, zu denen ihn die Verhältnisse drängen. Es bedarf natürlich keiner besonderen Untersuchung darüber, daß es auch unter diesen neuen Annahmen einen bestimmten

[1]) „Theorie" S. 7.
[2]) „Theorie" S. 14.
[3]) „Theorie" S. 27.
[4]) „Theorie" S. 51.

Gleichgewichtszustand gibt"[1]). Nirgends ist aber in Schumpeters Buch eine Untersuchung dieser Gleichgewichtsveränderungen durch die Variationsmethode zu finden. Besonders kennzeichnend für die unvermerkte Umwandlung des statischen Zustandes der Wirtschaft in einem stationären und besonders wichtig für unseren Zusammhang ist Schumpeters Aeußerung, es „würde sich das Wesen der Sache auch nicht ändern . . ., wenn z. B. die Bevölkerung stetig wüchse"[2]). Jede Veränderung in der Größe der Bevölkerung bedeutet aber, wie wir oben festgestellt haben, eine Veränderung in der Zahl der Arbeiter und damit im Arbeitsvorrat. Eine Veränderung des Arbeitsvorrates bedeutet ceteris paribus, eine Verschiebung in dem Mengenverhältnis der einzelnen Produktionsfaktoren und muß sich somit wieder in deren veränderter Grenzproduktivität auswirken. Schumpeter hat es unterlassen, mit Hilfe der Variationsmethode diese Dinge weiter zu verfolgen. Darin liegt, wie wir in unserem zweiten Kapitel noch durch eine positive Beweisführung zeigen werden, der eine der beiden Hauptfehler, welche zu seiner Zinstheorie führen.

Die wesentlichste Prämisse des erweiterten Schumpeterschen Statikbegriffes, nämlich die Synchronisierung des Wirtschaftsablaufes, steht in offenem Widerspruch mit der Einbeziehung stationärer Elemente in diese Statik. Um so auffallender ist dieser Widerspruch, als gerade Schumpeter dem Moment der Interdependenz eine so große Bedeutung zuschreibt: „Alle Güterquantitäten hängen in jedem Moment von allen ab und bestimmen sich gegenseitig"[3]). In seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" führt er aus: „Kann man auch nicht von sozialen Werten sprechen, so gibt es doch ein soziales Wertsystem, ein soziales System von individuellen Werten. Diese Werte stehen in einem ähnlichen Zusammenhang miteinander wie die Werte innerhalb der Einzelwirtschaft. Sie wirken aufeinander durch die Tauschbeziehung hindurch, so daß sie alle Werte anderer Wirtschaftssubjekte beeinflussen und von ihnen beeinflußt werden. In diesem sozialen Wertsystem spiegeln sich alle Lebensverhältnisse eines Volkes, alle „Kombinationen" namentlich kommen darin zum Ausdruck"[4]). Wie also, wenn sich jetzt die Bedürfnisse ändern oder wenn die Bevölkerung und damit die Arbeiterzahl stetig zunimmt? Wenn die Interdependenz des ganzen Systems bedeutet, daß die Veränderung der einen Daten auch alle anderen Daten berührt, muß dies dann nicht auch für die immer gleichbleibenden und gleichmäßig erneuerten Vorräte an Genußgütern und an produzierten Produktionsmit-

[1]) „Theorie" S. 53.
[2]) „Theorie" S. 76.
[3]) „Wesen" S. 143.
[4]) „Theorie" S. 73.

teln, welche in der statischen Wirtschaft vorausgesetzt werden, Geltung haben? Muß nicht die Veränderung in den Produktionskombinationen, welche den veränderten Bedürfnissen und dem veränderten Arbeitsangebot notwendig folgt, die Bedeutung dieser Vorräte tangieren und damit eine Tendenz auch zu ihrer Veränderung auslösen? Schumpeter ist sich dessen anscheinend selbst bewußt, wenn er sich die Frage stellt: „Kann der stete Güterstrom nicht bald schwächer, bald stärker fließen? Namentlich aber: Muß nicht der Umstand, daß eine ergiebigere Produktionsmethode mehr Zeit erfordert, auf die Werte gegenwärtiger Gütervorräte, die ihre Wahl allein ermöglichen, wirken und die Zeit zu einem Faktor im Kreislauf der Wirtschaft machen?"[1]) Aber der Widerspruch zwischen stationärer Veränderung einzelner Daten und synchronisiertem Ablauf der Wirtschaft bleibt bestehen, wenn Schumpeter daraufhin feststellt: „Die tatsächliche Rolle des Zeitablaufs in der Wirtschaft wird nicht geleugnet . . . Schon hier soll im Besonderen gesagt werden, daß die Einführung ergiebigerer, aber langwierigerer Prozesse etwas anderes ist, und daß die Frage, wie das Zeitmoment dabei wirkt, besonders zu diskutieren ist . . . Wir sprechen nicht von der Einführung von neuen Prozessen, sondern vom Kreislaufe einer Volkswirtschaft, die mit gegebenen, im Gange befindlichen Prozessen arbeitet."[2]) Man kann natürlich die Einführung von Produktionsumwegen in gleicher Weise sowohl als einmaligen, wie als einen sich wiederholenden Vorgang betrachten, wie man dies bei der Einführung des Arbeitsvorrats tun kann. Aber die Betrachtungsweise des einen Gegenstandes bedingt immer auch die gleiche Betrachtungsweise des anderen. Wenn man deshalb das stetige Wachsen der Bevölkerung und damit der Arbeiterzahl in die Untersuchung einbezieht, so darf man die mögliche Verlängerung oder Verkürzung der Produktionsumwege bzw. den Einfluß, den der vergrößerte Arbeitsvorrat auf die Umwegsproduktion ausübt, nicht gleichzeitig ausschließen. Es ist natürlich richtig, daß unter der Voraussetzung des Vorhandenseins der notwendigen Produktionsmittel, die einmal eingeführte ergiebigere Produktionsmethode, welche ihre Produkte kontinuierlich liefert, immer wieder durchgeführt wird, solange alle übrigen Daten gleichbleiben. Sobald sich aber das Mengenverhältnis der einzelnen Produktionselemente verändert, tritt die Frage auf, ob die einmal eingeführte Produktionsmethode wirklich noch immer die ergiebigste ist, ob nicht vielmehr jetzt ein längerer oder kürzerer Produktionsumweg in Frage kommt, der eingeschlagen werden muß, wenn die nach Veränderung der Daten bestmögliche Wertsumme realisiert

[1]) „Theorie" S. 46.
[2]) „Theorie" S. 46.

werden soll. Schumpeter glaubt in der gleichen Weise die Abstinenz aus der statischen Betrachtung ausschließen zu können: „Auch hier muß man die einmalige Beschaffung der Voraussetzungen einer Produktion von deren regelmäßiger Abwicklung unterscheiden. Was immer die Rolle der Abstinenz bei der ersteren sein mag, . . . sicher gibt es bei letzterer nicht jedesmal wieder ein Wartenmüssen. Auf die regelmäßigen Erträge muß man einfach nicht „warten", da man sie genau dann erhalten kann, wenn man sie überhaupt braucht."[1]) Nun ist aber doch ein gewisser Arbeitsvorrat eine ebenso notwendige Voraussetzung der Produktion, wie es die Gütervorräte sind, welche mit Hilfe von „Warten" angehäuft werden. Ist es da nicht willkürlich, die Beschaffung des Arbeitsvorrats — durch stetiges Wachsen der Bevölkerung — als einen dauernden, die Beschaffung der produzierten Produktionsmittel dagegen als einen einmaligen Vorgang anzunehmen? Muß nicht gerade der Grenznutzentheoretiker zugeben, daß daraus notwendig eine relative Verschiebung in der Grenzproduktivität der einzelnen Produktionselemente folgen muß und daß damit die Möglichkeit, ja vielleicht die Notwendigkeit eines neuen zusätzlichen „Wartens" in Frage kommt?

Wenn wir jetzt die Ergebnisse, zu denen wir durch die Kritik des formalen Aufbaues des Schumpeterschen Systems gekommen sind, noch einmal kurz zusammenfassen wollen, so kann dies in folgenden Sätzen geschehen: Auch Schumpeter grenzt die reine, statische Theorie zu eng ab und erreicht damit nur, daß er der Variatonsmethode jede praktische Bedeutung nimmt. Damit muß er alle Probleme, welche mit dem Zinsphänomen zusammenhängen, aus der statischen Theorie ausschließen. Um aber die dynamische Theorie nicht mit der Behandlung eben dieser Probleme beginnen zu müssen, erweitert Schumpeter den ursprünglich engen statischen Bereich unversehens weitgehend und erreicht damit gleichzeitig eine entsprechende Verengung des Forschungsbereiches der dynamischen Theorie. Er unterläßt es aber, der Variationsmethode eine entsprechend erweiterte Aufgabe zuzuteilen und bewirkt damit, daß der Synchronisierungsgedanke der Einbeziehung von stationären Veränderungselementen in den statischen Bereich grundsätzlich widerspricht. Es fehlt die für die Zinserklärung wesentliche Untersuchung der Veränderungen im Mengenverhältnis der Produktionsfaktoren durch die Variationsmethode. Zwischen dem erforschten statischen Bereich und dem erforschten dynamischen Bereich bleibt ein unerforschter Grenzbereich zurück. Es entsteht so eine Lücke, durch welche die mit dem Zinsphänomen zusammenhängenden

[1]) „Theorie" S. 48.

Erscheinungen, das Sparen, die Abstinenz, die Produktionsumwege, in der Versenkung verschwinden.

Wir werden im zweiten Kapitel noch zu zeigen haben, wie dieser grundlegende systematische Fehler noch gefördert wurde durch einen inhaltlichen Fehler, nämlich durch eine unrichtige Zurechnungstheorie. Man darf aber wohl auch annehmen, daß es Schumpeter darüber hinaus um die bewußte Herausarbeitung einer gewissen dialektischen Antithese zu tun war. Statik und Dynamik sind für ihn nicht, wie für uns, ein Mehr oder Weniger an Inhalt, sondern sind für ihn gegensätzliche Inhalte. Schumpeter ist es zu tun um die Beschreibung zweier gegensätzlicher Wirtschaftstypen, von denen der eine durch gewohnte Erfahrung und schrittweise Anpassung, der andere durch das Einschlagen völlig neuer Wege gekennzeichnet wird. Erinnern wir uns daran, daß wir zu Anfang dieses Kapitels als die Aufgabe der Theorie bezeichnet haben, einmal, daß sie die Unzahl der sozialwirtschaftlichen Erscheinungen in eine Rangordnung ihrer verschieden weitreichenden Allgemeingültigkeit bringt, und zweitens, daß sie in strenger Anlehnung an diese Rangordnung je nach der Methode in verschiedener Abstraktionsrichtung diese Erscheinungen schrittweise und lückenlos erforscht. Da erkennen wir leicht, wie das theoretische System Schumpeters, der glaubte, statt der rangmäßigen eine gegensätzliche Anordnung des Stoffes vornehmen zu dürfen, gerade im Grenzbereich zwischen Statik und Dynamik unvollständig bleiben mußte. Aus diesem Vorwurf der Unvollständigkeit erwächst uns aber die Verpflichtung, denselben durch eine positive Beweisführung zu rechtfertigen. Dadurch nämlich, daß wir die Variationen im Mengenverhältnis der einzelnen Produktionselemente, welche nach unserer Behauptung im Schumpeterschen System fehlen, nunmehr selbst vornehmen und in ihrer Wirksamkeit untersuchen. Dies soll im zweiten Kapitel geschehen.

II. Kapitel

Zurechnung und Grenzproduktivität

Eine bloß funktionale Beschreibung des Gleichgewichtszustandes zeigt uns zunächst nur die formale Interdependenz der Quantitäten. Sie läßt uns den Zusammenhang aller Preise erkennen, d. h. wie im allgemeinen jeder Preis und jede Gütermenge von allen anderen Preisen und Mengen abhängt und alle anderen mit bestimmt. Wir wollen aber darüber hinaus auch wissen, wie es zu den jeweils gegebenen Relationen dieser Größen kommt und welche Tendenzen in Erscheinung treten, wenn sich diese Relationen verändern. Wir wollen mit anderen Worten nicht nur wissen, was der Gleichgewichtszustand ist, sondern auch wie er logisch entsteht und sich verändert.

Die Produktionsweise der freien Verkehrswirtschaft wird dadurch gekennzeichnet, daß die auf dem Prinzip der Arbeitsteilung aufgebauten Unternehmungen die Befriedigung eines fremden Bedarfes übernehmen. Dabei ist die Funktion, welche diese Unternehmungen erfüllen, nicht nur die Güterproduktion, sondern zugleich auch die Verteilung dieses Produktionsertrages. Die Unternehmer kaufen für Geld die produktiven Leistungen der einzelnen Produktionselemente, der Arbeit, der Natur und der produzierten Produktionsmittel und kombinieren dieselben in bestmöglicher Weise, orientiert an den zu erwartenden Preisen und Absatzmengen der zu erzeugenden Produkte. Diese Produkte werden unmittelbar, oder auf dem Umweg über andere Unternehmungen mittelbar an die Konsumenten abgesetzt, welche ihren differenzierten Bedarf durch Ankauf der verschiedensten Produkte verschiedenster Unternehmungen decken. Diese Konsumenten sind aber wieder dieselben Leute, welche den Unternehmungen ihre produktiven Leistungen anbieten. Daraus wächst ihnen die für den Ankauf jener Produkte notwendige Kaufkraft zu, und so schließt sich die Folge der Tauschhandlungen zu einem Kreis. Die Konsumenten haben, wie Schumpeter gezeigt hat[1]), nur die Gebrauchswertschätzungen für die einzelnen Produkte, welche sie zum Zwecke ihrer Bedürfnisbefriedigung erwerben wollen. Auf der anderen Seite haben die Arbeiter nur die Wertschätzung für die Mühe ihrer Arbeit. Die Unternehmer dagegen als die

[1]) Siehe insbesondere „Das Rentenprinzip in der Verteilungslehre", Schmoller's Jahrbuch 1907.

Zwischenhändler zwischen den Konsumenten einerseits und den Trägern oder Besitzern produktiver Leistungen andererseits haben von den Produkten, welche sie in ihren Unternehmungen erzeugen, und von der Arbeitskraft, welche sie in denselben produktiv verwerten, nur Tauschwertvorstellungen. So verbinden sie diese beiden Kategorien von subjektiven Wertschätzungen und objektivieren sie.

Dieses Bild der durch unternehmungsweise Produktion gekennzeichneten Tauschwirtschaft soll im Folgenden des Näheren erklärt werden. Zu diesem Zwecke werden wir es zunächst bedeutend vereinfachen, indem wir zwei Zwischenglieder aus dem gekennzeichneten Kreis von Tauschhandlungen ausschalten. Einmal eben diese Unternehmer, welche, wie gezeigt, nur Zwischenglieder sind und deren einzige Funktion in der statischen Wirtschaft darin besteht, daß sie bei gegebenen Zielen die gegebenen Produktionselemente in bestmöglicher Weise kombinieren, und zweitens das Geld, das in unserer statischen Wirtschaft nur ein technisches Hilfsmittel des Tausches ist. Die beiden Tauschhandlungen, die nach dieser Vereinfachung allein übrigbleiben, sind einmal der Tausch produktiver Leistungen gegen die in der Unternehmung produzierten Güter und zweitens der Tausch dieser Güter gegen die Produkte anderer Unternehmungen. Angenommen also, die nötige Anzahl von Grundbesitzern, Arbeitern und Kapitalgutbesitzern würde gemeinschaftlich eine Schuhfabrik betreiben — die Kombination ihrer produktiven Leistungen soll ihnen dabei nicht schlechter gelingen als dem tüchtigsten Unternehmer — und angenommen, diese Leute würden das gemeinsame Produkt, den Rohertrag ihrer Unternehmung nach irgendeinem Schlüssel unter sich teilen, so daß z. B. der einzelne Arbeiter 50 Paar Schuhe bekäme. Nun hat derselbe wohl das Bedürfnis, Schuhe zu besitzen, aber er hat daneben auch noch andere Bedürfnisse von großer Dringlichkeit. So wird er den größten Teil der Schuhe gegen andere Güter abgeben, und zwar so lange, als diese anderen Güter für ihn einen größeren Gebrauchswert haben, wie die Schuhe, welche er dafür hergibt. „Das Zustandekommen eines Tausches ist selbstverständlich daran gebunden, daß die beiden tauschenden Parteien, jede für sich, das einzutauschende Gut höher schätzen als das auszutauschende. Wenn diese Bedingung für zwei Wirtschaftssubjekte gegeben ist, so daß gerade der eine von ihnen ein Gut, das der andere hat, mehr begehrt als eines seiner eigenen, während umgekehrt das andere Wirtschaftssubjekt dieses letztere jenem ersteren vorzieht, dann kommt es zum Tausche, und derselbe wird solange fortgesetzt, d. h. derselbe erstreckt sich auf so große Mengen, als die betreffenden Dispositionen der beiden Wirt-

schaftssubjekte zulassen.“[1]) — Man stellt also einerseits bei der Hingabe eines Gutes den Ausfall an Gebrauchswert in Rechnung, welcher wegen der steigenden Nutzintensität der nacheinander hingegebenen Einheiten nicht nur absolut, sondern auch relativ um so größer wird, je größer die Menge sein soll, welche man hingibt. Andererseits zieht man bei dem Erwerb eines Gutes den Zuwachs an Gebrauchswert in Betracht, welcher wegen der sinkenden Nutzintensität der nacheinander erworbenen Einheiten zwar absolut steigt, aber relativ um so kleiner wird, je größer die Menge sein soll, welche man erwirbt. Gütertausch ist das je paarweise Zusammentreffen dieser beiden Wertungsvorgänge in den Gehirnen der beiden Tauschenden. Aus einem doppelten Grunde sind deshalb die Menschen, wenn sie wirtschaftlich handeln wollen, gezwungen, für die Einheit des hinzugebenden Gutes eine um so größere Menge an Einheiten bzw. Teileinheiten des einzutauschenden Gutes zu fordern, je größer die getauschten Mengen sein sollen. Die Kurve der Nachfrage eines Wirtschaftssubjektes nach einem Gute muß also stets steiler verlaufen als die Wertfunktion, welche das Bedürfnis dieses Wirtschaftssubjektes darstellt, zu dessen Befriedigung das zu erwerbende Gut geeignet ist. Getauscht wird also so lange, als für die Einheit des hingegebenen Gutes ein Wertüberschuß erzielt wird, und der jeweilige Gesamtwertüberschuß wird in der Weise bestimmt, daß jedes Wirtschaftssubjekt für keine Einheit des zu erwerbenden Gutes mehr zu opfern bereit ist wie für die letzte. In Wirklichkeit nehmen also die Menschen die beiden Handlungen des Gütertausches nicht gleichzeitig, sondern nur jeweils eine der beiden selbst vor. Die andere wird ihnen von den Unternehmern abgenommen, deren Wertvorstellungen dabei aber von den Wertschätzungen der Einzelwirtschafter abgeleitet sind. Das Dazwischentreten der Unternehmer ändert also nichts an dem Wesen der Sache.

Kehren wir aber noch einmal für einen Augenblick zu unserem vereinfachenden Beispiel zurück. Unser Arbeiter kann also jetzt den Gebrauchswert seines ganzen Schuhvorrats zum großen Teil ersetzen durch den höheren Gebrauchswert derjenigen Güter, welche er für Schuhe eintauschen kann. Mit dieser Summe an Gebrauchswert wird er die Mühe seiner Arbeit vergleichen, welche mehr als aufgewogen werden muß. Daneben wird er sich umsehen, ob nicht irgendwo in der Volkswirtschaft die Möglichkeit besteht, mit einem gleichen Aufwand an Arbeit eine größere Gebrauchswertsumme zu realisieren. Für den Grundbesitzer kommt nur diese zweite Erwägung in analoger Weise in Frage. Sofern sein Boden, sein Bergwerk, sein Haus überhaupt geeignet ist, eine Rente abzu-

[1]) „Theorie Seite 52.“

werfen, wird er jeweils nach derjenigen Verwendung streben, die ihm eine möglichst hohe Rente einbringt, und er wird sich mit einer sehr kleinen Rente lieber begnügen, als daß er sein Objekt brachliegen läßt.

Damit sind wir bei der Frage, wie weit die Produktion insgesamt ausgedehnt wird und wie die vorhandenen Mittel auf die einzelnen Produktionszweige verteilt werden. Je mehr Güter produziert werden, um so weniger dringlich sind die Bedürfnisse, die mit denselben befriedigt werden können. Andererseits kann der Arbeitsvorrat bei gegebener Arbeiterzahl nur gesteigert werden, wenn die Arbeitszeit verlängert und die Arbeitsintensität erhöht wird, was beides eine Steigerung der Arbeitsmühe bedeutet. Dazu kommt, daß mit zunehmender Produktion immer schlechtere und immer ungünstiger gelegene Böden in Bebauung genommen werden müssen, weshalb auch noch die technische Produktivität der Arbeit zunehmend sinkt. Die Produktion strebt also einer Grenze zu, an der es unzweckmäßig wird, weitere Aufwendungen zu machen. Ist dieser Punkt erreicht, so wird der Grenzerlös gerade die Grenzkosten decken. Das wird noch deutlicher, wenn man die einzelnen Produktionszweige in ihrem gegenseitigen Verhältnis betrachtet. Ein isolierter Wirtschafter, der keine Tauschmöglichkeit hätte, würde „seine Produktionsmittel zunächst zu der Produktion jener Güter verwenden, die seine dringlichsten Bedürfnisse befriedigen können, und sodann zur Produktion für immer weniger dringliche Bedürfnisse übergehen. Dabei wird er bei jedem Schritt darauf achten, welche anderen Bedürfnisregungen infolge der Verwendung der Produktionsgüter für die jeweils vorgezogenen Bedürfnisse leer ausgehen müssen."[1]) Befriedigung dringlicher Bedürfnisse bedeutet also Verzicht auf die Befriedigung minder dringlicher Bedürfnisse, und nützliche Güter produzieren bedeutet, die dazu nötigen Produktionsmittel der Produktion minder nützlicher Güter entziehen. „Hier begegnet uns das Moment der Kosten. Die Kosten sind eine Werterscheinung. Das, was die Produktion eines Gutes den Produzenten in letzter Linie kostet, sind jene Genußgüter, die sonst noch mit denselben Produktionsmitteln gewonnen werden könnten und die infolge der gewählten Produktion nun nicht erzeugt werden können. Deshalb bringt der Aufwand von Produktionsmitteln ein Opfer mit sich."[2]) In der freien Tauschwirtschaft ist der Sachverhalt im wesentlichen nicht anders. Je mehr ein bestimmter Produktionszweig ausgedehnt wird, um so mehr nimmt der Nutzen der betr. Produkte ab, einen um so geringeren Preis erzielen sie. Andererseits steigen die Preise aller anderen Güter, da deren Angebotsmengen in

[1]) „Theorie" Seite 32.
[2]) „Theorie" Seite 34.

dem Maße sinken müssen, als ihrer Produktion die gegebenen Produktionsmittel schrittweise entzogen werden. In der Angebotskurve eines jeden Gutes macht sich also die Nachfrage nach allen anderen Gütern geltend. Jede Angebotsfunktion ist, wie Schumpeter sagt, eine umgekehrte Nachfragefunktion. So muß der Ueberschuß des Erlöses einer jeden Produktion über deren Kosten mit ihrer zunehmenden Ausdehnung immer kleiner werden, bis er ganz verschwindet. Dann ist die Grenze der Produktion und damit der statische Gleichgewichtszustand erreicht.

Schumpeter hat diese Tatsache als das „Gesetz von der Abnahme des Produktionsertrages" bezeichnet. „Dasselbe hat jedoch einen völlig anderen Sinn als das Gesetz von der Abnahme des physichen Produktionsertrages. Hier handelt es sich um eine Abnahme des Nutzgewinns pro produzierte Einheit, also um etwas ganz anderes. Die Geltung dieses Satzes ist von jenem physischen Abnahmegesetz unabhängig."[1]) Natürlich sind die technischen Ertragsgesetze für die Produktionsgrenze und für die Kosten- und Preishöhe nicht bedeutungslos. Die Tatsachen, über welche sie etwas aussagen, sind mengenbestimmender Natur. Insbesondere ist leicht einzusehen, daß das Gesetz des abnehmenden technischen Ertrages unser Gesetz des abnehmenden Nutzertrages in seiner Wirkung nur verstärkt. Die Produktionsgrenze wird eher erreicht und die Angebotskurve verläuft steiler, wenn das Gesetz des abnehmenden technischen Ertrages wirksam wird. Umgekehrt ist das Gesetz der Massenproduktion geeignet, die Wirkung unseres Gesetzes vom abnehmenden Nutzertrag und damit die Produktionsgrenze hinauszuschieben. Aber schließlich sinkt die Kurve der abnehmenden Preiswilligkeit der Nachfragenden doch schneller als die Kurve der sinkenden Kosten, abgesehen davon, daß das Gesetz der Massenproduktion überhaupt nur bis zu einem bestimmten Punkt der Produktionsausdehnung gültig ist. In der dynamischen Wirtschaft kann immerhin bei überraschender Einführung einer neuen Technik oder bei plötzlicher Erschließung eines neuen Absatzgebietes der Fall eintreten, daß unser Gesetz des abnehmenden Nutzertrages durch das Gesetz der Massenproduktion vorübergehend kompensiert wird, ebenso etwa, wie eine allgemeine Bedarfswandlung die typische Nachfragekurve einmalig abbiegt.

Wir haben also festgestellt, daß an der Grenze der Produktion, daß im Gleichgewichtszustand der Grenzerlös gleich ist den Grenzkosten, und zwar bekommt der Unternehmer für jede Einheit des Produktes nur den Grenzpreis, und er muß alle gleichartigen produktiven Leistungen in der Höhe der Grenzkosten bezahlen. Die Produktion liefert keinen Wert-

[1]) „Theorie" Seite 35.

überschuß, sie realisiert nur die in den Produktivgütern potentiell vorhandenen Werte. Diese Wertgleichheit der Produkte und Produktionsmittel bedeutet nur, daß im statischen Zustand der Wirtschaft das ganze Sozialprodukt zur Verteilung kommt an alle diejenigen, welche mit ihren Leistungen zur Produktion notwendig und dauernd gebraucht werden. Aber nach welchem Schlüssel wird dieses Sozialprodukt verteilt? Hier haben wir bis jetzt in unserer Darstellung der durch unternehmungsweise Produktion gekennzeichneten Tauschwirtschaft eine Lücke gelassen. Die produktiven Leistungen produzieren nicht isoliert, sondern gemeinsam in produktiven Kombinationen. Sie stehen im Verhältnis der Komplementarität, d. h. sie bestimmen sich gegenseitig in ihrer Wirksamkeit, und der Wert, der ihnen von ihrem Produkte her übertragen wird, kommt ihnen zunächst nur gemeinsam zu. Wir wissen wohl, daß die Grundbesitzer, Arbeiter usw. ihre Leistungen dort anbieten, wo sie das Meiste erhalten. Aber woher sollen die Organisatoren der Produktion wissen, wieviel sie für diese Leistungen bezahlen dürfen? Wir wissen wohl, daß im Gleichgewichtszustand der gesamte Tauschwert des Produktes, das von einer bestimmten produktiven Kombination erzeugt wird, an deren Glieder restlos verteilt wird, daß also der Erlös der Produktion gleich ist den Kosten, welche die kombinierten Produktionselemente repräsentieren. Aber diese Kombination stellt eine bestimmte Produktionsmittelmischung dar, und wie soll der Unternehmer wissen, ob gerade dieses oder jenes Mischungsverhältnis das jeweils beste ist? Er kennt als rationeller Wirtschafter zunächst nur zwei Dinge. Er weiß annähernd, wie jede mögliche Produktionsmenge jeweils einen bestimmten Preis und damit einen bestimmten Erlös für ihn bedeutet. Und er weiß zweitens, wie jede mögliche technische Kombination ihm eine jeweils bestimmte Menge an Produkten liefert. Wie er nun durch Vereinigung dieser beiden Erwägungen die jeweils beste Kombinationsmöglichkeit findet, wie er daraus die Höchstgebote ableitet, welche er für die einzelnen produktiven Leistungen und für jede ihrer Einheiten machen darf, das ist das vorliegende theoretische wie auch praktische Problem, das dem ganzen verkehrswirtschaftlichen Verteilungsprozeß zugrundeliegt.

„Seine Lösung gibt uns die Zurechnungstheorie. Was das Wirtschaftssubjekt messen will, ist die relative Bedeutung jener Produktionsmittelmengen für seine Wirtschaft.'") Wie wir den Wert der Genußgüter abgeleitet haben aus dem Nutzen, den sie bei der Bedürfnisbefriedigung stiften, und wie wir den Wert der produktiven Kombinationen gleichgesetzt haben dem Wert der Genußgüter, welche sie produzieren, so suchen wir jetzt

[1]) „Theorie" Seite 29.

durch die Zurechnung den Wert der einzelnen komplementären Produktivgüter und jeder ihrer Einheiten zu bestimmen aus dem Gesamtwert der Kombinationen, in welche sie bei rationellster Verwendung eingegliedert werden. Wie die Menge eines Genußgutes auf verschiedene Verwendungen so verteilt wird, daß die Grenznutzen nach Möglichkeit überall gleich sind, so werden auch die produktiven Leistungen, sofern sie gegenseitig vertauschbar sind, so verteilt, daß sie in allen Kombinationen einen möglichst hohen Gesamtwert des gemeinsamen Produktes bewirken. „Im Gegensatz zum Gebrauchswert der Genußgüter ist dieser Wert der Produktivgüter Ertragswert oder, wie man auch sagen könnte, Produktivitätswert. Dem Gebrauchsgrenznutzen der ersteren entspricht der Produktivitätsgrenznutzen der letzeren oder, um einen sehr üblichen Ausdruck einzuführen, die Grenzproduktivität. Die Bedeutung einer einzelnen Einheit von Arbeits- und Bodenleistungen ist gegeben durch die Grenzproduktivität von Arbeit und Boden, die also zu definieren ist als der Wert der geringstwertigen Produkteinheit, die mit Hilfe einer Einheit eines gegebenen Vorrates an Arbeits- und Bodenleistungen noch erzeugt wird.'") So sehen wir also, wie die Zurechnung die unmittelbare Grundlage der Verteilung ist. Damit kehren wir zum Ausgangspunkt unserer tauschwirtschaftlichen Betrachtung zurück, nämlich zum Vorgang der Produktionsorganisation und der Verteilung, wie er für die unternehmungsweise organisierte Verkehrswirtschaft kennzeichnend ist. Lohn, Rente und andere Produktionsmittelpreise bilden sich auf dem Markte als das Ergebnis von Wertschätzungen der Unternehmer, welche sich dabei orientieren, einmal an dem möglichen Erlös, d. h. an den möglichen Preisen aller möglichen Produktionsmengen, also mit anderen Worten an den Wertschätzungen der Konsumenten, und zum anderen an der technischen Produktivität der produktiven Leistungen und Produktivguteinheiten in allen möglichen Mischungsverhältnissen. Arbeit, Boden und alle anderen Produktivgüter erzielen den Preis, der ihrer wertmäßigen Bedeutung im Produktionsprozeß entspricht.

Welche Lösung des Zurechnungsproblems gibt nun Schumpeter in seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" und welche Folgerungen zieht er daraus für die Verteilungstheorie? Er geht zunächst von einer rein technischen Erwägung aus, wenn er sagt: „So müssen wir, wenn wir die Ordnungen der Güter hinaufsteigen, schließlich auf die für unsere Zwecke letzten Elemente der Produktion zurückkommen. Es bedarf keines weiteren Argumentes, daß diese letzten Elemente Arbeit und Naturgaben oder „Boden", Arbeits- und Bodenleistungen sind. Aus wenigstens einem und meist aus allen beiden

[1]) „Theorie" Seite 31.

bestehen alle anderen Güter. Daraus folgt, daß wir dieselben in diesem Sinn in Arbeit und Boden auflösen, daß wir alle Güter als Bündel von Arbeits- und Bodenleistungen auffassen können. Die Genußgüter nun haben ein besonderes Charakteristikum in der Konsumtionfähigkeit voraus, das sie als Ziele des ganzen Prozesses erscheinen läßt. Aber die übrigen Produkte, also die „produzierten Produktionsmittel", sind nichts Selbständiges. Sie stellen einmal kein neues Produktionsmittel, sondern nur „vorgetane" Arbeits- und Bodenleistungen dar. Und sodann haben sie auch kein sonst sie auszeichnendes Merkmal neben dem der Genußgüter, denn sie sind nichts anderes als Genußgüter im Werden. Einerseits also sind sie nur Verkörperungen jener zwei ursprünglichen Produktionsgüter, andererseits potentielle Genußgüter oder besser Teile von potentiellen Genußgütern. Es liegt also kein Grund vor und es wird sich weiter zeigen, daß überhaupt für uns kein Grund vorliegt, in ihnen einen selbständigen Produktionsfaktor zu sehen. Wir „lösen sie in Arbeit und Boden auf". Auflösen können wir auch die Genußgüter, als Teilgenußgüter auffassen auch die ursprünglichen Produktionsfaktoren. Beides zugleich aber trifft nur für die produzierten Produktionsmittel zu, sie haben keinen Aspekt allein für sich."[1])

Zu dieser Feststellung eines rein technischen Sachverhaltes ist zunächst folgendes zu sagen. Entweder wird sie von Schumpeter zu dem Zwecke gemacht, um darauf seine Zurechnungstheorie zu gründen, um also daraus die Wertzurechnung abzuleiten. Dann steht und fällt dieselbe mit der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Behauptung von der Auflösbarkeit der Güter in jene letzten Elemente, aus welchen sie im technischen Sinne gebildet werden. Oder aber Schumpeters Zurechnung ist wirklich eine rein wertmäßig fundierte. Dann hat die obige Feststellung überhaupt keinen Sinn. Trifft die erste dieser beiden Konsequenzen bei Schumpeter zu, so können wir schon jetzt feststellen, daß dessen Zurechnungsresultat falsch sein muß. Denn eine Zurechnung im technischen Sinne gibt es nicht. Für sie gilt immer noch das, was John Stuart Mill in seinem „Principles of Political Economy" ausgeführt hat: „Wenn zwei Bedingungen in gleicher Weise notwendig sind, um überhaupt einen Erfolg zustande zu bringen, so ist es sinnlos, zu sagen, daß soviel davon von dem einen und soviel von dem anderen hervorgebracht ist; es ist genau so, als wenn man versuchen wollte zu entscheiden, welche Hälfte einer Schere beim Schneiden am meisten zu tun hat oder welcher von den Faktoren 5 und 6 am meisten zur Hervorbringung von 30 beiträgt." Wird aber Schumpeters Wertzurechnung nicht auf dem

[1]) „Theorie" Seite 20.

Versuch einer technischen Zurechnung aufgebaut, so muß sie anderweitig eine eingehende Begründung finden.

Sehen wir nunmehr zu, wie diese Lösung des Zurechnungsproblems aussieht und inwieweit eine solche Begründung dafür überhaupt gegeben wird. Schumpeter führt aus: „Nun muß aber der Zurechnungsprozeß bis auf die letzten Elemente der Produktion, auf Arbeits- und Bodenleistungen zurückgehen. Er kann bei keinem produzierten Produktivgute Halt machen, denn für jedes läßt sich derselbe Gedankengang wiederholen . . Es zeigt sich, daß soweit kein Produkt einen Wertüberschuß über den Wert der darin enthaltenen Arbeits- und Bodenleistungen darbieten kann. Wenn wir früher die produzierten Produktionsmittel in Arbeit und Boden aufgelöst und konstatiert haben, daß sie im physischen Produktionsprozesse keine Rolle zu eigenem Rechte spielen, die für die ökonomische Betrachtung essentiell wäre, so sehen wir nun auch noch, daß sie im Wertungsprozesse nur durchlaufende Posten sind."[1]) Und welche Folgerungen zieht nun Schumpeter aus dieser angeblichen Lösung des Zurechnungproblems für die Verteilungstheorie? „In der Verkehrswirtschaft . . . müßten daher die Preise aller Produkte bei freier Konkurrenz den Preisen der in ihnen enthaltenen Arbeits- und Naturleistungen gleich sein. Weder an End- noch an Zwischenprodukten könnte der geringste Gewinn haften bleiben, denn derselbe Preis, der nach der Produktion für das Produkt erzielt wird, müßte vorher für den Komplex der nötigen Produktionsmittel erzielt werden können, eben weil von ihnen genau so viel abhängt, wie vom Produkt. Ein jeder Produzent müßte seinen ganzen Erlös an diejenigen abgeben, die ihm Produktionsmittel geliefert haben, und so weit das wieder Produzenten irgendwelcher Produkte waren, müßten diese ihrerseits den Erlös weitergeben, bis schließlich die ganze ursprüngliche Preissumme Lieferanten von Arbeits- und Naturleistungen zufiele."[2]) An einer anderen Stelle führt Schumpeter mit bezug auf die Synchronisierung des Wirtschaftsablaufes aus: „Aus dieser Betrachtung folgt nun nochmals, daß überall und auch in der Verkehrswirtschaft den produzierten Produktionsmitteln keine andere Rolle als die von Zwischengliedern, von durchlaufenden Posten zukommt. Nirgends finden wir einen Vorrat an ihnen, der besondere Funktionen hätte. Keine Forderung an das Nationalprodukt wird in erster Linie von ihnen aus präsentiert. Kein Einkommensstrom fließt ihnen letztlich zu. Keine selbständige Nachfrage geht von ihnen aus. Vielmehr werden in jeder Wirtschaftsperiode alle vorhandenen, also die in unserem Sinn in der vorhergehenden produzierten, Genußgüter den in dieser

[1]) „Theorie" Seite 37.
[2]) „Theorie" Seite 37.

Periode zur Verwendung kommenden Arbeits- und Bodenleistungen zufallen, mithin alle Einkommen unter dem Titel von Lohn- oder Grundrente verzehrt werden. So kommen wir zu dem Schlusse, daß die Tauschbewegung zwischen Arbeit und Boden einerseits und den Genußgütern andererseits nicht nur die Hauptrichtung der Strömung des Wirtschaftslebens ist, sondern im Grund die einzige. Der Produktionsertrag fällt denen zu, die Arbeits- und Naturleistungen beizusteuern haben. Arbeit und Boden teilen sich in ihn, und es sind genau soviel und nicht mehr Genußgüter vorhanden, als nötig ist, um deren effektive Nachfrage zu befriedigen."[1]) Und wieder an einer anderen Stelle sagt Schumpeter: „Wenn wir also annehmen, daß sich die Bodenleistungen im Privatbesitze befinden, so gibt es innerhalb einer jeden Wirtschaftseinheit, abgesehen von Monopolisten, niemand anderen, der in Bezug auf den Ertrag der Wirtschaft forderungsberechtigt wäre, als denjenigen, welcher Arbeit irgendwelcher Art leistet oder Bodenleistungen der Produktion zur Verfügung stellt. Eine andere Klasse von Leuten gibt es in der Volkswirtschaft unter diesen Verhältnissen nicht, namentlich gibt es keine Klasse, deren Charakteristikon darin bestünde, daß sie produzierte Produktionsmittel oder Genußgüter besitzt."[2])

Schumpeter hat diese angebliche Lösung des Zurechnungsproblems, welche zu einer derartigen Konsequenz in der Verteilung führen soll, nicht selbst das erste Mal formuliert." . . . v. Böhm-Bawerk war denn auch der erste, der ausdrücklich sagte, daß der ganze Produktwert im Prinzip auf Arbeit und Boden sich aufteilen müßte, wenn der Produktionsprozeß in idealer Vollkommenheit vor sich gehen würde."[3]) Böhm-Bawerk ist aber der Konsequenz, welche sich aus dieser seiner Auffassung ergeben mußte, und welche Schumpeter dann auch gezogen hat, dadurch ausgewichen, daß er eine Störung der Wertgleichheit, welche zwischen Produktivgütern und Genußgütern besteht, angenommen hat. Soweit er dabei an die mannigfachen Reibungswiderstände denkt, welche sich immer wieder im Wirtschaftslauf geltend machen, an das Moment des Risikos oder an das immer wiederholte Auftreten vorübergehender Quasi-Renten, müssen wir ihm natürlich recht geben. Dagegen lehnen wir es mit Schumpeter ab, wenn Böhm-Bawerk versucht, auf diesem Umweg, durch die Behauptung einer generellen Wertverschiedenheit der Gegenwarts- und Zukunftsgüter den Kapitalzins in den Kreislauf der Wirtschaft einzuführen. Wir werden diese Ablehnung im dritten Kapitel noch zu begründen haben. Aber ist es denn überhaupt notwendig,

[1]) „Theorie" Seite 57.
[2]) „Theorie" Seite 58.
[3]) „Theorie" Seite 59.

eine Störung der Wertgleichheit zwischen Produktivgütern und Genußgütern anzunehmen, um das Zinsphänomen zu erklären? Ist es wirklich richtig, daß es neben Arbeit und Boden nicht noch einen dritten ursprünglichen Produktionsfaktor gibt, dem ebenso notwendig und dauernd ein Teil des Produktwertes zugerechnet werden muß, wie den beiden anderen, so daß die Wertgleichheit zwischen Produkten und Produktivgütern wieder hergestellt wird? Ist die Behauptung, daß die Wertanteile von Arbeit und Boden den Gesamtwert der Kobination erschöpfen, daß die Preise von Arbeit und Boden die einzigen Kosten darstellen, wirklich zu beweisen? Schumpeter leugnet, daß die Kapitalisten in der statischen Kreislaufwirtschaft irgendeine Funktion zu erfüllen hätten. „Wollte man die Besitzer von produzierten Produktionsmitteln „Kapitalisten" nennen, so könnten das nur Produzenten sein, die sich durch nichts von anderen Produzenten unterscheiden und ebensowenig wie die anderen ihre Produkte über dem durch Lohn — mehr Rentensumme gegebenen Kostensatz verkaufen könnten." Und an einer anderen Stelle sagt Schumpeter: „Für den Zins aber fehlt, wie ich mich nachzuweisen bemühte, schlechthin jede Grundlage. Es gibt kein Wertplus in unserem Bilde, aus dem er fließen, und keine Funktion, als deren Bezahlung er erscheinen könnte. Strikte herrscht hier das Kostengesetz, und als Kosten erscheinen lediglich Arbeits- und Bodenleistungen."[1]) Wir gehen mit Schumpeter vollkommen einig, wenn er für die statische Wirtschaft die prinzipielle Gewinnlosigkeit behauptet. Aber ist denn das, was Schumpeter „eine allgemeine Gewinnrate" nennt, wirklich ein Gewinn, d. h. ein Ueberschuß des Erlöses über die Kosten? Handelt es sich hier nicht etwa selbst um ein Kostenelement, um einen Preis, der bezahlt werden muß für eine notwendige produktive Leistung?

Abgesehen von jener erwähnten Feststellung, daß Arbeit und Boden die letzten Produktionselemente im technischen Sinn seien, führt Schumpeter in seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" nichts an, das zur Begründung dessen dienen könnte, was er als das Resultat des Zurechnungsprozesses bezeichnet. Nirgends wird der Nachweis erbracht, warum es nur zwei Produktionsfaktoren, Arbeit und Boden, geben und warum eigentlich diesen beiden der gesamte Produktwert zugerechnet werden soll. Wir haben festgestellt, daß das theoretische Problem der Zurechnung identisch ist mit der praktischen Frage, vor welche der Unternehmer gestellt wird, wenn er über Produktionsmittel zum Zwecke ihrer Organisierung im Produktionsprozeß disponieren muß. Ueber diese Dinge, also über den eigentlichen Vorgang der Zurechnung erfahren wir aus der

[1]) „Theorie" Seite 78.

„Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" nichts, und so sind wir gezwungen, uns anderweitig in den Schriften Schumpeters und Böhm-Bawerks, von dem Schumpeter das oben gekennzeichnete angebliche Resultat des Zurechnungsprozesses übernommen hat, nach einer Begründung dieser Lösung umsehen.

Da können wir zunächst einmal bei Schumpeter einige Widersprüche feststellen, welche uns die vorgetragene Lösung schon jetzt als zweifelhaft erscheinen lassen. Schumpeter führt an einer Stelle seines ersten Hauptwerkes aus: „Mag man auch die Genußgüter in ihre Produktionsfaktoren auflösen, so werden unter denselben immer wieder Güter sein, welche produziert sind, und mag man die Auflösung noch so lange fortsetzen, so wird man doch immer auf andere Kapitalgüter stoßen."[1]) Hier wird also die Möglichkeit einer Auflösung der Güter in ihre angeblich letzten Faktoren überhaupt geleugnet. Dagegen schreibt Schumpeter in der „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" mit Bezug auf den Charakter der statischen als einer synchronisierten Wirtschaft: „Aber wo immer wir Menschen wirtschaften sehen, stets beginnen sie in jeder Wirtschaftperiode mit irgendwelchen schon vorhandenen Gütermengen, während Art und Menge für ihr wirtschaftliches Verhalten sehr entscheidend ist. In welcher Weise sie jedoch zu dieser Gütermenge gelangen, können wir auf Grund des bisher Gesagten nicht angeben. Wohl können wir diese Gütermenge in Arbeit und Boden auflösen, aber es bleibt Problem, wie diese Arbeits- und Bodenleistungen aufgehäuft werden."[2]) Der Widerspruch zu dem oben zitierten Satz ist offenkundig. Aber die zuletzt angeführte Aeußerung enthält auch einen Widerspruch in sich selbst. Wie ist es vereinbar, daß man einerseits die produzierten Güter in ihre letzten Elemente auflösen kann, während andererseits die vorhandenen Vorräte an produzierten Produktionsmitteln unerklärt bleiben? Und was heißt überhaupt „auflösen"? Ist es im technischen Sinne gemeint, so ist es, wie festgestellt, unmöglich. Aber selbst wenn es möglich wäre, so würde es niemals allein auf Arbeit und Boden zurückführen, da voraussetzungsgemäß in der synchronisierten Wirtschaft immer schon gleiche Mengen von produzierten Produktionsmitteln an der Güterproduktion teilnehmen. Wertmäßig aber kann von einem „Auflösen" eines Produktes in die Werte seiner Produktivgüter erst dann die Rede sein, wenn letztere schon gegeben sind. Dem Problem der Zurechnung liegt aber gerade der umgekehrte Sachverhalt zugrunde; gesucht sind die Werte der Produktivgüter, diese sollen abgeleitet werden aus dem Werte ihrer Produkte. Der Vorgang dieser Ableitung muß also gezeigt werden, bevor man ein Resultat desselben ver-

[1]) „Wesen" Seite 181.
[2]) „Theorie" Seite 76.

kündet. Dazu ist aber notwendig, daß man die Wirksamkeit der einzelnen Produktivgüter und Produktivguteinheiten untersucht, was in der Weise geschieht, daß man das Mengenverhältnis der einzelnen Produktionselemente variiert. Nur so kann man erfahren, welcher Produktwert der letzten Einheit eines bestimmten Produktionselementes zuzurechnen ist.

Damit sind wir bei dem Lösungsversuch Böhm-Bawerks[1]). Im Anschluß an Karl Menger meint Böhm-Bawerk, man müsse sich die Wertschätzung für ein Produktivgut, bzw. für eine Produktivguteinheit ebenso verschaffen, wie man sich die Wertschätzung für ein Genußgut, bzw. für eine Genußguteinheit verschafft, in der Weise nämlich, daß man sich vorstellt, man würde dieses Gutes, bzw. der letzten Einheit dieses Gutes, verlustig gehen. Nun stehen aber die Produktivgüter im Verhältnis der Komplementarität, d. h. der Verlust einer Einheit eines Gliedes der Kombination muß auch die anderen Glieder eines Teiles ihrer Wirksamkeit berauben. Wenn man also aus einer gegebenen Kombination von Produktionselementen nacheinander je eine Einheit der einzelnen komplementären Glieder herausnimmt und sie dann wieder der Kombination hinzufügt, um so festzustellen, welcher Ausfall an dem gemeinsamen Produkt bzw. an dem gesamten Tauschwert desselben, festzustellen ist, so wird sich herausstellen, daß sich die Werte, welche man so für die einzelnen komplementären Glieder der Kombination findet, teilweise überdecken. Das heißt die Summe dieser Werte, die man so für die einzelnen komplementären Glieder findet, ist größer, wie der gesamte Tauschwert der Kombination bzw. ihres Produktes. Streng genommen müßte man jedem komplementären Glied den Gesamtwert der Kombination restlos zurechnen, da die vollständige Hinwegnahme eines solchen Gliedes die ganze Produktion unmöglich machen würde. Dies geschieht aber in der Regel aus zwei Gründen nicht. Einmal, weil meist nicht die Hinwegnahme eines ganzen komplementären Produktivgutes, sondern zunächst nur einer mehr oder minder großen Teileinheit desselben in Frage kommt, und zweitens, weil eine weitgehende Substitutionsmöglichkeit für viele Produktivgüter gegeben ist. Das heißt sehr viele Produktivgüter bzw. Produktivguteinheiten sind sowohl ersetzlich, wie auch anders verwendbar. Ersetzlichkeit bedeutet, daß sie bei Verlust durch ein gleichartiges Gut bzw. durch eine andere Einheit desselben Gutes ersetzt werden können, sofern das Ersatzstück in seiner bisherigen Verwendung einen geringeren Nutzen gestiftet hat, wie in der neuen. Andersverwendbarkeit bedeutet, daß viele Produktivgüter dadurch, daß ihre Komplementärstücke verlorengehen, noch nicht wertlos werden, da

[1]) Eugen v. Boehm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins, II. Band. Positive Theorie des Kapitals, Jena 1921.

sie in andere Kombinationen, wenn auch mit einem geringeren Nutzen wie in der bisherigen Verwendung, eingegliedert werden können. Der Wert der ersetzlichen Produktivgüter wird nicht innerhalb einer jeden Kombination einzeln bestimmt, sondern allen Einheiten eines solchen ersetzlichen Produktivgutes wird in gleicher Weise der Ausfallswert derjenigen Einheit zugerechnet, welche von allen die mindest ertragreiche Verwendung gefunden hat. Die Andersverwendbarkeit der Produktivgüter steigt mit ihrer Ordnung. Schumpeter drückt dies im Anschluß an Böhm-Bawerk folgendermaßen aus: „Je höher hinauf wir in den Ordnungen der Güterwelt blicken, um so mehr verlieren sie an Spezialisation, an Wirksamkeit für einen bestimmten Zweck und um so breiter wird dafür ihre Verwendungsmöglichkeit, um so allgemeiner ihre Bedeutung.“[1])

Aus diesen Feststellungen nun leitet Böhm-Bawerk drei Hauptfälle der Zurechnung ab. Der erste Fall ist folgender: Wenn kein Glied der produktiven Kombination ersetzlich und anders verwendbar ist, so wird jedem als Schlußstück alternativ der Gesamtwert der Kombination zugerechnet. Der zweite Fall besagt: Sind einzelne Glieder der Kombination zwar anders verwendbar, aber nicht ersetzlich, so variiert der Wert des einzelnen Gliedes zwischen seinem Zuwachswert in der anderen, nächst ertragreichen Verwendung als Minimum und dem Gesamtwert der Kombination, abzüglich dieser Zuwachswerte der anderen Glieder als Maximum. Jedes Glied der Kombination, aber immer nur eines, kann Schlußstück sein. Der dritte ist zugleich der praktisch häufigste Fall: Sind einzelne Glieder der Kombination anders verwendbar und zugleich ersetzlich, so ist der Wert der ersetzlichen Güter immer gleich dem Ausfallswert der Einheit, welche die mindest ertragreiche Verwendung gefunden hat. Je zahlreicher die vorhandenen Einheiten und Verwendungsmöglichkeiten eines Produktivgutes sind, um so geringer ist der Spielraum der zwischen dem Schlußstück, d. h. dem Ausfallswert der letzten Einheit und zwischen dem isolierten Wert, d. h. dem Zuwachswert in der nächst ertragreichen Verwendung variierenden Werte der einzelnen Produktivguteinheiten. Die Werte der sowohl ersetzlichen als auch gleichzeitig anders verwendbaren Produktivgüter sind fix gegeben und werden vom Gesamtwert der Kombination abgezogen, während der Rest alternativ denjenigen Gliedern als Einzelwert zugerechnet wird, welche weder ersetzlich noch anders verwendbar sind. Während Rohstoffe, Werkzeuge, Lohnarbeit solche ersetzliche Produktivgüter sind, denen die „Kosten“, d. h. der Ausfallswert der in der mindest ertragreichen Verwendung untergebrachten

[1]) „Theorie“ Seite 20.

Einheit zugerechnet wird, sind Grundstücke, Bergwerke, Fabrikanlagen solche unersetzlichen Produktivgüter, denen alternativ der „Reinertrag“, d. h. die Gesamtwertdifferenz zugerechnet wird. Diesem Wertrest entspricht also in der Preisform die verkehrswirtschaftliche Rente.

Nun sind aber die von Böhm-Bawerk im dritten Fall eingeführten Substitutionswerte, d. h. die Ausfallswerte, in den mindest ertragreichen Verwendungen selbst erklärungsbedürftig, und diese Erklärung führt immer wieder auf die beiden ersten Fälle zurück. Das bedeutet aber, daß auch das Substitutionsprinzip das Dilemma der überdeckenden Zurechnung nicht zu beseitigen vermag. Die gefundenen Werte sind nur alternativ gültig, und derselbe Ertragsteil kann mehreren Produktionselementen gleichzeitig verdankt und zugerechnet werden. Die von der Mitwirkung der einzelnen Produktivguteinheiten abhängigen Werte können höchstens subjektive Höchstwertschätzungen sein, welche keine Summierung gestatten. Dagegen müssen aber die effektiven Zuteilungsquoten als Summe immer die Ziffer des Gesamtertrages, nicht mehr und nicht weniger, ergeben. Die Folge ist, daß bei Böhm-Bawerk Zurechnung und Zuteilung auseinanderfallen. Die Ableitung des Verteilungsvorganges ist, wie Böhm-Bawerk behauptet, zweistufig. Sie erfolge auf dem Umweg über die Preislehre. Aus den subjektiven Höchstwertschätzungen würden sich durch einen sekundären Prozeß die Preise der Produktivgüter und vermittels dieser Preise endlich die effektiven Zuteilungsquoten, d. h. die Preise der ursprünglichen Produktionsfaktoren, die Einkommen ableiten.

Wie aber diese Preisbildung und wie damit die endgültige Verteilung vor sich geht, das wird von Böhm-Bawerk nirgends gezeigt. Und wie sollte man auch aus subjektiven Höchstwertschätzungen allein simultan gültige Werte und damit Preise ableiten können? Damit kommen wir aber zu der für uns sehr wichtigen Feststellung, daß nirgends bei Böhm-Bawerk der eindeutige Beweis erbracht wird, daß die Zurechnung nur auf zwei letzte Faktoren, auf Arbeit und Natur, zurückführen müsse. Nirgends finden wir, infolge des Auseinanderfallens von Zurechnung und Zuteilung und infolge der Unmöglichkeit die letztere aus der ersteren abzuleiten, eine Beschreibung des Verteilungsvorganges, wonach im statischen Gleichgewichtszustand das ganze Sozialprodukt notwendigerweise nur in Lohn und Rente zerfallen müßte. Wenn somit die von uns oben gekennzeichnete angebliche Lösung des Zurechnungsproblems, wie sie von Böhm-Bawerk ebenso wie von Schumpeter behauptet wird, bei dem ersteren in keiner Weise eine Begründung findet, so müssen wir uns noch bei Schumpeter nach einer solchen umsehen.

Dabei stellen wir fest, daß dieser in der Zurechnungstheorie weitgehend Böhm-Bawerk gefolgt ist. Aber auch das, was bei Schumpeter über Böhm-Bawerk hinausführt, wurde von Leo Schönfeld, auf den wir hiermit verweisen,[1]) in eingehender Kritik abgelehnt. Für uns ist etwa folgendes wichtig: Schumpeter will die Wertfunktionen der Produktivgüter aus denen der Genußgüter ableiten, er meint, die Nachfragekurve eines Gutes sei dessen Wertfunktion und die Angebotskurve sei der Ausdruck von dessen Kosten. Die Kosten aber seien die Werte der Produktivgüter. Nun sei aber im Gleichgewichtszustand das Angebot gleich der Nachfrage, der Angebotspreis gleich dem Nachfragepreis, die Grenzkosten seien gleich dem Grenzerlös. In dieser Ableitung macht Schumpeter zwei Fehler. Einmal ist es, wie wir noch einmal in Uebereinstimmung mit Hans Mayer[2]) feststellen müssen, verfehlt, die Nachfragekurve eines Gutes mit den individuellen Wertfunktionen gleichzusetzen. Denn in der Nachfragekurve macht sich gleichzeitig die Neigung der individuellen Wertfunktionen von mindestens zwei Tauschgütern geltend, so daß die Nachfragekurve eines Gutes steiler verlaufen muß wie die Kurve der individuellen Wertschätzungen. Der andere Fehler aber ist, wie Schönfeld[3]) gezeigt hat, der, daß die Angebotsfunktion die Wertgrößen und Mengen mehrerer komplementärer Produktivgüter zugleich enthält. Sie ist also die Funktion einer ganzen produktiven Kombination, die mannigfach zusammengesetzt sein kann. Die Zurechnung muß aber die Werte der einzelnen Produktivgüter feststellen. Es müßte also gezeigt werden, wie die Wertfunktion der Produktionsmittelmischung sich aus den Einzelfunktionen der Produktivgüter zusammensetzt. Schumpeter unterläßt es jedoch, diesen Vorgang zu beschreiben. Es gelingt ihm somit nicht, die Wertfunktionen der einzelnen Produktivgüter festzustellen. Aber auch für den statischen Gleichgewichtszustand ist seine Zurechnungstheorie nicht brauchbar. Denn dadurch, daß Schumpeter ausdrücklich den Verlustgedanken Böhm-Bawerks annimmt, muß auch im Gleichgewichtszustand seines Systems die Summe der Grenzwerte der beteiligten Produktivgüter größer sein, als der Grenzwert des gemeinsamen Produktes. Also auch hier, bei Schumpeter, Zurechnungsquoten, welche sich teilweise überdecken. Diese Tatsache aber, daß die Grenzwerte nicht addierbar sind, steht in schroffem Widerspruch zu Schumpeters Gleichgewichtsgleichung: Grenzerlös = Grenzkosten und zu seiner ganzen Preistheorie, wonach sich das Preisverhältnis je zweier Güter bestimmt durch die Gleichung

$$\frac{\text{Grenznutzen des Gutes A}}{\text{Grenznutzen des Gutes B}} = \frac{1}{\text{Tauschrelation von B in A}}$$

Die Konsequenz dieses Widerspruches ist, daß entweder die Zurechnung im Sinne des Verlustgedankens oder die statische Preistheorie Schumpeters falsch ist. Schumpeter ist sich der Tatsache, das Zurechnungsproblem nicht gelöst zu haben, selbst bewußt, wenn er sagt: „Alles, was festzuhalten ist, ist nur die prinzipielle Möglichkeit der Lösung des Zurechnungsproblems. Dieselbe wird schon durch die Tatsache bewiesen, daß wir Produktionsgütern mit derselben Sicherheit bestimmte Werte zusprechen, wie Genußgüter.“[1]) Schumpeter hat vollkommen recht, wenn er darauf hinweist, daß die Praxis das Zurechnungsproblem löse. Aber gerade ein Blick in diese Praxis zeigt uns, wie die Wertschätzungen der Unternehmer unmittelbar zu den Preisen der Produktivgüter und produktiven Leistungen führen. Das beste Kriterium für die Richtigkeit einer Zurechnungstheorie ist also, wenn sie zeigt, wie die Zurechnung derjenige Vorgang ist, welcher unmittelbar die Verteilung des Produktionsertrages bestimmt. Dagegen meint Schumpeter im Anschluß an Böhm-Bawerk, man müsse den Parallelismus zwischen Aufteilung des Produktwertes unter die Produktionsfaktoren und Aufteilung des Produktionsertrages unter deren Besitzer fallen lassen. Wir werden später sehen, daß diese Auffassung Schumpeters irrig ist.

Vorläufig aber müssen wir ein Doppeltes feststellen: einmal Schumpeters Bekenntnis, daß das Zurechnungsproblem noch nicht gelöst sei, und zweitens seine Meinung, daß keine unmittelbare Brücke von der Zurechnung zur Verteilung führe. Wie ist aber damit jene andere Auffassung Schumpeters zu vereinbaren, daß der Zurechnungsprozeß nur auf zwei letzte Faktoren, auf Arbeit und Natur, zurückführe und daß in der statischen Wirtschaft die Verteilung des Sozialproduktes nur an zwei ökonomische Klassen, an Arbeiter und Grundbesitzer, erfolge? Weder bei Böhm-Bawerk noch bei Schumpeter fanden wir also eine Rechtfertigung dieser Behauptung, und so müssen wir dieselbe als unbegründet ablehnen. Die „Oesterreicher“ haben das unzweifelhafte Verdienst, daß sie die Unabhängigkeit des Zurechnungsproblems von irgendwelchen technischen Dingen betont und den Charakter der Zurechnung als den eines Wertungsvorganges festgestellt haben. Aber gerade Böhm-Bawerk und Schumpeter sind infolge der Tatsache, daß sie keine für die Verteilungstheorie brauchbare Lösung des Zu-

[1]) Leo Schönfeld, „Ueber Josef Schumpeters Lösung des ökonomischen Zurechnungsproblems“ Oesterr. Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Neue Folge, IV. Band Wien 1924.

[2]) Hans Mayer, „Eine neue Grundlegung der theoretischen Nationalökonomie“, Oesterr. Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 20. Band. 1911.

[3]) Leo Schönfeld, „Ueber Josef Schumpeters Lösung des ökonomischen Zurechnungsproblems“ Oesterr. Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltnng, Neue Folge, IV. Band, Wien 1924.

[1]) „Wesen“ Seite 258.

rechnungsproblems zur Verfügung hatten, daß sie aber eine solche innerhalb ihres Systems brauchten, wieder in die alte technische Vorstellungsweise verfallen. Aber der Gedanke, daß alle Güter letzten Endes durch die Kräfte der Natur und der menschlichen Arbeit gebildet werden, entspringt einem rein technischen Gedankenkreis und ist für die Lösung des Zurechnungsproblems nicht im geringsten brauchbar. Wir werden später sehen, daß eine Lösung des Zurechnungsproblems allein überhaupt nicht ausreicht, um das Zinsphänomen aufzuzeigen, um zu beweisen, daß es neben Arbeit und Boden noch einen dritten ursprünglichen Produktionsfaktor gibt, dem ein Teil des Produktwertes zugerechnet, für den ein Preis bezahlt werden muß. Jedenfalls aber gibt es auch keine Lösung des Zurechnungsproblems, auf Grund deren man positiv beweisen könnte, daß das ganze Sozialprodukt nur zwei Produktionsfaktoren, der Arbeit und der Natur, zugerechnet und zugeteilt werden müssen. Das falsche Zurechnungsresultat, mit dem Schumpeter arbeitet, ist aber der zweite Grundfehler des statischen Fundamentes seiner Zinstheorie.

Mit dieser negativen Feststellung haben wir zunächst nur ein Hindernis aus unserem Weg geräumt. Den Weg aber müssen wir noch gehen. Die Lösung des Zurechnungsproblems ist, wie wir schon mehrmals festgestellt haben, der Schlüssel für das Verständnis des sozial-ökonomischen Verteilungsprozesses, und der Kapitalzins ist nach unserem Dafürhalten jener Teil des Sozialproduktes, der einem dritten ursprünglichen Produktionsfaktor zuzurechnen und zuzuteilen ist. So müssen wir, um das Zinsphänomen zu erklären, auch positiv zum Zurechnungsproblem Stellung nehmen. Und zwar wollen wir uns zunächst umsehen, ob es nicht schon eine auch für uns brauchbare Lösung der Zurechnungsfrage anderweitig gibt. Dabei werden wir uns zunächst mit dem Lösungsversuch Friedrich v. Wiesers auseinanderzusetzen haben.

Wieser[1]) macht gegenüber Böhm-Bawerk geltend, daß man die Werte der Produktivgüter im allgemeinen nicht unter der Annahme ihres Verlustes, sondern ihres ruhigen Besitzes prüfe. Jede produktive Leistung ist zwar in der Produktion mit anderen Leistungen verbunden, mit deren Wirkung sich die seinige vermischt. Aber die Tatsache, daß das Mengenverhältnis, in dem die Produktivgüter zur Produktion vereinigt werden, in den verschiedenen Kombinationen verschieden ist, erschließt uns, meint Wieser, die Möglichkeit, die spezifische Wirkung eines jeden einzelnen Produktionselementes und einer jeden Einheit eines solchen ebenso auszuscheiden, als ob es allein wirksam wäre. Denn jedes Produktivgut, das mehrere Verwendungen gestattet, wird auf dieselben so verteilt, daß die Grenznutzen in allen Verwendungen gleich sind. Sonst wäre ja eine andere Verteilung dieses Gutes auf seine einzelnen Verwendungen vorteilhafter. Jedes Gut hat also nur einen Grenznutzen. Verschieden sind nur die Mengen der einzelnen Produktivgüter, wie sie auf die einzelnen Verwendungen verteilt werden. Diese Mengen sind aber im einzelnen ebenso bekannt, wie die Gesamtwerte der verschiedenen Kombinationen, d. h. wie die Tauschwertsumme der gemeinsam produzierten Produkte. Unbekannt sind nur die überall gleichen Werte der Produktivguteinheiten. Nun besteht aber Wertgleichheit zwischen Produktivgütern und gemeinsam produziertem Ertrag, d. h. der letztere muß an die ersteren ohne Rest aufgeteilt werden. Wir erhalten also ebenso viele Gleichungen, wie verschiedene Produktionskombinationen durchgeführt werden, und daraus können wir die unbekannten Werte der Produktivguteinheiten berechnen, sofern nur nicht die Zahl der Unbekannten größer ist wie die Zahl der Gleichungen. So errechnen sich die Anteile der einzelnen Produktionsfaktoren am Ertrag oder, wie Wieser sagt, ihre produktiven Beiträge. Die Summe aller produktiven Beiträge erschöpft den Wert des Gesamtertrages. Nun stehen zwar die Produktivgüter im Verhältnis der Komplementarität. Jedes Produktivgut begründet nicht nur seinen eigenen Wert, sondern auch den der übrigen Produktivgüter. Durch Herausnahme eines wesentlichen Elementes aus einer Kombination leidet auch die Wirksamkeit aller anderen Glieder derselben. Der produktive Beitrag ist also größer als der Wert, der diesen in ihrer Wirksamkeit geschwächten Produktivgütern dann noch zukäme. Andererseits ist natürlich der Ausfallswert eines Produktivgutes größer als sein produktiver Beitrag. Der letztere stellt also einen mittleren Wert dar. Und zwar ist derselbe, wie aus den Gleichungen hervorgeht, eindeutig bestimmt. Wenn man nämlich jedem Produktionselement seinen produktiven Beitrag nicht mehr und nicht weniger zurechnet, dann ist die Summe dieser Beiträge gleich dem bestmöglichen Gesamtertrag, der mit den gegebenen Mitteln gerade zu erreichen ist. In der Praxis wird die optimale Kombination der Produktionselemente durch mannigfaches Ausprobieren festgestellt. Würden die Unternehmer den einzelnen Produktivgütern mehr oder weniger als den produktiven Beitrag zurechnen, so würden sie die Produktion zu sehr beschränken oder zu weitgehend ausdehnen.

Wiesers Gleichungen sind Preisgleichungen, seine produktiven Beiträge sind effektive Zuteilungsquoten. Der Einwand, den Schumpeter gegenüber der Form dieser Gleichungen erhebt, daß nämlich die einzelnen gleichartigen Produktivgut-

[1]) Friedrich von Wieser, „Theorie der Gesellschaftlichen Wirtschaft" im Grundriss der Sozialökonomie, I. Bd., Thübingen 1914.

einheiten nicht auch wertgleich zu behandeln seien, ist deshalb verfehlt. Denn ihre Gleichsetzung besagt nichts anderes, als daß für gleiche Leistungen, sofern sie gegenseitig vertauschbar sind, nur ein gleicher Preis, nämlich der Grenzpreis, der die Kosten der Grenzleistung deckt, bezahlt wird. Dagegen ist gegenüber Wieser der Vorwurf zu erheben, daß seine zwar logisch richtige Lösung eigentlich ein ganz anderes Problem als das der Zurechnung betrifft. Sie gibt eine rein formale Beschreibung des Verteilungsvorganges im Gleichgewichtszustand, in dem das Zurechnungsproblem schon gelöst ist. Um die optimale Kombination überhaupt zu finden, müssen doch die Unternehmer als Organisatoren der Produktion von den Werten, welche Wieser nachträglich aus seinen Gleichungen errechnet, schon eine Vorstellung haben. Das Ausprobieren der optimalen Kombination kann doch nicht blindlings erfolgen, sondern muß durch rationelle Erwägungen bestimmt werden, wenn es überhaupt zu einem Ziele führen soll. Welches aber diese rationellen Erwägungen sind, von denen sich die Unternehmer bei der Organisation der produktiven Kombinationen leiten lassen, das ist das eigentliche Problem der Zurechnung, das von Wieser umgangen wurde. Es ist das Problem, das praktisch täglich gelöst wird und das auch theoretisch gelöst werden muß, wenn wir den Verteilungsvorgang nicht nur, wie Wieser, formal beschreiben, sondern wenn wir auch eine kausale Erklärung desselben geben wollen. Der Vorwurf, den wir gegenüber Wieser erheben, ist derselbe, den wir der mathematischen Schule machen müssen. Auch deren Produktionskoeffizienten, welche das Mengenverhältnis der Produktivgüter in der Einheit des Produktes darstellen, gelten nur für das statische Gleichgewicht, in dem das Zurechnungsproblem bereits gelöst ist. Sie geben, wie die reine Funktionaltheorie der mathematischen Schule überhaupt, die ganz formale Beschreibung eines Zustandes, ohne zu zeigen, wie derselbe jeweils entsteht oder sich verändert. Wiesers Lösung bringt uns also um keinen Schritt weiter, denn, was wir in unserem Zusammenhang gebrauchen, das ist die Einsicht in die Wirkungen, welche sich aus einer Variation im Mengenverhältnis der Produktivgüter ergeben. Wir wollen mit Hilfe der Variationsmethode untersuchen, wie die Bedeutung der einzelnen produktiven Leistungen entsteht und wie sie sich verändert, wenn eine Verschiebung in diesem Mengenverhältnis der Produktivgüter stattfindet. Weder die Lösung Wiesers noch die mathematische Funktionaltheorie können uns hier eine Stütze geben. Dagegen ist ein wertvoller Beitrag, den uns Wiesers Lösung für die Zurechnungsfrage vermittelt, die Erkenntnis, daß die effektiven Zuteilungsquoten irgendwelche Mittelwerte darstellen müssen und daß der Zusammenhang zwischen Zurechnung und

Verteilung wesentlich unmittelbarer ist, als dies Böhm-Bawerk angenommen hat.

Die beiden gegensätzlichen Anschauungen Böhm-Bawerks und Wiesers stehen immer noch unausgeglichen nebeneinander. In dem einen Fall wurde also der Versuch gemacht, das Zurechnungsproblem wirklich zu lösen, aber es wurde keine Brücke gefunden, welche Zurechnungs- und Verteilungstheorie verbindet. Im anderen Falle wurde gezeigt, wie die Verteilung unmittelbar aus der Zurechnung hervorgeht und wie sie vor sich geht, ohne daß aber auf die Zurechnung selbst näher eingegangen worden wäre. Die Ansicht Valks[1]), daß die Preisbildung der Produktivgüter grundsätzlich anders erfolge wie die Preisbildung der Genußgüter, bedeutet natürlich keine Aufhebung dieser Kontroverse. Valk meint, man könne nur die Preisbildung der Genußgüter, nicht aber die der Produktivgüter auf das Wertprinzip basieren. Komplementarität und Verlustgedanke führten notwendig zur überdeckenden Zurechnung und würden so das Band zwischen Bewertung und Preisbildung zerreißen. Eine Wertgleichheit zwischen Produktivgütern und Genußgütern sei nicht gegeben, sondern nur eine Preisgleichheit. Es ist natürlich richtig, daß aus den Produktivgüterwerten, die Böhm-Bawerk errechnet, indem er nacheinander den Ausfall je eines Komplementärgutes annimmt, keine simultanen Preisgrößen abzuleiten sind. Aber die andere Frage ist, ob die Annahme des Verlustes denn das einzige und ob sie überhaupt das richtige Mittel ist, um die Werte der Produktivgüter festzustellen. Darüber aber, daß das Zurechnungsproblem praktisch wie theoretisch vorliegt und darüber, daß es von der mathematischen Schule wie auch von Wieser umgangen wurde, kann ebenso wenig ein Zweifel sein, wie darüber, daß das Problem von Böhm-Bawerk und Schumpeter nicht gelöst wurde. Einen Schritt über Böhm-Bawerk hinaus und zur Ueberwindung des vorliegenden Gegensatzes hin bedeutet schon in höherem Maße der Lösungsversuch Karl Landauers[2]). Derselbe will ganz richtig der Bildung simultaner Zuteilungsquoten dadurch näherkommen, daß er sich bemüht, neben den Höchstwerten, welche Böhm-Bawerk mit Hilfe des Verlustgedankens gefunden hat, nun auch Mindestwerte zu bilden und so einen doppelseitig begrenzten Spielraum festzustellen, innerhalb dessen die effektiven Verteilungsquoten liegen müssen. Landauer geht zunächst von dem praktisch nicht sehr wichtigen Fall aus, daß keine Substitutionsmöglichkeit bestehen soll. Weder Böhm-Bawerk habe recht, wenn er in diesem Fall jedem Komplementärglied den Gesamtwert der Kombination

[1]) Willem Valk, „Zur Frage der Grenzproduktivität" in Schmollers Jahrbuch, 51. Jahrgang 1927.

[2]) Karl Landauer, Grundprobleme der funktionellen Verteilung des wirtschaftlichen Wertes, Jena 1923.

zurechnet, noch auch Wieser, wenn er behauptet, daß nur der Gesamtheit der Komplementärstücke auch der Gesamtwert der Kombination zukomme. Der Wert jedes Gliedes liege vielmehr alternativ zwischen Null und dem Gesamtwert und zwar so, daß sich die einzelnen Werte in ihrer Zusammenfassung immer zum Gesamtwert ergänzten. Dieser Spielraum würde aber für die „Kostengüter", also in dem in der Regel gegebenen Fall der gegenseitigen Vertauschbarkeit der Einheiten, so sehr verengt, daß man praktisch der Bildung simultaner Werte sehr nahekomme. Es lassen sich für jedes „Kostengut" Mindestwerte bilden auf Grund der Ersetzbarkeit der anderen Stücke der Kombination und auf Grund der eigenen Andersverwendbarkeit und Höchstwerte für jedes derartige Produktivgut auf Grund der eigenen Ersetzbarkeit und auf Grund der Andersverwendbarkeit der anderen Stücke der Kombination. Der Spielraum sei um so enger, je mehr das Gut eine gemeine marktgängige Ware darstelle. Je zahlreicher die vorhandenen Exemplare und Verwendungsgelegenheiten seien, um so geringer sei der Unterschied zwischen der Wichtigkeit der Verwendung, aus der man ein benötigtes Ersatzexemplar abberufen und der nächstfolgenden Verwendung, in der man ein überschüssiges, isoliertes Stück unterbringen könne. Dagegen sei der Spielraum zwischen Höchst- und Mindestwert um so größer und der effektive Wert des einzelnen Stückes vor dem konkreten Schätzungsanlaß um so unbestimmter, je höher die Ersetzungskosten den Nutzen anderweitiger Verwendung übersteigen würden. Aber in der Regel würden billige Ersetzbarkeit und weitgehende Andersverwendbarkeit zusammentreffen.

Landauer hat damit gewiß zur Lösung des Zurechnungsproblems, insoweit als es praktisch bedeutsam ist, wesentlich beigetragen. Zu einem ähnlichen, praktisch annähernd brauchbaren Ergebnis kam auch John Bates Clark, allerdings auf einem anderen Weg, indem er nämlich das Mengenverhältnis der Produktionsfaktoren immer nur um unendlich kleine Produktivguteinheiten variierte. Trotzdem ist aber den beiden Autoren grundsätzlich immer noch der Vorwurf der überdeckenden Zurechnung zu machen. Landauer hält immer noch am Verlustgedanken fest und auch bei Clark wird gezeigt[1]), wie der einzelne Träger oder Besitzer produktiver Leistungen den ihm zukommenden Preis dadurch erzwingen kann, daß er die letzte — wenn auch sehr kleine — Teileinheit der Leistung, die er zum Produktionsprozeß beizutragen hat, aus demselben zurückzieht.

Die beiden wesentlichsten Beiträge zur Ueberwindung des Gegensatzes zwischen der Wieserschen und der Böhm-Bawerk-

[1]) Siehe Max Mohrmann, Dogmengeschichte der Zurechnungslehre, Jena 1928.

schen Behandlung des Zurechnungs- und Verteilungsproblems, scheinen uns von Hayeck und Broda geliefert worden zu sein. Indem Hayeck[1]) die Böhm-Bawerksche und Broda[2]) die Wiesersche Zurechnungstheorie kritisiert, stellen sie unabhängig voneinander in den beiden Lösungsversuchen den Fehler fest, aus dem sich wohl die Gegensätzlichkeit der Meinungen ableiten läßt. Hayeck erblickt den Fehler Böhm-Bawerks darin, daß er den statischen Gleichgewichtszustand als gegeben und die bestmöglichste Verwendung des einzelnen Produktivgutes als Datum betrachtete. So mußte er notwendigerweise den Verlustgedanken zur Störung einführen, um die Frage nach dem Wert des einzelnen Produktivgutes beantworten zu können. Broda wendet, ganz im Sinne des von uns oben Ausgeführten, gegenüber Wieser ein, daß seine Gleichungen nur im statischen Gleichgewichtszustand Geltung hätten, wenn die Grenze der Produktion bereits erreicht und der Zurechnungsmechanismus vollendet sei. Wieser sage nichts aus über die praktische Zurechnung der Unternehmer. Diese sei vielmehr erst erklärt, wenn wir nicht nur wüßten, was sich für Anteile an Gesamtwert ergeben, sondern auch, wie es zu diesem Ergebnis komme.

Im Anschluß an die genannten Autoren müssen wir also als gemeinsamen Fehler bei Wieser und bei Böhm-Bawerk feststellen, daß sie beide vom statischen Gleichgewichtszustand ausgehen, in dem die optimalen Kombinationen der Produktionselemente schon gefunden sind und die Produktionsgrenze erreicht ist, anstatt zu untersuchen, wie dieser Gleichgewichtszustand logisch entsteht, wie also die Produktion mit zunehmender Ausdehnung ihre Grenze findet und die optimalen Kombinationen festgestellt werden. Dieser verfehlte Ausgangspunkt mußte entweder, wie dies bei Wieser der Fall war, den Verzicht auf die Anwendung der Variationsmethode zur Folge haben — damit wurde aber das eigentliche Zurechnungsproblem umgangen — oder diese mußte, wie bei Böhm-Bawerk, zu einem falschen Ergebnis führen. Denn die einzige Möglichkeit, das Mengenverhältnis der Produktionselemente zu variieren, ist im Gleichgewichtszustand, wo dem Wesen der Sache nach die Hinzufügung weiterer Produktivguteinheiten nicht mehr in Frage kommt, die alternative Hinwegnahme der letzten Teileinheit jedes einzelnen Komplementärgliedes. Das aber muß notwendig und in jedem Fall zur überdeckenden Zurechnung führen. Böhm-Bawerk und mit ihm Clark, Schumpeter und Landauer haben dabei übersehen — und das ist ihr Hauptfehler —, daß es in der Regel gar nicht möglich und zweck-

[1]) von Hayeck, „Bemerkungen zum Zurechnungsproblem", Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Band 69.
[2]) Broda, Ernst, „Die Lösungen des Zurechnungsproblem", österr. Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 20. Band, Wien 1911.

mäßig ist, ein Produktivgut, das einmal zu einem bestimmten Preis in die Produktion eingegliedert worden ist, ohne weiteres wieder aus derselben zurückzuziehen. Wir werden dies im Folgenden näher zu zeigen haben.

Weder Hayeck noch Broda haben aus ihren Feststellungen weitergehende Konsequenzen gezogen. So werden wir uns in Weiterführung ihres Gedankenganges bemühen, zu zeigen, wie sich das Zurechnungsproblem wesentlich anders darstellt, wenn man von der noch nicht optimalen Kombination der Produktionselemente, wenn man also von einem Zustand ausgeht, in dem die Grenze der Produktion noch nicht erreicht ist. Wir werden mit anderen Worten untersuchen, wie das statische Gleichgewicht und die in demselben vor sich gehende Verteilung logisch entsteht. Wenn wir uns dabei zum Zwecke der Darstellung einiger mathematischer Gleichungen bedienen, so ist dazu folgendes vorauszuschicken: Einmal ist zu betonen, daß die verwendeten Zahlen in keiner Weise etwas beweisen, sondern, daß sie nur unseren Gedankengang verdeutlichen sollen. Es soll auch nicht behauptet werden, daß die praktische Zurechnung der Unternehmer, bei der tatsächlich das Ausprobieren der möglichen Produktionsmittelmischungen eine große Rolle spielt, in exakter Weise vor sich gehen könne.

Die zweite unserer Vorbemerkungen bezieht sich auf eine Kritik Mohrmanns[1]). Derselbe hält die Wieserschen Gleichungen deshalb für verfehlt, weil sie Gleichungen ersten und nicht solche zweiten Grades seien. Es ist natürlich richtig, daß die Produktion im technischen Sinne eher einer Multiplikation als einer Addition von Größen zu vergleichen und daß somit eine Zurechnung im technischen Sinne unmöglich ist. Aber eine solche wird ja auch gar nicht erstrebt und Wiesers Gleichungen, wie auch die unseren, wollen in keiner Weise den Vorgang der Produktion, sondern der Verteilung versinnlichen. Sie wollen nichts anderes besagen, als daß der Gesamtertrag einer produktiven Kombination restlos an die einzelnen mitwirkenden Produktionselemente aufzuteilen sei und daß infolgedessen die Wertsumme der einzelnen Anteile — also doch eine Addition — gleich sein müsse dem Werte des Gesamtertrages. Mohrmanns Hinweis, daß auch die „Oesterreicher" technische Elemente in die Zurechnungstheorie hereinnehmen würden, beweist gar nichts für die von ihm behauptete Notwendigkeit eines Zusammenhanges von technischer und Wertzurechnung. Denn wir haben gezeigt, wie der Fehler bei Böhm-Bawerk und Schumpeter gerade darin besteht, daß beide in die technische Vorstellungsweise zurückverfallen und wie sie zu diesem Fehler lediglich dadurch gedrängt werden, daß sie noch keine

[1]) Max Mohrmann, Dogmengeschichte der Zurechnungslehre, Jena 1914.

brauchbare Lösung des Wertzurechnungsproblems gefunden haben.

Noch ein weiterer Hinweis ist notwendig. Unsere Darstellung ist sehr schematisch. Sie vereinfacht den komplizierten Wirklichkeitsvorgang auf das äußerste. Sie will nur dasjenige darstellen, was an den Erwägungen der Unternehmer in Bezug auf die reale Zurechnung grundsätzlich und was den Fällen, die Gegenstand dieser Erwägungen bilden, gemeinsam ist. Aber auch von alledem wollen wir wieder nur einen Teil herausheben. Der schematische Charakter unserer Darstellung soll aber nicht über die Kompliziertheit des wirklichen Vorganges hinwegtäuschen. Es kommt in unserem Zusammenhang nur darauf an, zu zeigen, wie die Relationen zwischen den Grenzproduktivitätswerten der einzelnen Produktivitätsfaktoren entstehen und in welcher Richtung sie sich bei Variation einzelner Daten verändern. Diese Produktionsfaktoren sind aber selbst Gruppen mannigfachster Produktionselemente, und innerhalb jeder einzelnen dieser Gruppen spielt sich der Zurechnungsprozeß natürlich ebenso ab, wie zwischen diesen Gruppen. Gilt dies schon von Arbeit und Natur, so gilt es in besonders hohem Maße von den produzierten Produktionsmitteln. Jedes produzierte Produktionsmittel wird an der Stelle in den Produktionsprozeß eingegliedert, wo es, im Verhältnis zu seinem Kostenwert, den meisten Nutzen zu stiften verspricht. Diese Tatsache ist eine reiche Quelle vorübergehender Gewinne und Verluste, hat aber insgesamt und auf die Dauer eine weitgehende Nivellierung zur Folge, so daß für alle einzelnen produzierten Produktionsmittel, mögen sie in ihrer konkreten Erscheinungsform noch so verschieden große Werte darstellen, eine annähernd gleiche Verhältnismäßigkeit zwischen ihrem Kostenwert und der Wertsumme ihrer spezifischen Erträge, aus denen die Amortisation geleistet wird, gegeben ist. Selbstverständlich wird aus diesen spezifischen Erträgen in der Wirklichkeit nicht nur die Amortisation, sondern auch die Verzinsung geleistet. Es besteht somit auf die Dauer auch die gleiche Verhältnismäßigkeit zwischen dem Kostenwert des konkreten produzierten Produktionsmittels und zwischen dessen Kapitalrente. Aber von der Verzinsung müssen wir vorläufig noch absehen, bevor wir nicht den Beweis erbracht haben, daß das Zinsphänomen auch dem statischen Bereich der Wirtschaft angehört. Wirft also irgendein bestimmtes produziertes Produktionsmittel einen höheren Ertrag ab als der durchschnittlichen Verhältnismäßigkeit entspricht, so wird es in höherem Maße nachgefragt und verwendet werden, sein Kostenwert wird steigen und sein Ertragswert sinken, bis die durchschnittliche Verhältnismäßigkeit wieder erreicht ist. Entsprechend ist natürlich der Vorgang, wenn der Ertragswert sinkt oder wenn sich

primär der Kostenwert in der einen oder anderen Richtung verändert.

Wir können und brauchen natürlich in unserer Darstellung die Zurechnung innerhalb der einzelnen Gruppen von Produktionselementen, die wir Produktionsfaktoren nennen, nicht zu behandeln, sondern wir wollen nur das Mengenverhältnis dieser Produktionsfaktoren selbst mit Hilfe der Variationsmethode untersuchen. Wenn deshalb in unseren Gleichungen immer nur mit gleichen Einheiten an Arbeit und an produzierten Produktionsmitteln gerechnet wird, so soll natürlich damit nicht gesagt werden, daß alle konkreten Arbeitsleistungen und produzierten Produktionsmittel, welche in unserer Kombination Verwendung finden, gleich groß, gleichartig oder von gleichem Werte wären. Wir wollen damit vielmehr nur sagen, daß wir das Zurechnungsproblem innerhalb der einzelnen Gruppen von Produktionselementen als gelöst voraussetzen oder genauer, daß es dort eine automatische Lösung finden soll. Wir heben also nur einen Teil des Problems, und zwar den in unserem Zusammenhang wichtigsten und überhaupt interessantesten heraus, was aber am Wesen der Sache nichts ändert. Wenn wir mit gleichen Einheiten an Arbeit und an produzierten Produktionsmitteln rechnen, so will das nur besagen, daß wir die verschiedenen konkreten Größen an Arbeitsleistungen und insbesondere an produzierten Produktionsmitteln wertmäßig bereits auf einen Generalnenner gebracht haben, so daß es uns dann auch wieder erlaubt ist, diese Wertgrößen in gleiche Teileinheiten zu zerlegen. Aehnlich wie Clark sehen auch wir damit von der jeweiligen konkreten Form des Gesamtvorrates an produzierten Produktionsmitteln ab. Diese konkrete Form wird natürlich, wenn die optimalen Kombinationen gefunden sind und so lange sich die Daten der Wirtschaft nicht verändern, immer gleich bleiben. Sie kann oder vielmehr muß sich aber ändern, wenn sich diese Daten ändern. Dann aber kommt es für uns nur mehr darauf an, welche Summe am Kostenwert diese produzierten Produktionsmittel im Augenblick der Veränderung repräsentieren. Wenn z. B. der Arbeitsvorrat zunimmt, so werden wahrscheinlich mehr Schaufeln und weniger Baggermaschinen, mehr Handkarren und weniger Lastautomobile, mehr Sensen und weniger Mähmaschinen produziert werden. Die konkrete Form der Umwegsprodukte ändert sich, aber die Produktionsumwege brauchen dadurch zunächst weder länger noch kürzer zu werden.

Greifen wir nunmehr zum Zwecke unserer Untersuchung irgendeine produktive Kombination innerhalb einer Verkehrswirtschaft heraus. Sie soll im gegenwärtigen Stand der Produktionsausdehnung aus 5 Einheiten Arbeit, aus 4 Einheiten produzierten Produktionsmitteln und aus drei Einheiten Boden

bestehen, welch letztere nach Lage und Geeignetheit für die betr. Produktion gleichwertig sein sollen. Unsere Kombination soll standortlich nicht an der Grenze des Anbaues liegen, so daß eine Vermehrung des benützten Bodens nicht unmittelbar in Frage kommt. Dagegen sei noch ein genügend großes und genügend billiges Angebot an Arbeitsleistungen und an produzierten Produktionsmitteln vorhanden, so daß eine Erweiterung für unsere, wie für alle Kombinationen unserer Verkehrswirtschaft in Frage kommt. Zunächst aber wissen wir nur, daß unsere Kombination in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung uns ein Produkt liefert, dem insgesamt ein Tauschwert von hundert entspricht. Dieser Ertragswert ist nach irgendeinem, uns vorläufig noch unbekannten Schlüssel an die komplementären Glieder unserer Kombination restlos aufzuteilen, was wir durch die Gleichung

$$5\,A + 3\,B + 4\,C = 100$$

zum Ausdruck bringen wollen. Würden wir nunmehr im Sinne Böhm-Bawerks untersuchen, welche Werte von den letzten Einheiten unserer drei komplementären Glieder abhängig sind, so würden wir folgende veränderte Gleichungen erhalten:

$$4\,A + 3\,B + 4\,C = 90$$
$$5\,A + 2\,B + 4\,C = 94$$
$$5\,A + 3\,B + 3\,C = 89$$

Die von der Mitwirkung der letzten Einheiten abhängigen Werte würden sich also für das fünfte A mit zehn, für das dritte B mit sechs und für das vierte C mit elf errechnen. Würde man diese Werte in unsere erste Gleichung einsetzen, so würde man, ganz im Sinne Böhm-Bawerks, zur überdeckenden Zurechnung kommen. Die Summe der einzelnen Gliedwerte würde sich, da alle Einheiten gleich zu bewerten sind, mit 112 errechnen. Sie würde also um 12 Werteinheiten größer sein wie der Gesamtwert der Kombination. Aber wir sehen sofort ein, daß diese von der Mitwirkung der letzten Einheiten abhängigen Werte, oder, wie wir sie kurz nennen wollen, die Ausfallswerte, für uns gar keine Bedeutung haben. Für die Bewertung unserer Arbeitsleistungen und produzierten Produktionsmittel schon gar nicht, weil noch ein genügendes Angebot solcher Produktionselemente vorhanden ist, aber auch sonst kommt den Ausfallswerten, wie wir gleich noch sehen werden, nur eine beschränkte Bedeutung zu. Denn die dauernde Zurückziehung eines Produktionselementes aus einer Kombination kommt nur in zwei Fällen in Frage. Der eine Fall ist der, daß infolge ursprünglicher Fehldisposition oder infolge Veränderung der Wirtschaftsdaten ein Produktivgut oder eine letzte Produktivguteinheit in einer anderen Kombination einen höheren Nutzen zu stiften verspricht wie in derjenigen, in der es bisher Verwendung gefunden hat, so daß der Zu-

wachswert in der neuen Verwendung größer ist wie die effektive Zuteilungsquote in der bisherigen. Der zweite Fall ist der, daß das betreffende Produktionselement überhaupt aus dem Produktionsprozeß zurückgezogen werden soll. Jede produktive Leistung wird nur zu einer gewissen Mindestbedingung den Produktionsleitern angeboten. Eine zehnte Arbeitsstunde wird — wenn jeder andere als der logische Zwang des ökonomischen Rationalismus ausgeschaltet ist — nur geleistet werden, wenn die Mühe, welche sie in besonderem Maße mit sich bringt, entsprechend entlohnt wird. Die Mindestbedingung für die Eingliederung einer Bodeneinheit in den Produktionsprozeß ist nur, daß ihr spezifischer Ertrag nicht eine negative Größe ist. Wenn infolge der Veränderung der Daten der Wirtschaft der vom Produktionsleiter gebotene Preis bzw. die entsprechende tatsächliche Ertragsquote diese Mindestbedingung unterschreitet, so wird — aber eben nur in diesem Fall — die betreffende produktive Leistung ganz aus der Produktion zurückgezogen werden. Haben wir somit die beiden Fälle, in denen Produktionselemente einer bestimmten Kombination dauernd entzogen werden, in ihrer wahren Bedeutung festgelegt, so ist dies auch noch nötig für den Fall, daß ein Produktionselement vorübergehend seiner Kombination zu dem Zwecke entzogen wird, um — im Sinne Clarks — einen höheren Preis zu erzwingen. Wir werden darauf im folgenden mehrfach zurückkommen. Jedenfalls aber sind diese drei angeführten Fälle die einzigen, in denen die praktisch zurechnenden Unternehmer mit Ausfallswerten zu rechnen haben. In allen anderen Fällen aber kommt für die Unternehmer eine Bewertung gegebener Produktivgütermengen auf Grund der Annahme ihres ganzen oder teilweisen Verlustes nicht in Frage. Tritt aber doch der Fall des Verlustes ein, etwa infolge eines Naturereignisses, so hat man eben dann auch mit anderen Mengen zu rechnen, hat man andere Mengen zu bewerten. Würde man immer unter der Annahme des Verlustes bewerten, so müßte man auch einer Genußguteinheit den Grenznutzen der vorhergehenden Einheit zuschreiben. So hat Wieser vollkommen recht, wenn er betont, daß man die Werte der Produktivgüter im allgemeinen nicht unter der Annahme ihres Verlustes, sondern unter der Annahme ihres ruhigen Besitzes prüfen dürfe. Richtiger sogar noch, wie wir sehen werden, unter der Annahme ihres Erwerbes.

Kehren wir jetzt zu unserer produktiven Kombination von fünf Einheiten Arbeit, drei Einheiten Boden und vier Einheiten produzierten Produktionsmittel zurück. Wir haben festgestellt, daß noch ein genügend großes und genügend billiges Angebot an Arbeitsleistungen und an produzierten Produktionsmitteln vorhanden ist, so daß auch eine Erweiterung unserer Kombination in Betracht kommt. Fügen wir derselben noch eine sechste Einheit Arbeit hinzu, so wird der Gesamtwert des Produktes etwa auf 108 steigen. Der Zuwachswert des sechsten A wird mithin 8 betragen, ist also unter dem Einfluß des Gesetzes vom abnehmenden Nutzertrag der Produktion — der Preis des Produktes sinkt mit dem Steigen der Produktionsmenge, so daß der Erlös zwar absolut steigt, aber relativ sinkt — kleiner wie der Ausfallswert und wohl auch kleiner wie die effektive Zuteilungsquote des fünften A. Wenn die Arbeitsuchenden an keiner Stelle unserer Verkehrswirtschaft eine bessere Verwendung ihrer Leistungen mehr finden, wird die Erweiterung der Kombination um ein sechstes A tatsächlich erfolgen.

Es werden aber nunmehr auch die bisher schon verwendeten fünf Einheiten ebenso bewertet werden und folglich den gleichen Preis erzielen, wie die sechste. Wenn also jetzt der erhöhte Ertrag wieder wertmäßig an die einzelnen Glieder der Kombination verteilt werden soll, so wissen wir jetzt schon zwei Dinge. Wir wissen einmal, daß er restlos verteilt wird, was wir durch die Gleichung

$$6\,A + 3\,B + 4\,C = 108$$

zum Ausdruck bringen wollen. Wir wissen zweitens, daß den 6 A vom Gesamtwert $6 \times 8 = 48$ Werteinheiten zugeteilt werden, so daß für 3 B + 4 C ein Wert von $108 - 48 = 60$ zur Verteilung übrig bleibt. In welchem Verhältnis aber dieser Rest verteilt werden wird, wissen wir noch nicht. Kommt auch die Eingliederung einer weiteren Werteinheit an produzierten Produktionsmitteln zustande, ist also wieder die Bedingung erfüllt, daß nirgends mehr in unserer Verkehrswirtschaft eine günstigere Verwendungsmöglichkeit offen steht und die Angebotsdisposition der betreffenden Einheit eine entsprechende ist, so wird der gesamte Tauschwert unseres Produktes — wiederum bestimmt durch das Gesetz vom abnehmenden Nutzertrag der Produktion — um etwa 10 Einheiten auf 118 anwachsen. Wir können den Zusammenhang der einzelnen Wertanteile wieder als Gleichung darstellen:

$$6\,A + 3\,B + 5\,C = 118$$

Wir wissen zunächst, daß die 5 C einen Wertanteil von 50 zugewiesen erhalten, da sich der Zuwachswert des fünften C mit 10 errechnet und alle Einheiten gleich gewertet und bezahlt werden. So verbleibt für 6 A + 3 B ein Rest von $118 - 50 = 68$. Wir wissen, daß der Anteil der 6 A vor der Hinzufügung des fünften C gleich 48 war, so daß wir vorläufig für die 3 B als Höchstwert $118 - (50 + 48) = 20$ errechnen können. Aber wir müssen uns sofort wieder darüber klar werden, daß die 3 B den Höchstwert 20 ebensowenig erreichen werden, wie sich die 6 A weiterhin, nach veränderter Zusammensetzung der Kombination, mit dem Wertanteil 48 begnügen

werden. Denn durch die Hinzufügung des fünften C ist der Wert der beiden anderen Glieder der Kombination in gleicher Weise erhöht worden. In welchem Verhältnis werden sich also die 6 A und die 3 B in den Ertragswertrest teilen? Jedenfalls können sie beide zusammen nicht mehr als 68 erreichen, sonst müßte es zur Auflösung der Kombination kommen. Daran hat aber keiner der beteiligten Arbeiter, Grundbesitzer oder Kapitalgutbesitzer ein Interesse, sofern nicht anderswo eine bessere Verwendungsmöglichkeit gegeben ist. Dies ist aber nicht der Fall, denn sonst wäre es gar nicht zur Bildung unserer Kombination gekommen. Vollkommen brachgelegt dürfen diese produktiven Leistungen nicht werden, sie wollen nur einen bestmöglichen Preis erzielen. Hier spielt nun der Ausfallswert der letzten, konkret überhaupt faßbaren Teileinheit eine gewisse Rolle. Denn, wird ein Preis gefordert, der diesen Ausfallswert übersteigt, so wird diese letzte Einheit aus der Kombination ausgeschaltet werden. Da sie aber Verwendung finden muß, so wird durch Konkurrenz der Preis wieder unter diesen Ausfallswert sinken. Die Grundrente kann nur so lange gesteigert werden, bis der bisher unbebaute Boden einen spezifischen Ertrag abzuwerfen beginnt und damit den anderen Böden Konkurrenz macht. Aber auch wenn aller vorhandene Boden in Bebauung genommen ist, wird eine übermäßige Steigerung der Grundrente unmöglich sein, da andernfalls bald da, bald dort ein Acker brachgelegt würde. Der Grundbesitzer wird aber noch lieber eine mäßige, wie gar keine Grundrente beziehen. Dabei ist sehr entscheidend, daß der Ausfall eines Komplementärgutes die Ertragswerte der anderen Glieder wieder ebenso vermindern muß wie die Hinzufügung eines solchen diese Werte erhöht. Dies ist — neben technischen Ursachen — der Grund, warum eine übermäßige Lohnsteigerung nicht nur die Ausstellung von Arbeitern, sondern auch die Stillegung von Hochöfen oder Kohlengruben zur Folge haben muß. Wenn die Besitzer oder Träger der anderen komplementären Produktionsleistungen nicht sofort, sofern dies überhaupt möglich ist, in ihrer Preisforderung nachgeben, trifft sie das Schicksal der Ausscheidung aus dem Produktionsprozeß ebenso wie diejenigen, welche zuerst ihre Preise über die Grenzproduktivität ihrer Leistung zu steigern versuchten. Entsprechend ist natürlich der Vorgang, wenn zuerst der Erlös der gemeinsamen Produktion, also der Gesamtwert der produktiven Kombination, zurückgeht. Dieser Fall ist insbesondere in Krisenzeiten von großer praktischer Bedeutung.

Kehren wir aber noch einmal zu unserer produktiven Kombination zurück. Sie ist also z. B. aus 6 A, 3 B und 5 C zusammengesetzt. Wir sind im Unklaren geblieben darüber, wie sich die 5 A und die 3 B in den Ertragswertrest 48 teilen wer-

den. Auf keinen Fall, haben wir gesehen, darf es zur Ausscheidung einer Einheit bzw. zur Sprengung der Kombination kommen, wenn nicht anderswo bessere Verwendungsmöglichkeiten offenstehen. Dies ist aber nicht der Fall, da es sonst gar nicht zur Bildung und Erweiterung unserer Kombination gekommen wäre. Um der Beantwortung dieser offengebliebenen Frage näherzukommen, wollen wir zunächst den Ausfallswert des sechsten A feststellen. Nehmen wir also probeweise diese Einheit aus der Kombination hinweg, so wird uns eine neue Gleichung folgendes Bild des Wertzusammenhanges liefern:

$$5\,A + 3\,B + 5\,C = 109$$

Der Ausfallswert des sechsten A errechnet sich also durch Subtraktion von der vorhergehenden Gleichung mit 9. Mehr können die Arbeiter auf keinen Fall erreichen, wohl aber müssen sie sich in der Regel mit weniger begnügen. Denn wenn auch die Bodenbesitzer einen Ertragsanteil, berechnet nach dem Ausfallswert der dritten Bodeneinheit, fordern würden, so würden sich die Zuteilungsquoten bereits wieder überdecken. Die effektiven Anteile müssen also im allgemeinen unter den Ausfallswerten bleiben. Immerhin sehen wir, daß hier auch einer anderen als der rein ökonomischen Macht ein gewisser Spielraum gegeben ist. Der effektive Preis kann dem Ausfallswert mehr oder minder nahekommen. Er kann sogar den Ausfallswert erreichen, sofern ein anderes Glied sich mit einer entsprechend geringeren Preiserhöhung begnügt. Nur kann der Ausfallswert niemals überstiegen werden. Wir ersehen daraus aber zweitens, daß die Teilbarkeit eines Produktionsfaktors bei allen diesen Dingen sehr wesentlich ist. Je kleiner teilbar ein komplementäres Produktionselement einer Kombination ist, um so näher liegt der Ausfallswert einer solchen sehr kleinen Teileinheit dem effektiven Preis der produktiven Leistung und um so eindeutiger ist der letzte zu bestimmen. An dieser Stelle müssen wir auch noch folgendes nachholen. Wir wollten den tatsächlichen Vorgang in unseren Gleichungen möglichst anschaulich und zugleich einfach darstellen, und so haben wir gegenüber der Wirklichkeit in den Ziffern übertrieben. In der Wirklichkeit hat natürlich die Erweiterung einer kleinen, mit Hilfe von nur einigen Arbeitern und Produktionsmitteln durchgeführten Produktion um nur etwa einen Arbeiter keine derartige Veränderung im Preis und damit im relativen Erlös zur Folge, wie man dies nach der Wahl der Ziffern in unseren Gleichungen annehmen könnte. Auf dem großen und ausgedehnten Verkehrswirtschaftsmarkte muß sich die Produktionsmenge der meisten Güter schon um mehr als nur um eine oder einige Einheiten verändern, damit auch eine merkliche Aenderung des Preises die Folge ist. Soll aber die Produktionsmenge

in so weitgehendem Maße verändert werden, daß auch eine merkliche Preisänderung notwendig eintreten muß, so handelt es sich auch gleich um die Verwendung oder Nichtverwendung einer ansehnlichen Zahl von Arbeitern, von Bodeneinheiten, von produzierten Produktionsmitteln, also um eine mehrfach teilbare Größe. Ein Arbeiter oder erst recht eine Arbeitsstunde sind praktisch im Rahmen einer großen Verkehrswirtschaft eine unendlich kleine Einheit.

Aus einem Vergleich unserer Gleichungen ersehen wir auch, daß es keineswegs gleichgültig ist, in welcher Reihenfolge die jeweils letzten Einheiten der einzelnen komplementären Produktivgüter in die produktive Kombination eingegliedert werden. Die Hinzufügung des sechsten A brachte einen Zuwachs von 8, die Hinzufügung des fünften C einen solchen von 10 Werteinheiten. Wäre die Eingliederung dieser beiden Einheiten in der umgekehrten Reihenfolge vor sich gegangen, so wären die Zuwachswerte beider, wie aus der letzten Gleichung zu ersehen ist, je 9 gewesen. Freilich wird durch die Hinzufügung der jeweils zweiten Einheit der Wert und Preis der vorher hinzugefügten letzten Einheit eines anderen komplementären Produktivgutes über ihren Zuwachswert erhöht. Aber auch hier spielt das Moment der Teilbarkeit eine große Rolle. Sind die Produktivgüter nicht in sehr hohem Maße teilbar, so kann die verschiedene Reihenfolge, in der die jeweils letzten Einheiten der einzelnen Komplementärgüter der Kombination hinzugefügt werden, sehr wohl eine, wenn auch praktisch sehr kleine, Preisverschiedenheit zur Folge haben. Hier spielen nun wieder die Mindestforderungen, welche erfüllt sein müssen, damit es überhaupt zur Einbeziehung eines Produktionselementes in den Produktionsprozeß kommt, eine gewisse Rolle. Jede produktive Leistung wird mit einem gewissen Limit angeboten. Liegt dasselbe in unserem Fall für das sechste A bei 8 oder darunter, für das fünfte C dagegen zwischen 9 und 10, so wird zuerst das sechste A und dann das fünfte C in die Kombination eingegliedert werden. Liegt das Limit für das sechste A zwischen 8 und 9 und dasjenige für das fünfte C bei 9 oder darunter, so wird die Eingliederung in der umgekehrten Reihenfolge stattfinden. Liegt das Limit für das sechste A zwischen 8 und 9 und dasjenige für das fünfte C zwischen 9 und 10, so findet überhaupt keine Erweiterung der Kombination mehr statt, und über die Höhe der Preise für die einzelnen Leistungen muß bereits vorher entschieden worden sein. Liegt dagegen das Limit für das sechste A bei 8 oder darunter und dasjenige für das fünfte C bei 9 oder darunter, so entscheidet der Zufall über die Reihenfolge der Eingliederung und somit auch über die endgültigen Preise. In der Wirklichkeit wird dieser Vorgang durch die zeitliche Bedingtheit der wirtschaftlichen Geschehnisse wesentlich vereinfacht. Es ändern sich die Angebote an Arbeit, an produzierten Produktionsmitteln usw. nicht gleichzeitig oder doch nicht im gleichen Ausmaß, so daß in der Regel praktisch die Erweiterung der Kombination jeweils nur nach einer Richtung hin in Frage kommt. Jedenfalls aber sehen wir auch hier, wie die Bestimmtheit der Werte der Produktivgüter mit ihrer Teilbarkeit wächst. Je kleiner teilbar die Produktivgüter sind, in um so stärkerer Mischung können die einzelnen Einheiten der Kombination hinzugefügt bzw. aus derselben hinweggenommen werden. Mit der Intensität dieser Mischung verengt sich der Spielraum des Wertes der einzelnen Einheit. Immerhin ist die Unbestimmtheit dieser Werte innerhalb von Grenzen, die praktisch freilich sehr eng beieinander liegen, eine Quelle kleiner Friktionsgewinne für die Unternehmer. Da dieselben meist die Besitzer jener Produktionselemente sind, die relativ schwer ersetzlich und anders verwendbar sind, des Bodens, der Gebäude, der festen Anlagen, der Bergwerke usw. oder da die Unternehmer, sofern sie besitzlos sind, im Auftrag der Leute handeln, denen diese Dinge gehören, so wird jener Wertrest diesen Elementen zugerechnet werden. Dagegen wird ihn der landwirtschaftliche Pächter den von ihm zur Produktion beigetragenen beweglichen Sachgütern zurechnen.

Der grundlegende Gedanke in der ganzen Zurechnung, den wir schon bisher immer verwendet haben und der auch für unsere fernere Untersuchung die entscheidende Bedeutung haben wird, ist der, daß die Hinzufügung der Einheit eines Produktivgutes zu der Kombination den Wert der anderen komplementären Produktivgüter erhöhen muß und daß umgekehrt die Hinwegnahme einer solchen Einheit den Wert der anderen Glieder schmälert. Die Wichtigkeit dieses Satzes erfordert es, daß wir noch einmal darauf eingehen und daß wir den Vorgang der Wertverschiebung am zahlenmäßigen Beispiel erläutern. Wie wir ebenfalls schon jedesmal betont haben, liegt das Gesetz von der Abnahme des Nutzertrages der Produktion diesem Vorgange zugrunde. Die Ausdehnung der Produktion eines Gutes und damit die Ausweitung seines Absatzes muß zur Folge haben, daß der Preis sinkt. Das bedeutet aber, daß der Erlös einer Produktion mit zunehmender Ausdehnung zwar absolut steigt, aber relativ sinkt. Das hat wiederum zur Folge, daß, unabhängig von den technischen Bedingtheiten, jede weitere Einheit eines Produktivgutes, welche einer Kombination hinzugefügt wird, einen geringeren Zuwachs an Erlös bedeutet wie die vorhergehende. Greifen wir auf unser Zahlenbeispiel zurück. Wir haben festgestellt, daß die Zuteilungsquote für das einzelne A nach der letzten Erweiterung unserer Kombination zwischen 8 und 9 liegen muß. Kommt noch die Eingliede-

rung eines siebenten A zustande, so wird der Gesamterlös wohl auf etwa 125 steigen, der Zuwachs, der durch dieses siebente A bewirkt wird, beträgt aber nur mehr 7 und ist somit kleiner, wie die bisherige Zuteilungsquote. Die Wertsteigerung der anderen Glieder der Kombination kommt nun dadurch zustande, daß auch den bisher schon verwendeten 6 A ein Preis bezahlt wird, der dem Zuwachs der siebenten Einheit entspricht. Haben die sechs bisher schon verwendeten A bis jetzt insgesamt einen Anteil von mehr als 48 Werteinheiten erzielt, so erzielen sie jetzt nur mehr einen solchen von 42 Werteinheiten. Es wird also ein Teil des Erlöses, der mehr als sechs Werteinheiten umfaßt, frei. Es muß jedoch der gesamte Erlös an die einzelnen Glieder verteilt werden, was wir in der Gleichung

$$7\,A + 3\,B + 5\,C = 125$$

zum Ausdruck bringen wollen. So kann der freigewordene Teil vom Gesamtwert des Ertrages nur den anderen Gliedern der Kombination zukommen. Der umgekehrte Vorgang, die Hinwegnahme einer oder mehrerer Einheiten eines Produktivgutes hat die entsprechend entgegengesetzte Wirkung. Der Wert der neuen Grenzeinheit dieses Produktivgutes, damit aber auch der relative Anteil aller verbleibenden Einheiten, erhöht sich, während der Erlös nicht nur absolut, sondern auch relativ zurückgeht. So büßen die komplementären Produktivgüter einen Teil ihres Wertes ein und müssen einen Teil ihrer effektiven Zuteilungsquoten an das dezimierte Komplementärgut abgeben.

Nachdem wir nunmehr genügend die Einzelheiten des Zurechnungsvorganges untersucht haben, können wir das Folgende als das Ergebnis dieser Untersuchungen zusammenfassen. Jede weitere Produktivguteinheit, welche unter gegebenen Verhältnissen in die Produktion eingegliedert wird, steigert den Wert des Gesamtertrages zwar absolut, relativ muß derselbe jedoch unter dem Einfluß des abnehmenden Nutzertrages der Produktion sinken. Nun wird jede gleiche Einheit einer produktiven Leistung in derselben Höhe bezahlt wie die letzte. Der Wert und Preis dieser zuletzt in die produktive Kombination eingegliederten Produktivguteinheit wird bestimmt durch den Zuwachs am Gesamterlös. Jede zusätzliche Einheit eines Produktivgutes drückt also den Wert und Preis aller Einheiten dieses Produktivgutes, während sie den Wert und Preis der Einheiten aller anderen komplementären Produktivgüter erhöhen muß. Werden die letzten Einheiten eines Produktivgutes der Produktion entzogen, so steigen Wert und Preis der in der Produktion verbleibenden Einheiten dieses Produktivgutes, während der Wert der Einheiten aller anderen komplementären Produktivgüter herabgedrückt wird. Sinkt daraufhin

der Preis für die Einheiten der anderen Produktivgüter nicht entsprechend, so werden solange die jeweils letzten Einheiten derselben aus der Produktion ausgeschieden, bis ihr Preis wiederum ihrer Grenzproduktivität entspricht. Wird der Preis einer produktiven Leistung künstlich über den Wert ihres spezifischen Ertrages, also über ihre Grenzproduktivität erhöht, so werden ebenfalls die letzten Einheiten dieser Leistungen ausgeschieden und wird der Wert aller anderen komplementären Produktionsleistungen ebenfalls gedrückt. In beiden Fällen müssen die Grenzleistungen der komplementären Produktionselemente — Grenzböden, Grenzbergwerke usw. —, deren spezifischer Ertrag oder deren Preis gar nicht mehr weiter sinken kann, unbedingt ausgeschieden werden, während die Ausscheidung weiterer Einheiten davon abhängt, ob die notwendige Preissenkung rechtzeitig erfolgt oder nicht. Zuwachswert und Ausfallswert der letzten Einheit eines Produktionselementes sind nur so lange gleich, als diese Produktivguteinheit Schlußstück ist. Wird ein anderes komplementäres Produktivgut um eine Einheit vermehrt, ist also die erstere Produktivguteinheit nicht mehr Schlußstück, so wird ihre Grenzproduktivität über ihren ursprünglichen Zuwachswert erhöht, Zuwachswert und Ausfallswert der gleichen Einheit in der gleichen Verwendung fallen auseinander. Die effektive Zuteilungsquote, der Preis der Einheit, muß zwischen beiden Werten liegen. Da die Bedeutung der Einheit gestiegen ist, muß der Preis höher sein, wie der bisherige, der dem Zuwachswert entsprach. Er muß aber niedriger sein wie der Ausfallswert, da sonst die Ausscheidung der Einheit aus dem Produktionsprozeß erfolgt. Er kann aber in der Regel auch nicht gleich dem Ausfallswerte sein, denn, würden alle komplementären Leistungen eine Erhöhung ihres Preises bis zum Ausfallswerte ihrer letzten Einheit fordern, so würden sich die Zurechnungsquoten bereits wieder überdecken und es müßte zur Sprengung der Kombination kommen. In je höherem Maße teilbar ein Produktivgut ist, je kleiner seine Teileinheiten sind, in um so stärkerer Mischung können die verschiedenartigsten Produktivguteinheiten der Produktion eingegliedert oder entzogen werden. Je vermischter aber die Reihenfolge dieser Hinzufügung oder Hinwegnahme ist, um so enger ist die Grenze gezogen, innerhalb der die effektive Zuteilungsquote variiert, um so bestimmter ist der Wert derselben. Viele produktive Leistungen sind in solchem Maße teilbar, daß ihre Einheiten im Rahmen einer großen Verkehrswirtschaft als unendlich klein behandelt werden können. So weit damit überhaupt noch eine Unbestimmtheit in unserer Bewertung der produktiven Leistungen zurückbleibt, ist sie praktisch bedeutungslos. Denn die praktische Zurechnung hat es ohnedies mit einer viel größeren Unbestimmtheit von einer anderen

Seite her zu tun, so daß jene andere Unbestimmtheit demgegenüber in ihrer Bedeutung verschwindet. Der unzuverlässigste Faktor in der Rechnung ist meist der Erlös. Preis oder Absatz des Produktes können sich täglich ändern und ändern sich auch häufig genug, während die Preise vieler produktiver Leistungen — die Löhne und Gehälter, die Preise für verpachteten Boden — oft auf relativ lange Zeit festgelegt werden. Die spezifischen Erträge der Produktionselemente, welche die Produktionsleiter oder ihre unmittelbaren Auftraggeber zur Produktion selbst beizutragen haben, die Ertragsquoten also, welche nach Abzug jener festen Preise in deren Händen zurückbleiben, die Rente eines Bergwerksunternehmers oder der Reinertrag eines landwirtschaftlichen Pächters sind somit weitgehend unbestimmt. Hier muß also im realen Geschehnisablauf die Risiko-Uebernahme ersetzen, was eine exakte Zurechnung infolge ungenügender Bestimmtheit der Daten nicht zu leisten vermag. Die grundsätzliche Bedeutung der Grenzproduktivität für die Preisbildung der produktiven Leistungen und die prinzipielle Wichtigkeit einer theoretischen Lösung des Zurechnungsproblems, die uns erst das Verständnis des verkehrswirtschaftlichen Verteilungsvorganges ermöglicht, wird jedoch dadurch nicht berührt. Aber auch die praktische Zurechnung ist deswegen nicht bedeutungslos und gewinnt sogar im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung mit der Ausdehnung und Vereinheitlichung der Märkte und mit der zunehmenden Zentralisierung der Produktion in Großunternehmungen immer mehr an Bedeutung gegenüber der riskanten spekulativen Kalkulation und gegenüber dem Rechnen auf Grund gegebener Preise, Mengen und Kostengrößen. Je kleiner der Markt, um so größer die Preis- und Absatzschwankungen, um so größer das Risiko der Produktion. Und je kleiner die Produktion einer Unternehmung im Rahmen der Gesamtproduktion einer Verkehrswirtschaft, um so geringfügiger sind die Wirkungen, welche von einer Veränderung in dieser Unternehmung ausgehen. Der Fehler, den ein kleiner Textilfabrikant macht, wenn er seinen Betrieb um einen Webstuhl erweitert und dabei auf Grund gegebener Preise und Kostengrößen kalkuliert, ist unbedeutend. Ford dagegen durfte bei der ungeheuren Ausdehnung seiner Produktion nicht mit gegebenen Automobilpreisen und nicht mit gegebenen Preisen seiner Produktivgüter rechnen, sondern er mußte die Nachfragekurve seines Produktes und die Angebotskurven seiner Produktionsmittel genügend durchschauen. Das heißt aber letzten Endes, er mußte mit den Wertschätzungen seiner Konsumenten rechnen, er mußte die Werte und Preishöchstgebote seiner Produktionsmittel aus den Werten und möglichen Preisen seiner Produkte ableiten. Er mußte praktische Zurechnung leisten.

Es ist nicht unschwer, zu erkennen, daß die Produktivgüterwerte, welche die Zurechnung nach unserer Darstellung liefert, jeweils zu jenen Werten hin tendieren müssen, welche Wieser aus seinen Gleichungen errechnet. Wiesers Produktivgüterwerte sind Idealwerte, welche in der Wirklichkeit, abgesehen von dem Moment der Fehldisposition, nur deshalb nicht immer erreicht werden, weil die Produktivgüter nicht unendlich teilbar sind und daher die Grenzproduktivität oder, wie Wieser sagt, der Grenznutzen eines Produktivgutes in seinen verschiedenen Verwendungen verschieden ist. Der Unterschied unseres Lösungsversuches gegenüber dem Clarks ist ebenfalls nicht sehr wesentlich. Nur daß für unser Vorgehen entscheidend ist, daß wir stets von den Zuwachswerten der letzten Produktivguteinheiten ausgehen und erst sekundär die Ausfallswerte derselben Einheiten in denselben Verwendungen als Höchstgrenzen eines gewissen Spielraumes heranziehen. So stellen wir, wieder ganz im Sinne Wiesers, fest, daß die effektiven Zuteilungsquoten Zwischenwerte sind, und zwar solche zwischen dem Zuwachswert und dem Ausfallswert der letzten Einheit in der gleichen Verwendung, welche beide nur beim jeweiligen Schlußstück gleich sind. Würde man allgemein die Zuwachswerte der letzten Einheiten in die Rechnung einsetzen, so würde sich eine Summe der Einzelwerte errechnen lassen, welche gegenüber dem Gesamtwert der Kombination, gegenüber dem Erlös des Gesamtertrages, ebenso zu klein ist, wie sie zu groß sein würde, wenn man allgemein im Sinne Böhm-Bawerks die Ausfallswerte der letzten Einheiten in die Rechnung einsetzen würde.

Die allgemeingültige und weitgehend formale Lösung des Zurechnungsproblems hat uns bis jetzt der Beantwortung jener Hauptfrage, um derentwillen wir uns überhaupt mit der Zurechnung auseinandergesetzt haben, um keinen Schritt nähergebracht. Um zu entscheiden, ob der Kapitalzins ein statisches Phänomen ist oder nicht, müssen wir das, was wir bisher über die Wertbestimmung, über die Wertveränderung und den Wertzusammenhang der komplementären Produktivgüter festgestellt haben, auf einen eindeutig bestimmten, individuellen Vorgang übertragen. Wir greifen deshalb auf unsere synchronisierte statische Wirtschaft zurück und wollen dabei für unsere Untersuchung ganz von dem Zustande ausgehen, den Schumpeter für diese synchronisierte statische Wirtschaft als typisch erachtet. Danach sind die Bedürfnisse, der Arbeitsvorrat, der Boden als zunächst gleichbleibend gegeben. Ebenso sind bestimmte Vorräte an Genußgütern und an produzierten Produktionsmitteln bereits vorhanden, die stets im selben Verhältnisse erneuert werden, indem von ihnen für die Zwecke der Produktion und des Konsums hingweggenommen wird. Die

Genußgüter dienen dabei zur Bezahlung von Arbeits- und Bodenleistungen. Die produzierten Produktionsmittel werden in solchem Umfang erzeugt und in der Weise in der Produktion verwendet, daß ihr spezifischer Ertrag wertmäßig die Kosten ihrer Erzeugung weder übersteigt noch auch unterschreitet. Es bleibt also an ihnen kein Gewinn hängen, ihren Besitzern fließt kein spezifisches Einkommen zu.

Wir müssen Schumpeter zugeben, daß dieses Bild der synchronisierten statischen Wirtschaft so, wie er es gezeichnet hat, den Kapitalzins nicht aufzeigt. Aber eine andere Frage ist, ob dieses Bild auch einen möglichen Zustand darstellt, was wir durch eine Variation in den Daten dieser synchronisierten statischen Wirtschaft feststellen wollen. Zur Vornahme einer solchen Variation, zur Untersuchung einer Veränderung im Mengenverhältnis der Produktionselemente gibt uns aber Schumpeter selbst die unmittelbare Veranlassung, wenn er nämlich behauptet, daß das Wesen der synchronisierten statischen Wirtschaft dasselbe bliebe, wenn die Bevölkerung stetig wüchse. Wir wollen annehmen, daß die Menschen in unserer Wirtschaft in drei nach sozialökonomischen Funktionen streng gesonderte Klassen zerfallen, von denen freilich nach Schumpeters Annahme nur zwei ein spezifisches Einkommen beziehen. Die erste Klasse seien die Grundbesitzer, welche die Naturleistungen zur Produktion beizutragen haben und welche auf Grund dieser Funktion die Bodenrente beziehen. Unter sie können wir auch die evtl. vorhandenen Monopolisten einreihen, welche auf Grund von Patenten oder anderen rechtlichen oder natürlichen Vorzugsstellungen ein Sondereinkommen, ebenfalls eine Rente, beziehen. Die zweite Klasse seien die Arbeiter, welche für ihre Leistungen den Arbeitslohn erhalten. Die dritte Klasse seien die Produktionsleiter, welche folgende Funktionen zu erfüllen hätten. Sie seien einmal die ausschließlichen Besitzer der produzierten Produktionsmittel, zweitens seien sie als Leiter der Produktion diejenigen Leute, welche die angebotenen Naturleistungen und Arbeitsleistungen mit den von ihnen selbst zur Verfügung gestellten produzierten Produktionsmittel in jeweils bestmöglicher Weise kombinieren. Weder auf Grund der einen noch auf Grund der anderen dieser beiden Funktionen beziehen sie ein Einkommen, sondern nur insofern, als sie bei Erfüllung dieser Funktionen oder daneben Arbeit leisten. Eine weitere Annahme, die wir wiederum bei unserer Betrachtung machen wollen, ist die Ausschaltung des Zwischengliedes Geld, die Hinwegnahme des Geldschleiers.

Nunmehr soll sich der bisher streng statische Zustand in der Weise verändern, daß die Bevölkerung stetig zu wachsen beginnt. Kommt der jeweilige Bevölkerungszuwachs in das

erwerbstätige Alter, so bedeutet das eine Steigerung der Arbeiterzahl und damit des Arbeitsangebotes. Wie wird nun eine vermehrte Verwendung von Arbeitskraft die Produktion umgestalten? Es ist nicht anzunehmen, daß die zusätzlichen Arbeiter einfach nach der bestehenden Verhältnismäßigkeit auf die beiden Produktionsgebiete, Genußgüterproduktion und Produktionsmittelproduktion aufgeteilt werden. Denn das würde auch eine vermehrte Produktionsmittelproduktion bedeuten und zu einer solchen ist vorläufig noch keine Veranlassung. Die Produktionsleiter, welche über Art und Organisation der Produktion bestimmen, haben keinen Grund und werden durch keine ökonomische Logik gezwungen, die Produktionsmittelproduktion auszudehnen. Auch Schumpeter stützt diese unsere Behauptung, wenn er in bezug auf den Produktionsmittelvorrat der synchronisierten statischen Wirtschaft bemerkt: „Es ist keineswegs sicher, daß die Wirtschaftssubjekte diesen Vorrat, wenn sie ihn nicht schon hätten, nun sofort ansammeln würden. Dagegen ist gewiß, daß wir nicht einfach annehmen können, daß jener Vorrat stetig und planvoll zu seiner jeweiligen Größe heranwuchs.“[1]) So werden sich also die zusätzlichen Arbeiter so gut wie ausschließlich der Genußgüterproduktion zuwenden. Nur in dem Maße wird vielleicht auch die Produktionsmittelproduktion einen vermehrten Arbeitsbedarf haben als es jetzt allgemein rentabler ist, mehr arbeitsintensiv zu produzieren. Um eine gleichbleibende Wertmenge an produzierten Produktionsmitteln arbeitsintensiver zu erzeugen, wird also in der Produktionsmittelproduktion ein Weniges an Arbeit substituiert für Boden und produzierte Produktionsmittel, die aber dafür für die Genußgüterproduktion frei werden.

Das Sozialprodukt wird jetzt wachsen als Folge der Produktionsausdehnung, welche durch das vermehrte Arbeitsangebot ermöglicht wurde. Jedoch wird die Menge an produzierten Produktionsmitteln im Kostenwerte gleichbleiben, so daß der Zuwachs an Sozialprodukt ausschließlich in Genußgütern bestehen wird. Freilich wird sich jetzt auch die konkrete Form der produzierten Produktionsmittel ändern. Sie wird sich der jetzt mehr arbeitsintensiv durchgeführten Produktion anpassen. Es wird relativ mehr an Werkzeugen und Rohstoffen und relativ weniger an großen arbeitsersparenden Maschinen hergestellt werden. Das Sozialprodukt wird also absolut zunehmen, aber der zu verzeichnende Zuwachs wird wertmäßig die relative Abnahme des Nutzertrages der Produktion zum Ausdruck bringen. Die zusätzlichen Arbeiter werden — gleichgültig, wie sie die technische Produktivität beeinflussen — wertmäßig weniger wirksam sein, wie der bisherige

[1]) „Theorie“ Seite 76.

Grenzarbeiter. Der Lohn muß also auf die Höhe des letzten Zuwachses an Ertragswert sinken, und zwar werden auch die bisher schon tätig gewesenen Arbeiter nur in Höhe dieses neuen Grenzzuwachses entlohnt werden. Damit wird aber ein Teil des Erlöses, der bisher dem Lohnfonds zufloß, von dieser Verwendung frei und muß demnach anderen Produktionselementen zugeteilt werden. Es ist nach unseren Feststellungen vollkommen ausgeschlossen, daß die Wertsteigerung nur dem Faktor Natur zukommt. Die Grundbesitzer werden wohl einen Teil dieses freigewordenen Erlöses an sich bringen. Sobald sie aber zuviel verlangen, wird es zur Ausschaltung der minderwertigsten Böden kommen, deren Konkurrenz die Grundrente dann wieder so lange herabdrücken muß, bis die letzte, für die Produktion überhaupt in Frage kommende Bodeneinheit von neuem wieder in die Produktion eingegliedert ist. Es muß also ein Teil des in Genußgütern bestehenden zusätzlichen Sozialproduktes in den Händen der Produktionsleiter zurückbleiben, d. h. die Produktionsleiter machen einen Gewinn. Wird derselbe dauernd sein, so müssen sie ihn ohne Zweifel ihren produzierten Produktionsmitteln zurechnen.

Freilich machen zunächst nicht alle Produktionsleiter diesen Gewinn, sondern nur die Genußgüterproduzenten. Man könnte deshalb, vielleicht im Sinne Schumpeters, folgendermaßen weiter argumentieren. Angereizt durch den „selbstmörderischen Stachel des Gewinnes", würden jetzt die Produktionsmittelproduzenten ihre Preise soweit wie möglich erhöhen. Den Genußgüterproduzenten würde damit ihr Gewinn im selben Maße aus den Händen schwinden, als sie gezwungen wären, die produzierten Produktionsmittel, die sie zur Zeit der Werterhöhung besaßen und die sich allmählich im Produktionsprozeß verbrauchen, durch neue Stücke zu ersetzen. Dies würde so lange andauern, bis der ganze Gewinn bei den Genußgüterproduzenten verschwunden und bei den Produktionsmittel-Produzenten konzentriert wäre. Dann aber würde es für die Genußgüterproduzenten vorteilhafter sein, zur Produktionsmittelproduktion überzugehen. Je mehr aber dadurch die Menge an produzierten Produktionsmitteln gesteigert würde, um so mehr würde zwar das Sozialprodukt absolut steigen, um so mehr müßte aber wieder der Zuwachs am Sozialprodukt, der durch die vermehrte Einstellung von produzierten Produktionsmitteln in den Produktionsprozeß hervorgerufen wird, relativ sinken. Die Preiswilligkeit der Genußgüterproduzenten und damit die Preise der produzierten Produktionsmittel würden dauernd sinken, bis auch der letzte Gewinn der Produktionsmittelproduzenten geschwunden wäre. Die Vermehrung des Sozialproduktes würde also ausschließlich den Arbeitern und Grundbesitzern zugutekommen.

In dieser Argumentation steckt aber ein schwerer Fehler, der in einer Ueberschätzung des Konkurrenzprinzipes seinen Grund hat. Werden wirklich die Produktionsmittelproduzenten einen einmaligen, wenn auch hohen Gewinn erstreben, wenn sie die Möglichkeit haben, einen minder hohen, aber dafür dauernden Gewinn zu beziehen? Diese Möglichkeit ist aber für sie und damit auch für alle Produktionsleiter gegeben. Das Wiederverschwinden der Gewinne hatte seinen Grund in der Wertminderung der produzierten Produktionsmittel. Diese wurde hervorgerufen durch die Ausdehnung der Produktionsmittelproduktion. Das war aber wiederum die Wirkung davon, daß sich die Gewinne der Produktionsmittelproduzenten erhöhten, während diejenigen der Genußgüterproduzenten gleichzeitig sanken. Würden also in dem gleichen Fall die Gewinne der Produktionsmittelproduzenten nur so lange steigen und diejenigen der Genußgüterproduzenten nur so lange sinken, bis sie sich ausgeglichen hätten, so müßte jeder Anreiz zur Ausdehnung der Produktionsmittelproduktion genommen sein. Es gäbe dann keine gegenseitige Konkurrenz der Produktionsleiter mehr, welche die Gewinne allgemein hinwegschwemmen würde. Dieser Zustand kann aber leicht erreicht werden, wenn sich die Produktionsmittelproduzenten nach der Ertragswertsteigerung der produzierten Produktionsmittel mit einer mäßigen durchschnittlichen Preiserhöhung begnügen. Somit ziehen sie einen Teil des allgemeinen Gewinnes, einen Teil des Mehrertrages der produzierten Produktionsmittel, des Mehrerzeugnisses an Genußgütern an sich, belassen aber doch soviel in den Händen der Genußgüterproduzenten, daß diese keinen Grund mehr haben, zur Produktionsmittelproduktion überzugehen. Somit machen alle Produktionsleiter einen durchschnittlichen Gewinn, und es ist leicht einzusehen, daß sie denselben ihren produzierten Produktionsmitteln verdanken. Es ist von keiner Seite mehr ein Anreiz vorhanden, sich diesen Gewinn gegenseitig streitig zu machen. Die Konkurrenz der Produktionsleiter wird wohl verhindern, daß der Gewinn eines einzelnen Produzenten oder in einem einzelnen Produktionszweig übermäßig steigt. Aber es ist kein vernünftiger Grund einzusehen, warum der Gewinn durch die Konkurrenz unter die durchschnittliche Höhe gedrückt werden könnte. Diese Gewinnhöhe bestimmt sich für jeden einzelnen Produktionsleiter durch die Kostenwertsumme, welche sein Produktionsmittelbesitz repräsentiert. Es muß die Konkurrenz der Produktionsleiter untereinander in der Weise wirksam werden, daß eine allgemein gültige und überall gleiche Verhältnismäßigkeit zwischen den Kosten der produzierten Produktionsmittel und dem Werte ihres Mehrertrages besteht.

Schumpeter schreibt in seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung": „Für das einzelne Wirtschaftssubjekt ist es völlig gleichgültig, ob es Produktionsmittel oder Genußgüter erzeugt. In beiden Fällen wird das Produkt sofort und zu seinem vollen Wert bezahlt."[1]) Diese Aeußerung Schumpeters ist natürlich richtig, sofern die Gewinne in den einzelnen Produktionszweigen ausgeglichen sind. Aber für den Einzelnen kommt es überhaupt nicht darauf an, ob er Produktionsmittel produziert, sondern darauf, ob er solche produzierte Produktionsmittel besitzt und im Produktionsprozeß verwertet. Davon hängt die Möglichkeit ab, einen Gewinn zu erzielen. Außerdem ist es zwar für den Einzelnen gleichgültig, was er produziert, nicht aber ist es für die Gesamtheit gleichgültig, wieviele Produktionsmittel produziert werden. Je relativ weniger hergestellt und im Produktionsprozeß werwertet werde, um so mehr muß ihr Ertragswert über ihren Kostenwert steigen. Daraus ersehen wir schon, daß unsere Annahme einer stetig wachsenden Bevölkerung gar nicht notwendig war, um den ursprünglichen Kapitalgewinn aufzuzeigen. Auch im streng statischen Ablauf der Wirtschaft können die Produktionsleiter als die Besitzer der produzierten Produktionsmittel den ursprünglichen Kapitalgewinn jederzeit dadurch erzwingen, daß sie die Produktionsmittelproduktion in der Weise beschränken, daß einige Produktionsmittelproduzenten zur Genußgüterproduktion übergehen. Schumpeter freilich würde uns entgegenhalten: „Man hat im normalen Kreislauf der Wirtschaft nicht periodisch einer Versuchung zur Augenblicksproduktion zu widerstehen, denn man würde mit dieser ganz unmittelbar schlechter fahren."[2]) Diese Aeußerung Schumpeters mag zwar für die isolierte Wirtschaft Geltung haben, angewandt auf die Verkehrswirtschaft würde sie aber eine vollkommene Verkennung des individualistischen Rationalprinzips bedeuten. Die Beschränkung der Produktionsmittelproduktion wird wohl eine Verminderung des Sozialproduktes zur Folge haben. Aber von derselben spüren nur die Arbeiter und Grundbesitzer etwas Nachteiliges, während sich die Produktionsleiter als die Besitzer der produzierten Produktionsmittel dadurch sogar einen Gewinn verschaffen werden. Deshalb wird sie keine Erwägung davon abhalten, eine solche Beschränkung der Produktionsmittelproduktion durchzuführen. Dazu ist keineswegs eine monopolartige Verabredung der Produzenten untereinander notwendig, es genügt der individuelle Entschluß einiger weniger Produktionsmittelproduzenten, den Produktionszweig zu wechseln. Daraus ersehen wir aber, daß die Annahme der Zinslosigkeit der statischen Wirtschaft überhaupt eine Unmöglichkeit bedeutet. Denn es wird niemals zur Einführung eines solchen Zustandes kommen, wenn die Produktionsleiter sofort wieder durch das Rationalprinzip gezwungen werden, ihn abzuändern. Es gibt also sehr wohl einen Kapitalverzehr, der durch das Rationalprinzip gefordert wird.

[1]) „Theorie" Seite 56.
[2]) „Theorie" Seite 48.

Nach unserer Auffassung ist also die Tatsache, ob Genußgüter oder Produktionsmittel produziert werden, im Einzelnen deshalb gleichgültig, weil die Kapitalgewinne in allen Produktionszweigen relativ gleich sind. Bei Schumpeter dagegen ist der Grund, warum jede Wirtschaftseinheit in der einen wie in der anderen Richtung gleich vorteilhaft tätig ist, ein anderer: „In beiden Fällen setzt sie ihre Produkte in derselben Weise ab, erhält sie unter der Voraussetzung völlig freier Konkurrenz eine Entlohnung entsprechend dem Werte ihrer Boden- und Arbeitsleistungen und sonst nichts."[1]) Ist mit der völlig freien Konkurrenz gemeint, daß die Produktionsmittelproduzenten jeden auftretenden Gewinn durch übermäßige Preiserhöhung restlos an sich ziehen und damit die Konkurrenz, welche ihnen diesen Gewinn wieder hinwegschwemmt, selbst heranlocken, so ist diese Voraussetzung, wie schon festgestellt, offensichtlich falsch. Der „selbstmörderische Stachel des Gewinnes" ist keine autonome Kraft im Wirtschaftsleben, und das Konkurrenzprinzip hat nur insoweit Geltung, als es vom Rationalprinzip gelenkt wird. Das Rationalprinzip verlangt aber die Realisierung der größtmöglichen Wertsumme, nicht nur für einen Augenblick, sondern für den gesamten Zeitablauf. Das bedeutet, daß ein Wirtschaftssubjekt rationeller Weise auf einen einmaligen hohen Gewinn verzichten wird, wenn es dafür einen zwar augenblicklich minder hohen, aber dauernden Gewinn beziehen kann.

Neben der Tatsache, daß die übermäßige Steigerung der Produktionsmittelpreise die Genußgüterproduzenten bestimmen muß, zur Produktionsmittelproduktion überzugehen, kommt noch ein zweites Moment in Frage, das die Produktionsmittelproduzenten von einer übermäßigen Preiserhöhung abhalten muß. Es ist kein Grund einzusehen, der die Genußgüterproduzenten hindern sollte, ihre in der Produktion verbrauchten produzierten Produktionsmittel nicht mehr in vollem Umfang zu erneuern, wenn ihr Kapitalgewinn infolge übermäßiger Preissteigerung der produzierten Produktionsmittel auf Null sinkt. Sie werden zunächst wohl nicht ihren ganzen Produktionsmittelvorrat, sondern nur die letzten Einheiten desselben aufgeben. Das geht in der Weise vor sich, daß sie die Genußgüter, welche in ihren Händen zurückbleiben und welche bisher dazu gedient haben, neue Stücke an produzierten Produktionsmitteln zu erwerben, jetzt selbst verzehren. Wieder handelt es sich um einen Kapitalverzehr, der durchaus nicht dem Rational-

[1]) „Theorie" Seite 59.

prinzip widerspricht, der sogar eine sehr wirtschaftliche Handlung darstellt, da die Produktionsleiter damit rechnen dürfen, daß mit einer Verknappung des volkswirtschaftlichen Produktionsmittelvorrates der Kapitalgewinn neuerlich auftreten muß. Dieser Kapitalverzehr hat aber zur Folge, daß der Absatz der Produktionsmittelproduzenten zurückgeht. Wenn also die letzteren ihre Gewinne anfänglich gesteigert haben, so sinken dieselben jetzt wieder durch ein Zurückgehen des Absatzes, und zwar unter die ursprüngliche Höhe. Es liegen also zwei Gründe vor, welche die Produktionsmittelproduzenten daran hindern müssen, ihre Preise und damit ihre Gewinne übermäßig zu erhöhen. Einmal ist es die Tatsache, daß dies die Genußgüterproduzenten bestimmen müßte, zur Produktionsmittelproduktion überzugehen und zweitens ist es die Tatsache, daß die Schmälerung der Gewinne in der Genußgüterproduktion einen Kapitalverzehr zur Folge hätte, der sich im Absatz der Produktionsmittelproduzenten bemerkbar machen müßte. Beide Momente würden schließlich dazu beitragen, daß der Gewinn der Produktionsmittelproduzenten nach einer vorübergehenden Erhöhung ganz hinweggeschwemmt oder doch unter den ursprünglichen Satz gedrückt würde. So werden die Produktionsmittelproduzenten allerdings durch die allgemeine durchschnittliche Gewinnrate gezwungen, in den „ausgefahrenen Bahnen" zu bleiben.

Schumpeter antwortet auf die Frage: „Kann endlich in einer Volkswirtschaft nicht eine allgemeine Gewinnrate bestehen?"[1]) folgendermaßen: „Das hieße jedoch das Wesen der Konkurrenz gründlich verkennen. Angenommen, die Produzenten machten einen solchen Gewinn. Dann müßten sie die Produktionsmittel, denen sie ihn verdanken, entsprechend schätzen. Entweder sind das nun ursprüngliche Produktionsmittel — nämlich ihre persönlichen Leistungen oder Naturgaben —, dann sind wir an demselben Punkte, an dem wir früher waren. Oder es sind produzierte Produktionsmittel, dann müssen diese entsprechend, d. h. die in ihnen enthaltenen Arbeits- und Bodenleistungen müssen höher geschätzt werden als andere Arbeits- und Bodenleistungen. Das aber ist unmöglich, da mit diesen „vorgeleisteten" Arbeits- und Bodenleistungen die Arbeiter und Grundherren sehr gut konkurrieren können. Jener Reingewinn kann also nicht bestehen. Wie in der geschlossenen Wirtschaft, wenn mit Hinblick auf bestimmte Produkte produziert wird, deren Wert schon in den Werten der ursprünglichen produktiven Leistungen antizipiert sein muß und, auch wenn noch so viele Zwischenprodukte zu passieren sind, die Wertgrößen dieselben bleiben müssen, so muß auch in der Verkehrswirtschaft, auch wenn der Produktionsprozeß unter noch so viele selbständige Betriebe zerstückelt ist, der

[1]) „Theorie" Seite 39.

Wert und Preis der ursprünglichen produktiven Leistungen den Wert und Preis der Produkte absorbieren, da ein jedes Wirtschaftssubjekt die Produktionsmittel, die es übernimmt, nach ihrem produktiven Erfolge schätzt und auf diese Schätzung eben deren Produktion — wenn es produzierte sind — und Preis bereits eingerichtet ist. Daher ist ein allgemeiner Ueberschuß oder Reingewinn unmöglich."[1]) Es ist natürlich richtig, daß die Produktionsleiter ihre produzierten Produktionsmittel höher schätzen werden, wenn sie ihnen einen spezifischen Mehrertrag zu verdanken haben. Aber das bedeutet keineswegs, daß sich diese Werterhöhung notwendigerweise weiter überträgt, daß also diese Produktionsmittel bei ihrer Erneuerung auch um das Gleiche teurer bezahlt werden müssen. Es wäre vollkommen gegen das Rationalprinzip, wenn sich die Produktionsleiter durch diese Werterhöhung verleiten ließen, nun auch im gleichen Verhältnis höhere Preisgebote zu machen, bzw. allgemein mehr produzierte Produktionsmittel nachzufragen. Denn dadurch würden sie ihres Gewinnes durch eigenen Entschluß verlustig werden. Anders wäre es, wenn die Genußgüterproduzenten durch die Produktionsmittelproduzenten gezwungen würden, die gleiche Menge an produzierten Produktionsmitteln, wie sie bisher bezogen haben, nunmehr zu einem derart erhöhten Preis zu beziehen, daß ihr ganzer Kapitalgewinn verschwinden würde. Aber wiederum muß das Rationalprinzip, wie gezeigt, aus einem doppelten Grunde die Produktionsmittelproduzenten daran hindern, die Preise mehr zu erhöhen, als notwendig ist, um den volkswirtschaftlichen Kapitalgewinn in gleichen Raten an Genußgüterproduzenten und Produktionsmittelproduzenten aufzuteilen. Somit ist kein Grund einzusehen, warum die Werterhöhung der produzierten Produktionsmittel eine im gleichen Ausmaß erfolgende Preiserhöhung zur Folge haben soll. Das heißt aber, der Mehrwert, der im Zusammenhang mit der produktiven Verwendung produzierter Produktionsmittel auftritt, verbleibt den Besitzern derselben und wird nicht weiter übertragen. Oder was soll es sonst bedeuten, wenn Schumpeter meint, daß die in den produzierten Produktionsmitteln erhaltenen Boden- und Arbeitsleistungen infolge der Werterhöhung höher geschätzt werden müssen? Es wäre doch vollkommen unsinnig, anzunehmen, daß die „vorgetanen" Arbeits- und Bodenleistungen auf Grund dieser Werterhöhung nachträglich noch einen Anspruch geltend zu machen hätten. Sonst aber liegt kein Grund vor, sie höher zu schätzen, und es entfällt die Frage, ob die gesamten Arbeits- und Bodenleistungen verschieden hoch geschätzt werden können oder nicht. Der Mehrwert bleibt also an den Zwischenprodukten hängen. Die einzige Möglichkeit, diesen Mehrwert

[1]) „Theorie" Seite 39 und 40.

und damit den Kapitalgewinn wieder herabzudrücken und gleichzeitig den Wert der Arbeits- und Bodenleistungen zu erhöhen, ist die Mehrproduktion und Mehrverwendung von Kapitalgütern im Produktionsprozeß. Findet eine solche Mehrproduktion nicht statt, wird vielmehr im Gegenteil die Produktion und die Verwendung von Kapitalgütern nach Möglichkeit eingeschränkt, so ist der Kapitalgewinn unvermeidlich. Findet aber die Mehrproduktion statt, so bedeutet das ein Einschlagen neuer Produktionsumwege, eine Verbreiterung des Güterstromes, eine Vermehrung des Vorrates an produzierten Produktionsmitteln, der in der statischen Wirtschaft als gegeben vorausgesetzt wird. Wir haben gesehen, wie die Kapitalgewinne der Produktionsleiter gerade in der Knappheit der produzierten Produktionsmittel ihren Grund haben und wie deshalb diese Leute an dieser Knappheit interessiert sein müssen. Aber gibt es nicht doch daneben andere Interessen und Erwägungen, welche, geleitet vom Rationalprinzip, zur Verlängerung der Produktionsumwege führen müssen? Kann nicht auch von anders woher, als nur von denjenigen Leuten, welche schon Kapitalgüter besitzen, eine Nachfrage nach ihnen ausgeübt und damit deren Mehrproduktion und produktive Mehrverwendung erzwungen werden?

Damit kommen wir zu den Fragen, die uns auf die endgültige Lösung des Problems hinführen müssen. Haben die Arbeiter und Grundbesitzer wirklich keine Möglichkeit, um die Gewinne der kapitalgutbesitzenden Produktionsleiter herabzudrücken? Und wenn diese Gewinne nicht auf Null herabgedrückt werden können, wie hoch werden sie dann sein? Die Produktionsleiter können, wie wir festgestellt haben, die Kapitalgewinne auf zweierlei Weise erzwingen und erhöhen. In beiden Fällen handelt es sich um eine Verknappung des volkswirtschaftlichen Kapitalgütervorrats. Diese wird das eine Mal dadurch erreicht, daß immer mehr Produktionsleiter von der Produktionsmittelproduktion zur Genußgüterproduktion übergehen, im anderen Fall dadurch, daß die Produktionsleiter die im Produktionsprozeß verbrauchten Kapitalgüter immer weniger erneuern, daß sie immer mehr die Genußgüter, welche für den Erwerb neuer Stücke dienen sollten, selbst verbrauchen. Je mehr nun der Kapitalgüterbesitz auf solche Weise verknappt wird, um so mehr steigt die Gewinnrate und um so mehr müssen Arbeitslohn und Grundrente sinken. Um so größer wird aber auch der Anreiz, Kapitalgüter zu besitzen. Aber auch die Produktionsleiter selbst werden diese Verknappung nicht beliebig lange fortsetzen, denn dem Steigen der Gewinnrate wird nur anfangs auch ein Steigen der Gewinnmasse parallel gehen. Da aber das Sozialprodukt unter dem Einfluß des Kapitalgüterentzuges dauernd sinken muß, wird zwar der relative Mehrertrag des einzelnen produzierten Produktionsmittels weiter steigen, aber der Gesamtanteil der Kapitalgutbesitzer am Sozialprodukt wird von einem bestimmten Punkte an, bis zu dem er steigt, absolut zu sinken beginnen. Weiter als bis dahin wird also die Steigerung der Gewinnrate rationellerweise nicht erzwungen werden. Wohl aber kann sie unter dieser Höhe bleiben. Die Arbeiter und Grundbesitzer haben in ihrer Eigenschaft als die Anbieter von Arbeitsleistungen und Bodennutzungen keinen Einfluß auf die Höhe dieser Gewinnrate, aber sie können sogleich dann einen solchen Einfluß ausüben, wenn es ihnen möglich ist, selbst Kapitalgutbesizter zu werden. Das heißt aber, sie müssen als zusätzliche Nachfrager auf dem Markte für produzierte Produktionsmittel auftreten und müssen dann die so erworbenen Güter der Produktion zur Verfügung stellen. Zu diesem Zwecke müssen sie aber selbst irgendwelche Güter als kaufkräftigen Gegenwert hingeben. Wir sehen leicht ein, daß ein Fall für uns sofort als vollkommen gleichgültig ausscheidet, wenn nämlich ein Bodenbesitzer seinen Boden hingibt, um dafür Kapitalgüter zu erwerben. Beide Güterarten sind Rentenquellen und werden lediglich im Verhältnis ihrer spezifischen Erträge vertauscht werden. Ein Grundbesitzer würde zum Kapitalgutbesitzer, dafür aber ein Kapitalgutbesitzer zum Grundbesitzer werden. Es würde um keine Einheit an produzierten Produktionsmitteln mehr produziert, an dem Mengenverhältnis und an der Grenzproduktivitätsrelation würde sich nichts ändern. So müssen schon die Arbeiter und Grundbesitzer die Genußgüter hingeben, welche ihnen als Arbeitslohn und Grundrente zufließen, d. h. sie müssen auf eine gegenwärtige Bedürfnisbefriedigung verzichten, sie müssen sparen.

Wir nehmen auch hier wieder einmal eine Vereinfachung gegenüber der Wirklichkeit vor. Der Sparvorgang der Wirklichkeit ist folgender: Irgendwelche Konsumenten sparen Geld, mit dem sie sonst Genußgüter kaufen würden, und übertragen dasselbe mit oder ohne Vermittlung einer Bank an irgendwelche Produktionsleiter. Diese erwerben mit dem Gelde produzierte Produktionsmittel, die sie dann in ihrer Unternehmung produktiv verwerten, und aus deren Erträgen sie später das Darlehen zurückerstatten. Diejenigen Leute, welche die Produktion der zusätzlich nachgefragten Kapitalgüter übernehmen, erhalten dafür als vermehrte Löhne, Renten und Gewinne eine Anweisung auf eben jene Genußgüter, welche die Konsumenten nicht verzehrt haben. Immerhin muß sich infolge des Sparvorganges die Preisrelation zwischen Genußgütern und produzierten Produktionsmitteln verschieben. Wir vereinfachen an diesem Vorgang lediglich das Folgende: unsere Arbeiter und Grundbesitzer treten mit den Genußgütern, welche sie als Lohn oder Rente beziehen, unmittelbar selbst am Kapitalgütermarkte

als Nachfrager auf. Die dort erworbenen Kapitalgüter bieten sie dann zu einem bestimmten Nutzungspreise den Unternehmern an. Der Sparvorgang der Wirklichkeit mindert vor allem das Risiko des Sparers und überträgt dasselbe mehr an den Unternehmer, der als Organisator der Produktion auch die berufene Persönlichkeit ist, zur Nachfrage auf dem mannigfach differenzierten Kapitalgütermarkte. Der von uns gekennzeichnete vereinfachte Vorgang ändert aber am Wesen der Sache nichts.

Wenn nun unsere Arbeiter und Bodenbesitzer als zusätzliche Nachfrager auf dem Kapitalgütermarkte auftreten, so muß dies eine Steigerung der Preise dieser Güter zur Folge haben. Diese Steigerung der Kapitalgüterpreise ist jetzt — im Gegensatz zu früher — eine durchaus notwendige, vom Rationalprinzip geforderte Maßnahme. Mit den Preisen müssen aber auch die Gewinne der Produktionsmittelproduzenten steigen, und nun ist neuerdings der Anreiz für die Genußgüterproduzenten gegeben, zur Produktiosmittelproduktion überzugehen. Damit ist die Mehrproduktion an Kapitalgütern unvermeidlich. Die Arbeiter und Bodenbesitzer werden nun die gegen Hingabe ihrer Genußgüter erworbenen zusätzlichen Kapitalgüter den Produktionsleitern zur Nutzung anbieten, und die Produktionsleiter werden so lange bereit sein, diese zusätzlichen Stücke in ihren Unternehmungen zu verwerten, als deren dort erzielte spezifische Erträge um ein Minimales höher im Werte sind wie das, was sie für die Nutzung bezahlen müssen. Würden aber auch die Produktionsleiter im Interesse ihrer Kapitalgewinne die Aufnahme dieser zusätzlichen Kapitalgüter in den Produktionsprozeß um jeden Preis verweigern, so würde dies nur zur Folge haben, daß einige befähigte Arbeiter oder Bodenbesitzer dazu übergingen, selbst Unternehmungen zu organisieren. Sie würden selbst Produktionsleiter werden und die zusätzlichen Kapitalgüter jederzeit gerne dazu verwenden, die Wirksamkeit ihrer Arbeit und Bodenleistungen zu steigern. Also nicht nur eine Mehrproduktion, sondern auch eine Mehrverwendung der produzierten Produktionsmittel wird mit dem Sparen unvermeidlich. Je mehr Kapitalgüter im Produktionsprozeß verwendet werden, um so mehr sinken wertmäßig unter dem Gesetz des abnehmenden Nutzertrages deren spezifische Erträge, um so näher kommt wieder ihr Ertragswert ihrem Kostenwert. Es sinkt die Grenzproduktivität der produzierten Produktionsmittel und damit der an ihnen hängende Kapitalgewinn. Dazu kommt, daß nicht nur die spezifischen Erträge der Kapitalgüter sinken, sondern daß auch ihre Kosten infolge der Mehrproduktin steigen müssen. Bei alledem handelt es sich — im Gegensatz zu füher — um eine durchaus vom Rationalprinzip gebotene Konkurrenz. Und diese Konkurrenz bewirkt, daß nicht nur die Ertragsgewinne der Produktionsmittelproduzenten,

welche diese der gesteigerten Nachfrage zu verdanken hatten, durch Mehrproduktion hinweggeschwemmt, sondern, daß auch die Gewinne aller Kapitalgutsbesitzer durch die Mehrverwendung von Kapitalgütern gedrückt werden.

Würde das Sparen der Arbeiter und Grundbesitzer beliebig lange fortgesetzt werden können, so würde die Grenzproduktivität der Kapitalgüter so lange sinken, bis wieder die Gleichheit zwischen Ertragswert und Kostenwert erreicht wäre. Damit müßten auch die Kapitalgewinne wieder ganz verschwinden. Die gewinn- und zinslose statische Wirtschaft wäre wiederum erreicht. Wenn aber das Sparen nicht beliebig lange fortgesetzt werden kann, wenn es ein Opfer involiert, wenn es von Anfang an oder doch von einem bestimmten Punkte ab nur zu einem bestimmten Preise erfolgt, so kann der Kapitalgewinn nicht unter die Höhe dieses Preises sinken. Wenn ein jedes weitere Sparen nur zu einem höheren Preise möglich ist, so wird so lange gespart werden, so wird die Kapitalgüterproduktion und Kapitalgüterverwendung so lange ausgedehnt werden, bis der sinkende Kapitalgewinn und der steigende Preis des Sparens sich ausgeglichen haben. Nur wenn das Sparen so lange ohne einen Preis stattfindet, bis der Kapitalgewinn bereits auf Null gesunken ist, gibt es in der statischen Wirtschaft keinen Zins. Wird aber ein solcher Preis gefordert, so muß auch das Sparen so lange „aus dem regelmäßigen Produktionsertrage bezahlt werden", als seine Wirkung anhält. Das heißt so lange, als darauf verzichtet wird, die hingegebenen Genußgüter für den Zweck des Konsums zurückzufordern. Ist aber dies der Fall, findet also ein Kapitalverzehr statt, so hat dies eine neuerliche Tendenz zur Steigerung der Kapitalgewinnrate zur Folge. Daraus ersehen wir aber auch ein Zweites. Wenn das Sparen nur zu einem Preise erfolgt, so ist das, was wir bis jetzt immer Kapitalgewinn genannt haben, überhaupt nicht ein Gewinn im üblichen Wortsinn, d. h. ein Ueberschuß des Erlöses über die Kosten, sondern ist selbst ein Kostenelement. Da aber der Kapitalgewinn nur dann eine bleibende Erscheinung ist, wenn das Sparen einen Preis erfordert, so kann von einer Aufhebung der Gleichung Grenzerlös = Grenzkosten und von einer Störung der Wertgleichheit zwischen Produktivgütern und Konsumgütern keine Rede sein. Die statische Wirtschaft verläuft dann zwar gewinnlos, sofern man „Gewinn" in jenem engen Sinne auffaßt, aber nicht zinslos. Wenn auch unsere Produktionsleiter voraussetzungsgemäß immer schon im Besitze der Kapitalgüter sind, so gilt doch auch für sie, daß ihr Kapitalgewinn ein Kostenelement im eigentlichen Sinne ist. Auch ihr Produktionsmittelbesitz ist ein ständiges Sparen, da sie ihn jederzeit in Genußgüter verwandeln könnten, wenn sie nämlich die verbrauchten Stücke nicht mehr erneuern würden. So sehen

wir hier noch einmal, daß es sehr wohl einen rationellen Kapitalverzehr geben kann, dann nämlich, wenn der Kapitalgewinn die evtl. subjektiven Kosten des Sparens nicht mehr deckt.

Wenn wir nunmehr das Bisherige zu einem Ergebnis zusammenfassen wollen, so kann dies in folgenden Sätzen geschehen: Wenn in der statischen Wirtschaft Kapitalgewinne bereits vorkommen oder wenn in der als völlig zinslos angenommenen statischen Wirtschaft solche Veränderungen im Mengenverhältnis der Produktionsfaktoren vorkommen oder mit Bewußtsein vorgenommen werden, daß ein Kapitalgewinn auftreten muß, so braucht derselbe keineswegs ein bloß vorübergehender Zufallsgewinn zu sein. Er wird vielmehr so lange bestehen bleiben, als das Mengenverhältnis der Produktionsfaktoren, auf Grund dessen er möglich gemacht wird, ein unverändertes bleibt. Es ist keineswegs so, wie Schumpeter glaubt, daß jeder Kapitalgewinn durch bloße Zurechnung, durch seine Weiterübertragung der Werterhöhung auf Arbeits- und Bodenleistungen verschwindet. Das einzige Mittel, den Kapitalgewinn zu senken, ist die Mehrproduktion und Mehrverwendung von produzierten Produktionsmitteln. Die Anregung hierzu geht aber nicht primär von den Produktionsmittelproduzenten und in der Regel auch nicht von denjenigen aus, welche schon genügend produzierte Produktionsmittel besitzen, sondern von denjenigen, welche, angeregt durch den Gewinn, erst solche erwerben wollen. Diese Leute können aber — unmittelbar selbst oder mittelbar durch irgendwelche Unternehmer — eine entsprechende Nachfrage nur ausüben, wenn sie sparen. Nur wenn genügend Sparmittel ohne jeden Preis angeboten werden, kann der Kapitalgewinn wieder auf Null herabgerückt werden. Ist dies nicht der Fall, so kann der Kapitalgewinn nicht unter die Höhe des Preises dieser Sparmittel sinken. Damit ist aber dann auch die Annahme, daß es in der statischen Wirtschaft keinen Zins gäbe, unmöglich. Es würde niemals zur Einführung eines solchen Zustandes kommen, da er sofort wieder durch eine Verknappung des Kapitalgütervorrates abgeändert würde. Es hängt also jetzt alles davon ab, ob das Sparen nur zu einem gewissen Preise erfolgt oder nicht. Dieser Frage wird das ganze dritte Kapitel gewidmet sein.

Unsere bis jetzt vorgetragene Auffassung ist auf keinen Fall als Produktivitätstheorie zu kennzeichnen. Es ist wohl, wie wir gezeigt haben, eine Ueberproduktivität der Kapitalgüter über ihren Kostenwert möglich. Aber dieselbe ist keineswegs selbstverständlich und kann jederzeit dadurch beseitigt werden, daß eine entsprechend große Anzahl von Kapitalgütern mehr produziert und verwendet wird. Ob und inwieweit dies der Fall ist, das hängt aber ausschließlich vom Grade

des Sparens, also von einem wesentlich anderen Bestimmungsgrunde ab. Unsere Auffassung hat aber auch nichts zu tun mit der Nutzungstheorie. Unser Kapitalgewinn hängt, sofern er überhaupt auftritt, nicht nur an der Nutzung produzierter Produktionsmittel, sondern an jeder höher produktiven Umwegsproduktion. Wir hätten dasselbe, was wir durch eine Verschiebung im Mengenverhältnis von Arbeit, Boden und produzierten Produktionsmitteln gezeigt haben, auch zeigen können durch eine Verschiebung im Mengenverhältnis der unqualifizierten Arbeit und jener qualifizierten Arbeit, welche eine langwierige Ausbildung und somit den Aufwand eines größeren Erziehungskapitals notwendig macht. Damit haben wir schon angedeutet, daß wir jener Auffassung sehr nahestehen, welche im dritten Grunde Böhm-Bawerks ihre Formulierung gefunden hat. Aber auch der Satz von der größeren Produktivität zeitraubender Produktionsumwege besagt noch nicht alles. Die Zusammenstellung der beiden Begriffe, einerseits der größeren Produktivität und anderseits der längeren Zeitdauer, ist keineswegs eine ohne weiteres notwendige. Es gibt natürlich auch Produktionsmethoden, welche zwar lange Zeit erfordern, deren Produktivität deswegen aber keine wesentlich höhere ist als diejenige anderer, kürzer dauernder Methoden. Diese langdauernden Produktionswege werden natürlich ebenso selbstverständlich nicht eingeschlagen, wie unter jenen Methoden, welche keine lange Zeit zur Durchführung erfordern, diejenigen eingeschlagen werden, welche die größte Produktivität verbürgen. Nicht jeder produktivere Produktionsweg ist also zeitraubender und nicht jeder zeitraubendere produktiver, wie andere mögliche Produktionswege. Genau so wenig jedoch wie das Einschlagen einer nicht zeitraubenden, aber in hohem Maße produktiven Produktionsmethode einen spezifischen Mehrertrag abwirft, genau so wenig muß dies an und für sich auch der Fall sein, wenn die unter vielen produktivste Produktionsmethode eine längere Zeit zur Durchführung erfordert. Ob dabei ein Mehrwert entsteht, das hängt wieder davon ab, ob die dazu nötigen Sparmittel unentgeltlich oder nur gegen einen Preis zur Verfügung gestellt werden. Können die Sparmittel unentgeltlich geliefert werden, so wird dadurch zwar die größere technische Produktivität jener Produktionsmethode nicht berührt, aber der Tauschwert ihrer Produkte wird durch die gegenseitige Konkurrenz herabgedrückt, so daß wertmäßig kein spezifischer Mehrertrag auftritt. Böhm-Bawerks dritter Grund allein ist also nicht ausreichend zur Erklärung des Zinsphänomens.

Die Komplementarität der Produktionselemente im Zusammenhang mit der meist sehr großen Unbestimmtheit ihrer Mengen erschwert die praktische Zurechnung der Unternehmer. Sind aber die Mengen aller Produktionselemente mit Aus-

nahme eines einzigen gegeben, so hat der Unternehmer für jenes eine Element eine eindeutige Wertskala, welche sich zusammensetzt aus den abnehmenden Zuwachswerten immer weiterer Einheiten jenes einen Elementes. Er weiß dann, daß er jede beliebige Menge eines Elementes nur in Höhe des Zuwachswertes der jeweils letzten Einheit, multipliziert mit der jeweiligen Menge, bezahlen darf. Sind Arbeit und Boden mengenmäßig annähernd gegeben, so kann der Unternehmer, wenn er die Nachfragekurven seiner Produkte genügend durchschaut, daraus die Kurven der möglichen Ertragswerte der Kapitalgüter ableiten. Das, was durch ein Kapitalgut am Erlöse zuwächst, darf er für dasselbe insgesamt auch ausgeben. Aber nur dann wird der ganze auszugebende Betrag ausschließlich zur Anschaffung des Kapitalgutes selbst verwendet werden, wird also dieser Betrag dem Preise dieses Kapitalgutes vollkommen gleich sein, wenn die Sparmittel, d. h. die beim Erwerbe hinzugebenden Genußgüter agiofrei zu haben sind, oder, wenn der Unternehmer, sofern er diese Genußgüter selbst besitzt, sich dafür rationellerweise keinen Aufwert zu berechnen braucht. Kosten aber die Sparmittel etwas über ihren gegenwärtigen Tauschwert hinaus, so verteilt sich jene erlaubte Ausgabe der Unternehmer auf zwei Preise. Das bedeutet aber, daß die erwähnte Kurve der Kapitalgüterertragswerte, welche die Unternehmer vor Augen haben, sich in zwei Komponenten zerlegen läßt, von denen die eine die Nachfragekurve nach Kapitalgütern, also die Kurve der möglichen Kapitalgüterpreise, und die andere die Nachfragekurve nach Sparmitteln, also die Kurve der Zinslimite darstellt. Jede dieser beiden Kurven muß also weniger steil verlaufen wie die Kurve der sinkenden Ertragswerte der Kapitalgüter, welche aus den beiden ersteren zusammengesetzt ist. Jedoch wird auch jede der beiden ersteren Kurven die typische Neigung der Nachfragekurven aufweisen. Ist der Zinssatz annähernd bekannt, so kann der Unternehmer durch Subtraktion von den jeweils zu erwartenden Ertragswerten der Kapitalgüter die Preishöchstgebote feststellen, welche er für dieselben machen darf. Sind umgekehrt die tatsächlichen oder bei Ausdehnung der Nachfrage möglichen Kapitalgüterpreise annähernd bekannt, so findet man durch eine entsprechende Subtraktion, in analoger Weise, was der Unternehmer bei jeder möglichen Ausdehnung der Kapitalgüterverwendung als Preis für die Sparmittel bezahlen darf. Diese möglichen Agiowerte ergeben, wenn man sie ordnet, die Kapitalnachfragefunktion. Läßt sich aus den Wertschätzungen der Sparer eine entsprechende Angebotsfunktion ableiten und liegt der Schnittpunkt beider Kurven über der Abszisse, so ist die Tatsache des Kapitalzinses in der Statik genügend erklärt und bewiesen.

III. Kapitel

Das Angebot an Sparmitteln

Der Kapitalzins ist ein Preis und als solcher eine Funktion des Angebotes und der Nachfrage. Mit dieser Feststellung ist die Erklärung gegeben, warum keine von den Theorien, welche das Zinsphänomen ausschließlich von der Nachfrageseite her zu erfassen versuchten, zu einer Lösung des Problems gekommen ist. Wenn z. B. die Produktivitätstheorie den Kapitalzins zu kennzeichnen versucht als einen Ueberschuß des Ertragswertes der Kapitalgüter über ihren Kostenwert, so ist diese Feststellung entweder falsch oder unvollständig. Falsch ist es, wenn der Ueberschuß als eine allgemeine, immer zutreffende Tatsache behauptet wird. Dieser evtl. Mehrwert wird vielmehr, wie wir festgestellt haben, einerseits bestimmt durch die Skala der wertmäßig abnehmenden spezifischen Erträge der einzelnen Einheiten der einzelnen Kapitalgüterarten, so daß der Mehrwert sehr wohl bis auf Null sinken kann, und andererseits durch die vorhandenen Mengen dieser verschiedenen Kapitalgüter. Je relativ größer diese Mengen sind, im Verhältnis zu jener Skala, um so kleiner ist der Ueberschuß des Ertragswertes der Kapitalgüter über ihren Kostenwert, um so mehr verschwindet derselbe. Wie groß diese Mengen sind, welcher Bruchteil des Sozialproduktes jeweils in Kapitalgütern besteht, das aber hängt davon ab, in welchem Umfang auf eine gegenwärtige Bedürfnisbefriedigung verzichtet wird zugunsten einer künftigen. Der Genußaufschub oder das Sparen und die andere Seite dieser Erscheinung, der Kapitalverzehr, müssen notwendig zur Erklärung herangezogen werden. Es muß also nicht nur gezeigt werden, warum diejenigen, welche Produktionsumwege einschlagen wollen, bereit sind, unter gewissen Umständen einen Preis zu bezahlen für die Sparmittel, welche sie zu diesem Zwecke notwendigerweise nachfragen müssen. Es muß vielmehr auch gezeigt werden, warum diejenigen, welche diese Sparmittel anzubieten haben, welche auf den Verbrauch von Genußgütern zeitweise zu verzichten bereit sind, für diese Bereitwilligkeit unter Umständen einen Preis fordern. Erst wenn die beiden Funktionen, die des Angebotes und die der Nachfrage, erklärt sind und wenn die Gleichgewichtsordinate als positive Größe festgestellt ist, erst dann ist auch das Zinsphänomen genügend gekennzeichnet. Wir haben am Ende des vorhergehenden Kapitels die Kurve der Nachfrage nach Sparmitteln darzustellen versucht. Es verbleibt uns nunmehr

noch die Aufgabe, das Angebot an Sparmitteln einer Analyse zu unterziehen.

Auch dabei werden wir aus heuristischen Gründen einen dogmenkritischen Ausgangspunkt wählen. Es sind fast ausschließlich zwei Theorien, welche die Frage, warum die Sparer für ihre Tätigkeit einen Preis fordern, zu beantworten versucht haben, die Abstinenztheorie und die Agiotheorie Böhm-Bawerks. Beide entspringen zwei ganz verschiedenen Richtungen der sozialökonomischen Anschauungswelt, die eine der objektivistischen, die andere der subjektivistischen Richtung. Beide führen ganz verschiedene Gründe für die Zinsforderung der Sparer an, und so stehen sie auch beide noch unausgeglichen nebeneinander. Der Versuch einer Synthese der beiden Anschauungen ist bis jetzt mehr von seiten der älteren und wohl auch schwächeren Abstinenztheorie, wie von Seiten der Agiotheorie versucht worden, so z. B. von Carver.[1]) Daß jedoch die Synthese noch nicht restlos geglückt ist, das kann man aus dem Fehlen einer communis opinio in dieser Frage schließen. So werden wir einen neuerlichen Versuch machen, diese beiden Anschauungen zu verbinden. Dies soll aber erst geschehen, nachdem wir sie beide — nicht nur die Abstinenztheorie, sondern ganz ebenso auch die Agiotheorie — einer eingehenden Kritik unterzogen haben.

Nach der Abstinenztheorie ist der Kapitalzins eine Entlohnung des Kapitalisten für die Enthaltung vom Augenblicksgenuß. Es soll neben dem Aufwand an Arbeit und an Sachgütern noch ein drittes Kostenelement geben, das Warten, das zusammen mit den beiden anderen Aufwendungen im Produkte seine Entschädigung finden muß. Dieses Warten oder die Enthaltung soll also ein selbständiges Opfer neben den Sachgüterwerten sein, die Wertdifferenz zwischen gegenwärtigem Aufwand und zukünftigem Produkt ist also keine Differenz von Sachgüterwerten, sondern sie wird begründet durch das Auftreten eines eigenartigen Kostenelementes. Dem Einwand Lassalles, daß die Höhe des Zinseinkommens erfahrungsgemäß nicht im Verhältnis stehe zu der Enthaltsamkeit, welche von den Kapitalisten tatsächlich geübt würde, sucht die Abstinenztheorie zu begegnen durch die Behauptung, daß, wie überall, so auch beim Zins, nur die höchsten zur Versorgung des Marktes notwendigen Kosten für die Preishöhe entscheidend seien. Nur das zur Ersparung des letzten Kapitalteilchens erforderliche Abstinenzopfer bestimme die Zinsrate, während das übrige Kapital unter weit geringerer Abstinenz, zum Teil sogar ohne jedes Enthaltungsopfer, gebildet würde. Es entstehe also beim Sparen so etwas, wie ein intramarginaler Wertgewinn, der bei

[1]) Siehe insbesondere den deutschgeschriebenen Aufsatz Thomas Carvers, „Die Theorie des Zinses" in „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart", III. Band, Wien 1928.

den reichen Leuten, welche am meisten zur volkswirtschaftlichen Kapitalbildung beizutragen hätten, am größten sei.

Böhm-Bawerk hat zuerst den entscheidenden Einwand gegen die Abstinenztheorie erhoben, wenn er betonte, daß es nicht neben den Güterwerten noch ein selbständiges Kostenelement geben könne. Und auch Schumpeter meint, es „läge in der selbständigen Veranschlagung eines Abstinenzelementes, wie von Böhm-Bawerk gezeigt hat, in diesem Fall eine Doppelrechnung eines und desselben Postens."[1]) Dieser von den beiden Autoren erhobene Einwand ist auch durchaus berechtigt. Den von der klassischen Schule herkommenden Disutility-Theoretikern fehlte das einheitliche Wertprinzip. Die alte Riccardianische Wertlehre, d. h. die einseitige Basierung des Wertes auf die Kosten und das Zurückführen der verschiedenen Kostenelemente auf das eine Element Arbeit, war nicht mehr zu halten, und so glaubte man auf eine monistische Erklärung der sozialökonomischen Erscheinungen, glaubte man auf die Erklärung dieser Dinge aus einem einheitlichen Prinzip überhaupt verzichten zu müssen. So kamen schließlich die jüngsten Disutility-Theoretiker, indem sie Schritt für Schritt der subjektivistischen Richtung entgegenkamen, dazu, im ganzen drei konstituierende Prinzipien anzunehmen, das Arbeitsleid, die Abstinenz und den Güterwert, der sich aus den Bedürfnissen ableiten läßt. Also der Versuch einer dualistischen Erklärung, wobei jedoch die eine Seite, nämlich die Seite der Kosten, selbst wieder gespalten ist, sich selbst wieder aus zwei Erklärungsgründen zusammensetzt. Ein typischer Vertreter dieser Richtung ist Marshall. Demgegenüber war die subjektivistische Richtung der Sozialökonomik, wenn sie vom Gebrauchswert der Güter ausging, von Anfang an bestrebt, das einheitliche Erklärungsprinzip beizubehalten. Auch die Arbeitsmühe ist für sie nur ein negatives Bedürfnis, eine umgekehrte Güterwertfunktion. Die Kosten, seien sie Aufwand an Sachgütern, seien sie Aufwand an Arbeit, sind immer nur, wie wir schon einmal im Anschluß an Schumpeter festgestellt haben, ein Entgang an Nutzen, ein Ausfall an Bedürfnisbefriedigung. Wer arbeitet, der verzichtet auf die Befriedigung des Bedürfnisses nach Zeit, Ruhe und Erholung, und jeder Mann wird nach Möglichkeit nur so lange arbeiten, als der Ertrag der Arbeit ihm erlaubt, dringlichere Bedürfnisse zu befriedigen, als jene anderen sind, auf deren Befriedigung er mit dem Entschluß zu arbeiten, verzichten muß. Wer Sachgüter hingibt, der verzichtet auf die mit denselben erreichbare Bedürfnisbefriedigung, und jedermann wird sie so lange hingeben, als diejenigen Dinge, welche er dafür eintauscht, ihm eine bessere und weitergehende Bedürfnisbefriedigung gewähren. Werden gegenwärtige gegen künftige

[1]) „Theorie", Seite 48.

Güter hingegeben, so sind die Erwägungen dabei nicht wesentlich andere. Das zeitliche Auseinanderfallen der beiden Handlungen des Tauschvorganges kann wohl das Risiko dessen, der die künftigen Güter zu bekommen hat, vergrößern, oder es läßt vielleicht die in Zukunft zu realisierenden Werte in der Gegenwart in einer perspektivischen Verkürzung erscheinen, aber alle diese Dinge betreffen doch nur das Ausmaß der künftigen Güterwerte, und die Wertdifferenz kann, sofern sie überhaupt auftritt, nichts anderes sein als eine Differenz von Güterwerten. Der Genußaufschub allein hat also keinen Anspruch, für sich gewertet zu werden. Das Sparen setzt einen Vergleich gegenwärtiger und künftiger Bedürfnisse voraus, und es begründet eine Wertdifferenz nur, soweit sie sich aus diesem Vergleiche von Güterwerten evtl. ergibt. Die Veranschlagung eines selbständigen Abstinenzopfers würde die Wertgleichheit der Güter beim Tauschvorgang und damit auch die Wertgleichheit zwischen Produktivgütern und Konsumgütern stören. Diese Schwäche der Abstinenztheorie ist von den neueren Disutility-Theoretikern mehrfach erkannt worden. So z. B. von Carver[1]), wenn er meint, daß das Opfer des Wartens einerseits und die von Böhm-Bawerk behauptete allgemeine und systematische Unterschätzung künftiger Bedürfnisse anderseits nur zwei verschiedene Erscheinungsformen ein und desselben Tatbestandes seien. Also ein unvermerktes Uebergehen von der Abstinenztheorie zur Agiotheorie. Inwieweit diese Behauptung Carvers richtig ist, das wird sich zeigen bei der Besprechung des zweiten Grundes der Böhm-Bawerkschen Zinserklärung. Noch eine andere Ueberlegung muß uns die Unhaltbarkeit der ursprünglichen älteren Abstinenztheorie zeigen. Wenn die Kosten des Sparens nicht in einer Wertdifferenz gegenwärtiger und künftiger Güter, sondern im Genußaufschub schlechthin bestehen, wie kann es dann ein Sparen auch ohne Zins geben? Ein solches unentgeltliches Sparen, das sich nur so erklären läßt, daß in den betreffenden Fällen eine Wertdifferenz zwischen gegenwärtigen und künftigen Gütern eben nicht auftritt, wird aber auch von Abstinenztheoretikern — wie z. B. von Cassel — als Tatsache anerkannt. Besteht das Opfer, das mit dem Sparen verbunden ist, einfach nur im Genußaufschub, so könnte höchstens jenes Sparen, das auf ganz kurze Zeit erfolgt, ohne Preis geleistet werden. Dies ist aber keineswegs der Fall.

Die Folgerung, welche wir aus unserer Kritik der Abstinenztheorie ziehen, ist also, daß die Wertdifferenz, sofern eine solche durch das Sparen überhaupt begründet wird, sich allein aus dem Vergleich der gegenwärtig hinzugebenden und der künftig wieder zu erwartenden Güter ergeben kann. Damit

[1]) Thomas Carver „Die Theorie des Zinses" in „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart", III. Band, Wien 1928.

sind wir bei der Agiotheorie Böhm-Bawerks. Drei Gründe führt Böhm-Bawerk an, um seine Behauptung zu stützen, daß gegenwärtige Güter allgemein wertvoller seien wie künftige. Den dritten Grund, wonach sich diese Wertdifferenz durch die größere Produktivität zeitraubender Produktionsumwege erklären lasse, haben wir bereits gewürdigt. Er ist geeignet, darzutun, warum die Unternehmer unter Umständen für die Sparmittel, welche sie zur Einschlagung neuer Produktionsumwege notwendig brauchen, einen Preis bezahlen, über den gegenwärtigen Tauschwert der gesparten Genußgüter hinaus. Aber wir haben auch gesehen, daß dieser Grund allein niemals geeignet ist, den Kapitalzins aufzuzeigen. Er trägt bei zur Erklärung der Kapitalnachfrage, aber das, was wir hier wissen wollen und was uns zur völligen Erklärung des Zinsphänomens noch fehlt, ist, warum die Anbieter von Sparmitteln diesen Preis, dieses Agio über den Wert ihrer gesparten Genußgüter fordern.

Zur Beantwortung dieser Frage scheint zunächst der zweite Grund Böhm-Bawerks, den wir bereits mehrfach erwähnt haben, geeignet zu sein. Es würden allgemein und systematisch, meint Böhm-Bawerk[1]), die künftigen Bedürfnisse in einer perspektivischen Verkürzung gesehen. Diese Behauptung hat aber mehrfachen Widerspruch und eine eingehende Kritik ausgelöst. So schreibt Friedrich von Wieser: „Eine Reihe von Psychologen und Oekonomen, darunter solche ersten Ranges, behaupten, daß es in der menschlichen Natur liege, künftige Bedürfnisse niedriger einzuschätzen als gegenwärtige; . . . . es sei eben doch nie ganz sicher, daß ein erwartetes Bedürfnis in der Tat aktuell werde, zumal die Dauer des menschlichen Lebens immer unsicher sei, vor allem aber sei die menschliche Natur so angelegt, daß das lebendige Begehren der Gegenwart mehr Gewalt über uns habe als die bloße Phantasievorstellung von einem Begehren, von dem man annimmt, daß es künftig einmal hervorkommen werde."[2]) Wieser bemerkt dazu: „Die Kulturvölker könnten zu ihrer Kultur nicht gelangt sein, wenn sie nicht den Trieb und die Kraft in sich hätten, den Stand der Bedürfnisbefriedigung, den sie sich einmal erobert haben, auch für alle Zukunft festzuhalten. Es ist eine Forderung guter Wirtschaft, daß die künftige Befriedigung, das künftige Bedürfnis nicht als unwichtiger gilt als das lebendig gefühlte Begehren des Tages."[3]) Die Regel, Gegenwart und Zukunft gleichzuhalten, werden, stellt Wieser fest, bei allen gesunden Völkern von der Masse der Menschen erfüllt. Neben leichtsinnigen Wirtschaftern und Verschwendern gäbe es überall Ueberschreitun-

[1]) Eugen von Böhm-Bawerk, „Kapital und Kapitalzins, II. positive Theorie des Kapitals", Jena 1921.
[2]) Friedrich von Wieser, „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft" im Grundriß der Sozialökonomik, I. Band, Tübingen 1914.
[3]) Friedrich von Wieser, „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft" im Grundriß der Sozialökonomik, I. Band, Tübingen 1914.

gen der Vorsorge und Ausschreitungen des Geizes, die Masse der Menschen halte aber an einem Mittelweg fest. Wenn die Wirtschaftstheorie die Regel festhalte, daß Gegenwart und Zukunft gleich zu bedenken seien, so gebe sie den regelmäßigen Typus der gesunden Wirtschaft wieder.

In ähnlicher Weise nimmt auch Schumpeter Stellung gegenüber der Behauptung Böhm-Bawerks, daß die künftigen Bedürfnisse allgemein und systematisch unterschätzt würden. Auch Schumpeter leugnet nicht, daß solche Fälle einer Unterschätzung der künftigen Bedürfnisse empirisch festzustellen sind. „Ein solches Verfahren kann trotzdem vorkommen, ebenso wie auch sonst Verstöße — auch bewußte — gegen die Regeln der Zweckmäßigkeit vorkommen können. Aber es ist kein Element dieser Regeln der Zweckmäßigkeit selbst, die wir hier untersuchen.“[1]) Eine verschiedene Wertung von Gegenwarts- und Zukunftsbedürfnissen kann sich sehr wohl aus der Tatsache ergeben, daß der Güterstrom nicht immer gleichmäßig fließt. „Wo wir aber ganz triebhafte Ueberschätzungen gegenwärtigen Genusses vorfinden, wie besonders beim Kind und beim Wilden, da dürfte meist eine Diskrepanz zwischen der zu lösenden wirtschaftlichen Aufgabe und dem wirtschaftlichen Gesichtskreise des Subjektes vorliegen: Kind und Naturmensch kennen z. B. nur Augenblicksproduktion und in ihr zum Ausdruck kommende und an ihr entwickelte Fürsorge für die Gegenwart. Zukünftige Bedürfnisse erscheinen ihnen nicht geringer, sondern sie sehen sie überhaupt nicht.“[2]) So kommt auch Schumpeter zu dem Schlusse: „Ein psychisches Geringersehen künftiger Bedürfnisse müßte sich für jedes Wirtschaftssubjekt rächen.“[3])

Wir können dieser Kritik Schumpeters wie derjenigen Wiesers vollkommen beitreten und haben dem nur noch hinzuzufügen, daß es u. E. überhaupt unzulässig ist, ein so allgemein gehaltenes Urteil über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Bedürfnisgestaltung abzugeben, wie dies in dem Satze Böhm-Bawerks tatsächlich geschieht. Die Bedürfnisse sind subjektiver Natur. Die Wirtschaftswissenschaft hat nur das, was ihnen in formaler Hinsicht gemeinsam ist, festzustellen, ein Urteil über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit ihrer Gestaltung kommt ihr im allgemeinen nicht zu. Die Bedürfnisse sind nicht etwas Unabänderliches. Sofern tatsächlich ein künftiges Bedürfnis um so mehr an Bedeutung gewinnt, je näher der Zeitpunkt seiner Befriedigung herankommt, handelt es sich um eine subjektive Veränderung in den Bedürfnisrelationen, wie sie auch innerhalb der verschiedenartigen Gegenwartsbedürfnisse häufig genug vorkommen. Eine allgemeine und systematische

[1]) „Theorie“ Seite 45.
[2]) „Theorie“ Seite 45.
[3]) „Theorie“ Seite 46.

Unterschätzung künftiger Bedürfnisse könnte man höchstens dann behaupten, wenn sich feststellen ließe, daß alle Menschen dauernd Reue darüber empfinden, wie sie in vergangenen Tagen über ihre Mittel disponiert haben. Anders ist es, wenn man bei der Beurteilung der Bedürfnisgestaltung einzelner Menschen oder einzelner Bevölkerungsschichten die Möglichkeit hat, dieselbe zu vergleichen mit der Bedürfnisgestaltung anderer Menschen und anderer Bevölkerungsschichten. Hier allein ist es möglich, ein objektives Urteil über subjektive Wertungen zu fällen. Ist es also unter Umständen möglich, die Unterschätzung der künftigen Bedürfnisse als partiellen Erklärungsgrund für die Tatsache einer verschiedenen Wertung der gegenwärtigen und künftigen Güter zu verwenden, so müssen wir doch die Verallgemeinerung dieser Erscheinung, wie sie von Böhm-Bawerk vorgenommen wurde, ablehnen. Der Zins als allgemeingültige Erscheinung läßt sich nicht aus dem perspektivischen Verkürztsehen der künftigen Bedürfnisse ableiten. Es fällt damit nicht nur der zweite Grund Böhm-Bawerks, sondern auch die Zinserklärung, wie sie Carver zu geben versucht hat. Ueberall dort, wo eine Unterschätzung künftiger Bedürfnisse tatsächlich vorkommt, wird der Spargrad ein geringerer sein, wie er bei richtiger Beurteilung der zukünftigen Lage sein müßte. Aber die Behauptung, daß das Sparen in der Regel nur entgeltlich erfolgt, muß eine anderweitige Erklärung finden, und zwar eine solche, die mit dem Rationalprinzip nicht im Widerspruch steht. Wenn auch in der Wirklichkeit häufig genug Abweichungen von unserer ideal-typischen Annahme des rationellen wirtschaftlichen Handelns vorkommen, so besteht doch bei allen Wirtschaftssubjekten eine gewisse Tendenz, der Logik des ökonomischen Rationalismus zu entsprechen, und es ist unmöglich, daß eine so allgemeine und bedeutsame Erscheinung, wie der Kapitalzins, sich aus Erwägungen ableiten läßt, welche dieser Logik des ökonomischen Rationalismus schroff widersprechen. Der zweite Grund Böhm-Bawerks ist also in seiner Allgemeinheit systemwidrig. Ob er als Teilerklärungsgrund dienen kann und inwieweit er als solcher geeignet ist, die unter idealtypischen Annahmen gewonnenen Erkenntnisse zu modifizieren, das wird sich weiter unten zeigen.

Unsere dogmenkritische Untersuchung läßt also allein den ersten Grund Böhm-Bawerks übrig für die evtl. Beantwortung der Frage, welche uns in diesem Kapitel gestellt ist. Nach dem ersten Grunde Böhm-Bawerks soll eine Ursache des Zinses die Verschiedenheit der Bedarfsdeckung zu verschiedenen Zeiten sein. Obwohl Böhm-Bawerk dabei wohl hauptsächlich an eine Erscheinung gedacht hat, welche auf der Seite der Kapitalnachfrage gelegen ist, nämlich an den Konsumtivkredit, werden wir hier wirklich den Ansatzpunkt finden für die analytische Er-

klärung auch des Kapitalangebotes. Freilich ist dazu die Problemstellung Böhm-Bawerks, wie wir bald sehen werden, zu eng. Der Gedanke, daß eine vorhandene Verschiedenheit der Bedarfsdeckung zu verschiedenen Zeiten überwunden werden muß und daß dabei der Kapitalzins auftritt, entspringt dem grundlegenden Gesetz der Grenznutzentheorie, dem Gesetz vom Ausgleich der Grenznutzen oder vom gleichen Grenznutzenniveau.

Es sind zunächst zwei Fälle denkbar, in denen der Ausgleich der Grenznutzen im Zeitablauf nicht verwirklicht ist. In dem einen Fall übersteigt die in Zukunft erwartete Bedarfsdeckung die Bedarfsdeckung der Gegenwart, im zweiten Falle übersteigt die gegenwärtige Bedarfsdeckung die Bedarfsdeckung, welche in der Zukunft erwartet wird. Daß auch dann ein Problem vorliegen kann, wenn die Bedarfsdeckung zu verschiedenen Zeiten annähernd gleich ist, das kommt Böhm-Bawerk gar nicht zum Bewußtsein.

Wenn hier und im Folgenden von Bedarfsdeckung die Rede ist, so denken wir dabei an einen mannigfach zusammengesetzten Gütervorrat oder an die geldwerte Anweisung auf einen solchen, der geeignet ist, die verschiedenartigsten Bedürfnisse jedes einzelnen Wirtschaftssubjektes in der Reihe ihrer Dringlichkeit zu befriedigen. Das Wirtschaftssubjekt muß also, wenn es mit einer künftigen Bedarfsdeckung rechnet, schon eine ungefähre Vorstellung haben nicht nur von seinen künftigen Bedürfnissen, sondern auch von seinem künftigen Einkommen und insbesondere von den in der Zukunft zu erwartenden Güterpreisen. Dabei kommt es nicht darauf an, daß die Vorstellungen, welche man sich von der Zukunft macht und auf Grund deren man in der Gegenwart disponiert, einmal auch restlos erfüllt werden. Entscheidend ist nur das gegenwärtige Disponieren, die gegenwärtige Spartätigkeit, welche auf Grund eines gegenwärtigen Bildes von der künftigen Situation erfolgt. Wir fassen also beim Vergleich der gegenwärtigen und künftigen Bedarfsdeckung die gegenwärtigen und künftigen Bedürfnisse zu je einem Gesamtbedürfnisstand, die gegenwärtig vorhandenen und die künftig zu erwartenden Mittel zum Einkommensstand oder zum Gesamtgeldvorrat jedes einzelnen Haushaltes zusammen. Der Grenznutzen eines jeden Haushaltes bestimmt, wie Wieser sich ausdrückt[1]), den persönlichen Tauschwert der Geldeinheit. In diesem Haushaltsgrenznutzen kommt einerseits der Gesamtbedürfnisstand und anderseits der Gesamtgeldvorrat des Haushaltes zum Ausdruck. Wie der Grenznutzen eines konkreten Gütervorrates bestimmt wird an der Skala des betreffenden besonderen Bedürfnisses, so wird

[1]) Friedrich von Wieser, „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft" im Grundriß der Sozialökonomik, I. Band, Tübingen 1914.

der Grenznutzen des Geldes bestimmt am Gesamtausschlag der Summe aller in der Wirtschaft zu versorgenden Bedürfnisse. Erhöht sich der Bedürfnisstand der Wirtschaft, so nimmt nach dem Gesetze des Bedarfes der persönliche Geldwert zu, weil die Grenzzone der zulässigen Ausgaben eingeengt wird. Erhöht sich der Einkommensstand, so nimmt der Grenznutzen des Geldes ab. Mit solchen Kollektivgrößen haben wir es zu tun, wenn gegenwärtige und künftige Bedürfnisse, gegenwärtig vorhandene und künftig erwartete Mittel verglichen werden. Es ist überflüssig, festzustellen, daß der Gesamtbedürfnisstand in jedem einzelnen Zeitpunkt denselben abnehmenden Verlauf wie das typische Einzelbedürfnis, wie die individuelle Wertfunktion aufweist. Eine zweite Vorbemerkung ist nötig. Wir lösen, um zur Analyse des Kapitalangebotes zu kommen, die gesamte volkswirtschaftliche Spartätigkeit auf in Einzeltätigkeiten. Dabei kommen wir aber nicht zu den Einzelmenschen schlechthin, sondern, wie wir schon angedeutet haben, nur zu jenen Individuen, welche als Vorstände der einzelnen Haushalte über die Mittel zu disponieren haben. Damit ist aber auch schon festgestellt, daß diese Individuen nicht nur ihre eigenen Bedürfnisse zu bedenken haben. „Mit der Vorsorge für das künftige Bedürfnis ist die Fürsorge für das fremde Bedürfnis in die gleiche Reihe der psychischen Gebilde zu stellen — so sehr sie von ihr moralisch verschieden ist — indem auch sie eine gemütliche Beunruhigung und ein begleitendes Begehren ist, nur daß man hier aus dem egoistisch geschlossenen Bezirke der eigenen Ansprüche heraustritt und, von Mitgefühl bewegt, für fremdes Brauchen empfänglich wird."[1]) Wer für fremde Bedürfnisse sorgt, behandelt dieselben so, wie wenn sie seine eigenen wären. Wer im Interesse seiner Nachkommen spart, handelt so, wie wenn er ein besonders langes Leben zu erwarten und in demselben seine eigenen Zukunftsbedürfnisse zu bedenken hätte.

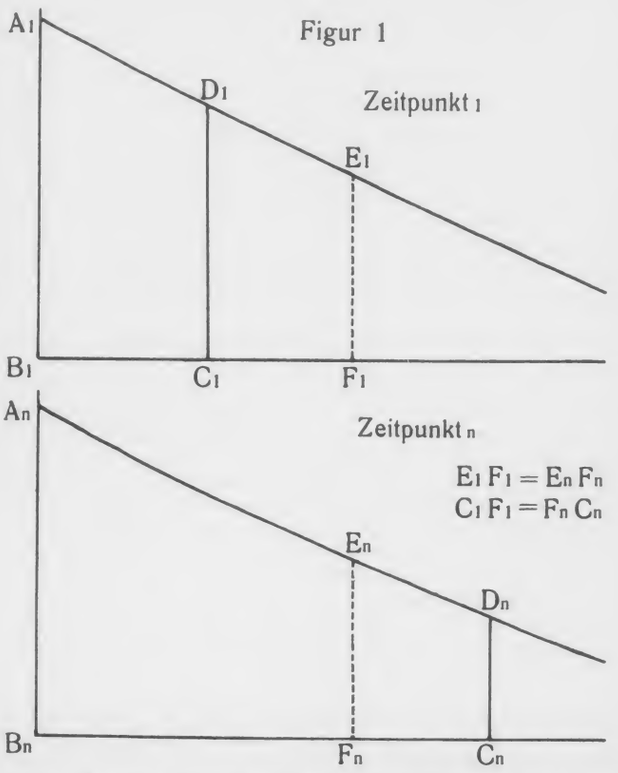
Die Bedürfnisse erneuern sich fortwährend im Zeitablauf. Steht ein bestimmter Vorrat eines bestimmten Gutes gegenwärtig zur Verfügung und soll derselbe auch gegenwärtig verbraucht werden, so entspricht jeder Einheit dieses Vorrates eine bestimmte Intensitätsstufe des betreffenden Bedürfnisses, der Wert jeder Einheit ist also eindeutig bestimmt, und es besteht keine weitere Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Verwendungen mehr. Aber der rationelle Wirtschafter disponiert nicht nur für den Augenblick, sondern er will im gesamten Zeitablauf eine bestmögliche Wertsumme realisieren. Hat er also über einen bestimmten Gütervorrat, der ihm entweder schon in der Gegenwart zur Verfügung steht oder den er ganz

[1]) Friedrich von Wieser, „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft" im Grundriß der Sozialökonomik, I. Band, Tübingen 1914.

oder teilweise erst in Zukunft zu erwarten hat, zu disponieren, so wird er ihn so auf die gesamte Zeit verteilen, daß ihm der Gütervorrat insgesamt einen nicht mehr zu steigernden Nutzen stiftet. Dieses Verteilen im Zeitraum ist ein Vertauschen gegenwärtiger und zukünftiger Güter, ein Vertauschen verschiedener Verwendungsmöglichkeiten dieser Güter, das so lange fortgesetzt wird, als ein Wertüberschuß entsteht, ganz ebenso wie beim Vertauschen von gegenwärtigen mit gegenwärtigen Gütern. Während aber bei dieser letzteren Tauschart nur verschiedenartige Güter getauscht werden, von denen einem jeden ein gleicher Tauschwert für alle Einheiten zukommt, muß dies beim Vertauschen gegenwärtiger und künftiger Güter nicht notwendig der Fall sein. Es werden beim zeitlich auseinanderfallenden Tausch auch die verschiedenen Intensitätsgrade eines und desselben Gutes in den verschiedenen Zeitabschnitten, bzw. die letzten Einheiten gleichartiger gegenwärtiger und künftiger Güter so lange gegeneinander vertauscht, bis die größtmögliche Summe an Gebrauchswert im gesamten Zeitablauf realisiert ist. Das bedeutet aber keineswegs notwendig, wie offenbar Böhm-Bawerk bei der Formulierung seines ersten Grundes gedacht hat, daß die Bedarfsdeckung, daß der Grenznutzen des Haushaltes zu allen Zeiten annähernd gleich sein müsse. Es kann der geringere oder höhere Zukunftswert eines Gutes gegenüber seinem Gegenwartswert ausgeglichen werden durch eine größere oder geringere Menge desselben Gutes in der Zukunft. Böhm-Bawerk hat offenbar übersehen, — wohl infolge einer Ueberschätzung der Bedeutung, welche dem Gesetz vom Ausgleich der Grenznutzen tatsächlich zukommt —, daß das Problem, das im Zusammenhang mit dem Zinsphänomen auftritt, eigentlich erst dann beginnt, wenn eine Verschiedenheit der Bedarfsdeckung zu verschiedenen Zeiten von den Wirtschaftssubjekten bewußt herbeigeführt wird. Um dies des näheren darzulegen, müssen wir zunächst auf die beiden Fälle eingehen, an die Böhm-Bawerk bei seinem ersten Grunde allein denkt.

Uebersteigt die zukünftige Bedarfsdeckung die gegenwärtige, so ist der Fall des Konsumtivkredites gegeben. Derselbe ist eine Erscheinung, welche auf der Seite der Kapitalnachfrage auftritt. Wir gehen hier deshalb nur darauf ein, um vollständig zu sein, um die sämtlichen Möglichkeiten, in denen gegenwärtige und künftige Bedarfsdeckung zueinander stehen können, zu erschöpfen. Der künftige Haushaltsgrenznutzen, der Grenznutzen der künftigen Bedürfnisbefriedigung würde kleiner sein wie der gegenwärtige. Es wird also zweckmäßig sein, auf eine künftige Befriedigung zu verzichten zugunsten einer zusätzlichen gegenwärtigen Befriedigung. Wir können dies folgendermaßen schematisch darstellen. Wir tragen in unseren

Figur 1

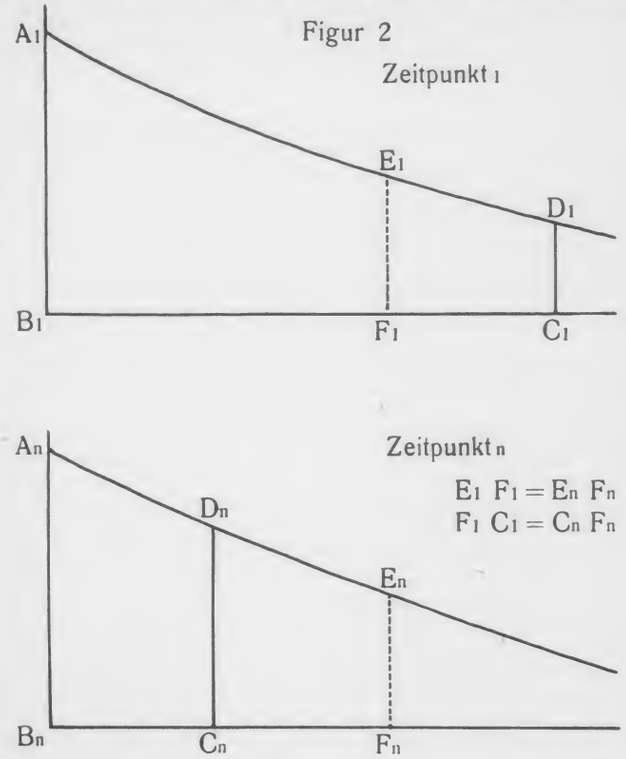


Figuren auf den Abszissen die Einkommensquoten, auf den Ordinaten die Nutzeinheiten ab. $B^1 C^1$ sei das gegenwärtige beschränkte Einkommen, der gegenwärtige Geldvorrat, bzw. der mannigfach zusammengesetzte Gütervorrat, welcher mit demselben erworben wird. $B^n C^n$ stelle dementsprechend das in Zukunft erwartete höhere Einkommen dar. $A^1 D^1$ stelle den Gesamtbedürfnisstand im Zeitpunkt 1 der Gegenwart, $A^n D^n$ den Gesamtbedürfnisstand in Zeitpunkt n der Zukunft dar. $D^1 C^1$ sei demgemäß der gegenwärtige, $D^n C^n$ der künftige Haushaltungsgrenznutzen. Der rationelle Wirtschafter wird nunmehr so lange auf die letzten Einheiten seines künftigen Einkommens verzichten und dafür in der Gegenwart so lange über sein Einkommen hinaus zusätzliche Güter konsumieren, bis der neue Grenznutzen der gegenwärtigen Bedürfnisbefriedigung $E^1 F^1$ und der

neue Grenznutzen der künftigen Bedürfnisbefriedigung $E^n F^n$ gleich sind. Das bedeutet sodann einen Zuwachs an Gesamtnutzen in der Gegenwart, der durch die Fläche $D^1 C^1 F^1 E^1$, und einen Ausfall an Gesamtnutzen in der Zukunft, der durch die Fläche $E^n F^n C^n D^n$ versinnlicht wird. Da aber der gegenwärtige Nutzenzuwachs $D^1 C^1 F^1 E^1$ größer ist, wie der zukünftige Nutzenausfall $E^n F^n C^n D^n$, so hätten wir es im gesamten Zeitablauf mit einer Erhöhung der Gebrauchswertsumme zu tun. Nun geht aber die Erweiterung des Gegenwartskonsums eines Haushaltes in der Weise vor sich, daß derselbe Genußgüter heranzieht, auf deren Konsum ein anderer Haushalt zeitweise verzichtet. Nur wenn diese Güter agiofrei zu haben sind, wird diese Steigerung des gesamten Gebrauchswertes in vollem Maße realisiert werden können. Im anderen Fall, wenn also ein Zins gefordert wird, findet die Aufnahme eines konsumtiven Kredites nur statt, wenn die Summe der Nutzenausfälle, welche durch den Zinsendienst in der gesamten Zeit zwischen Kreditaufnahme und Amortisation unvermeidlich werden, kleiner bleibt als der Ueberschuß des gegenwärtigen Nutzenzuwachses $D^1 C^1 F^1 E^1$ über den künftigen Nutzenausfall $E^n F^n C^n D^n$. Denn der Zinsendienst bedeutet den wiederholten Verzicht auf den Konsum der jeweils letzten Einkommenseinheiten während der ganzen Zeit von der Kreditaufnahme bis zur Amortisation. Ist der geforderte Zins so hoch, daß die damit entstehenden Nutzenausfälle insgesamt den gekennnzeichneten Wertgewinn übersteigen, so findet die Aufnahme des konsumtiven Kredites nicht oder doch nicht in dem angedeuteten Umfange statt. Schon in diesem Falle würde es also durchaus dem Rationalprinzip entsprechen, wenn die zeitlich verschiedenen Haushaltsgrenznutzen unausgeglichen blieben. Unserer Auffassung, wie wir sie hier schematisch darzustellen versuchten, würde es natürlich auch nicht widersprechen, wenn die Kreditaufnahme oder die Amortisation oder wenn die beiden Vorgänge nicht in je einem Zeitpunkt, sondern wenn sie in mehr oder minder gleichen Raten zu verschiedenen Zeitpunkten vor sich gehen würden. Es ist nur erforderlich, daß die Summe der Nutzenzuwächse, welche durch die Kreditaufnahme ermöglicht werden, um ein Weniges größer ist, wie die Summe der Nutzenausfälle, welche aus Zinsendienst und Amortisationsleistungen entstehen.

Wir glauben, durch unsere schematische Darstellung die Auffassung Böhm-Bawerks nicht falsch interpretiert zu haben. Auch das, was Friedrich von Wieser über den Konsumtivkredit schreibt, hat denselben Sinn: „Das Motiv zur konsumtiven Verschuldung ist bei einer ordentlich geführten Wirtschaft durch das Bestreben gegeben, gegenwärtige und zukünftige Befriedigungen auszugleichen. Wenn man für die Zukunft gesteigerte Einnahmen erwarten darf oder wenn man für die Gegenwart gesteigerte Ausgaben zu bestreiten hat oder wenn etwa beide Voraussetzungen zusammentreffen, so ist die konsumtive Verschuldung erlaubt, ja sogar geboten; man würde unwirtschaftlich handeln, wenn man wichtige Befriedigungen zu decken unterließe, für die man durch kreditweise Vorausnahme von Einnahmen Deckung finden kann, die später für minder wichtige Befriedigungen zu widmen wären. Auch für persönliche Ausbildung oder für Erziehung der Kinder und ähnliche Ausgaben der Förderung, die nicht der eigentlichen Erwerbswirtschaft angehören, kann die konsumtive Verschuldung gerechtfertigt sein.“[1]) Wie hier bei Wieser schon angedeutet wird, handelt es sich dort, wo die gegenwärtige Bedarfsdeckung

Figur 2



[1]) Friedrich von Wieser, „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft“ im Grundriss der Sozialökonomik, I. Band, Tübingen 1914.

erweitert wird, bei gleichzeitigem Verzicht auf eine künftige Bedarfsdeckung, häufig um einen Aufwand von Erziehungskapital. Freilich findet dabei praktisch in den seltensten Fällen eine förmliche Kreditaufnahme statt. Es werden vielmehr nur innerhalb ein und desselben Haushaltes Mittel, die sonst Erwerbsvermögen bilden würden, konsumtiv verwandt. Ein solcher Kapitalverzehr hat aber eine Verknappung des Kapitalvorrates anderwärts zur Folge, was in der Wirkung auf den Zinsfuß dasselbe ist, wie wenn bei gleichbleibendem Kapitalvorrat der Kapitalbedarf infolge kreditweiser Beschaffung des Erziehungskapitales steigen würde. Handelt es sich beim Erziehungskapital trotz des konsumtiven Charakters um ein wirkliches Kapital, d. h. um Mittel zur Einschlagung von Produktionsumwegen, so ist dies häufig zweifelhaft in den praktisch wichtigsten Fällen des konsumtiven Kredits, beim Kreditbedarf der öffentlichen Körperschaften. Außer diesen beiden wichtigsten Fällen ist der konsumtive Kredit im übrigen von geringerer Bedeutung.

Nach dieser Abschweifung auf die Seite der Kapitalnachfrage kehren wir zu dem zweiten Fall zurück, den Böhm-Bawerk in seinem ersten Grunde berücksichtigt hat und der uns wieder zum Thema dieses Kapitels, zur Theorie des Sparens und zur Analyse des Kapitalangebotes zurückführt. Die Untersuchung des Falles, in dem die gegenwärtige Bedarfsdeckung die künftige übersteigt, wird uns der Beantwortung der Frage, ob oder inwieweit das Sparen entgeltlich oder unentgeltlich erfolgt, schon einen Schritt näherbringen. Wir versuchen, auch diesen Fall wieder schematisch darzustellen. $B^1\ C^1$ stelle das höhere gegenwärtige, $B^n\ C^n$ das erwartete geringere Zukunftseinkommen dar. $A^1\ D^1$ sei der Gesamtbedürfnisstand der Gegenwart, $A^n\ D^n$ der Gesamtbedürfnisstand der Zukunft. $D^1\ C^1$ stelle den geringeren gegenwärtigen, $D^n\ C^n$ den höheren künftigen Haushaltsgrenznutzen dar. Der rationelle Wirtschafter wird bei dieser Lage der Dinge darauf verzichten, die letzten Einheiten seines gegenwärtigen Einkommens zu konsumieren, um dafür sich eine zusätzliche Bedürfnisbefriedigung in der Zukunft zu ermöglichen, d. h. er wird sparen. Und zwar wird er nach Möglichkeit so lange gegenwärtige Einkommenseinheiten sparen, bis die neuen Haushaltsgrenznutzen, $E^1\ F^1$ in der Gegenwart und $E^n\ F^n$ in der Zukunft ausgeglichen sind. Dadurch erleidet er gegenwärtig einen Nutzenausfall, der durch die Fläche $E^1\ F^1\ C^1\ D^1$ dargestellt wird. Aber der künftige Nutzenzuwachs, den die Fläche $D^n\ C^n\ F^n\ E^n$ versinnlicht, ist natürlich größer, als der gegenwärtige Nutzenausfall. Unser Wirtschaftssubjekt wird also in diesem Falle ohne jedes Bedenken in dem gekennzeichneten Umfange sparen, auch ohne den Anreiz eines Zinses. Es wird selbstverständlich seine Ersparnisse zinsbringend anlegen, wenn die Möglichkeit hierzu gegeben ist. Fehlt aber diese Möglichkeit, so wird das Wirtschaftssubjekt trotzdem sparen. Boehm-Bawerk meint, daß ein Agio zwischen Gegenwarts- und Zukunftsgütern in diesem Falle nicht auftrete, da man die Gegenwartsgüter aufbewahren könne.[1]) Dies ist aber nicht ganz richtig, es kann sehr wohl ein — negatives — Agio auftreten. In einer isolierten Naturalwirtschaft, in der keine weitere Verwendungsmöglichkeit für die gesparten Güter gegeben ist, würde in unserem Falle auch gespart werden, wenn durch Güterverderb ein Nutzenausfall entstünde. Nur müßte derselbe kleiner bleiben, wie der Ueberschuß des künftigen Nutzenzuwachses $D^n\ C^n\ F^n\ E^n$ über den gegenwärtigen Nutzenausfall $E^1\ F^1\ C^1\ D^1$. Aber auch in der Verkehrswirtschaft sind ähnliche Fälle denkbar. Erinnern wir uns an die Tatsache, daß in der Frühzeit des Kapitalismus für die Verwahrung von Depositen vom Sparer ein Zins bezahlt wurde. Aus dem dargestellten Fall folgt für uns ein wichtiges Ergebnis. Wären die Fälle, in denen die gegenwärtige Bedarfsdeckung die künftige Bedarfsdeckung übersteigt, so häufig, daß die rationeller Weise ohne den Anreiz eines Zinses gesparten Güter den gesamten Kapitalbedarf decken würden, so gäbe es überhaupt keinen Kapitalzins. Die Kapitalgüterverwendung würde so lange ausgedehnt, bis die Differenz zwischen Ertragswert und Kostenwert der Kapitalgüter verschwunden wäre. Noch eine zweite Erkenntnis eröffnet sich uns: alle Leute, welche ein sehr unregelmäßiges Einkommen beziehen, werden in dem Bestreben, die Bedarfsdeckung nach Möglichkeit intertemporär auszugleichen, in besonders hohem Maße an der volkswirtschaftlichen Spartätigkeit teilnehmen, und zwar um jeden oder auch ohne jeden Preis. Dasjenige Einkommen, das den meisten Schwankungen unterworfen ist, dürfte wohl der reine Unternehmergewinn sein. So sehen wir schon hier einen Grund, warum die Unternehmer besonders stark zur Kapitalbildung beitragen.

Unsere Darstellung deckt sich im wesentlichen auch mit dem, was Thomas Carver über diesen Punkt ausführt: „Jemand kann in der Gegenwart mit Waren oder den Mitteln, sie zu kaufen, so wohl versorgt sein und bezüglich der Zukunft sich in so großer Ungewißheit befinden, daß er bereit ist, von dem völligen Verbrauch seines gegenwärtigen Einkommens abzustehen, wenn er dadurch seine Zukunft sichern kann. Jemand, der augenblicklich in Ueberfluß und hinsichtlich der Zukunft in Unsicherheit lebt, wird nicht die Hoffnung auf Verzinsung als einen Ansporn zum Sparen benötigen. Es gibt Leute und wird sie immer geben, die auch dann sparen, wenn keine Aus-

[1]) Eugen von Boehm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins, „II. positive Theorie des Kapitals". Jena 1921.

sicht auf eine Verzinsung vorhanden ist. Tatsächlich wird bisweilen sogar die Möglichkeit, sparen zu können, d. h. für die Gelegenheit der Verwahrung der Ersparnisse in sicheren Schränken, bezahlt werden, wenn es keinen anderen sicheren Weg gibt. Gewiß wird jemand, der eine Verzinsung für seine Einlage erhalten kann, sie annehmen, auch wenn er bereit gewesen wäre, für die Verwahrung zu bezahlen, falls es keine andere sichere Methode des Sparens gäbe. Die Verzinsung, welche er für Depositen oder irgendwelche Investitionen erhält, wird sehr zutreffend als die Rente des Sparers bezeichnet. Solches Sparen ist kostenlos im wissenschaftlichen Sinne und das Einkommen daraus ist ein ausgesprochenes Reineinkommen. Wenn derartige Summen, deren Ersparung keine Kosten verursacht hat oder die gespart würden, auch wenn eine Verzinsung nicht zu erlangen wäre, genügen würden, um alles für Investitionen benötigte Kapital zu liefern, dann würde es keinen wirklichen Zins geben.'"[1]) Carver kommt also hier zu demselben Ergebnisse wie wir: „Der Gleichgewichtszustand wäre bei einem Zinssatz von Null gegeben.'"[1]) Dem fügt aber Carver eine Bemerkung hinzu, welche auch wir akzeptieren müssen: „Selbstverständlich handelt es sich hierbei um den reinen Zins. Wenn es gefährlicher wäre, Geld zu investieren, als es zu horten, dann würden es die Leute vorziehen, das Geld zu horten, sofern nicht die Anlagen im ganzen genug Ueberschuß erwarten ließen, um für das Risiko zu entschädigen.'"[1])

Mit den beiden vorgeführten Fällen, in denen eine bestehende Verschiedenheit der Bedarfsdeckung zu verschiedenen Zeiten dadurch überwunden wird, daß einerseits ein künftiger Genuß in der Gegenwart vorweggenommen wird und daß andererseits im Interesse der Zukunftversorgung auf einen Gegenwartsgenuß verzichtet wird; mit diesen beiden Fällen ist für Böhm-Bawerk das Problem erschöpft. Es kommt ihm nur darauf an, zu zeigen, daß jedes Wirtschaftssubjekt auf einen möglichst weitgehenden Ausgleich der zeitlich verschiedenen Haushaltsgrenznutzen abhebt. Hier liegt nun bei Böhm-Bawerk sicher eine Ueberschätzung der Bedeutung zugrunde, welche dem Gesetz vom Ausgleich der Grenznutzen zukommt. Die „Oesterreicher" behaupten eben im Grenznutzen die im Grund allein notwendige Kategorie vom Werte gefunden zu haben. Schumpeter hat demgegenüber zuerst darauf hingewiesen,[2]) daß es nicht eigentlich auf den Grenznutzen, sondern, daß es auf den Gesamtnutzen, d. h. auf die Summe an Gebrauchswert, ankomme. Und zwar, fügen wir hinzu, auf den Gesamtnutzen nicht nur in einem Zeitpunkt, sondern im gesamten Zeitablauf. Schumpeter hat aber aus dieser Feststellung nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen. Realisierung der größtmöglichen Wertsumme und Ausgleich der zeitlich verschiedenen Haushaltsgrenznutzen, also Ausgleich der Bedarfsdeckung in den verschiedenen Zeiten, ist keineswegs dasselbe. Es ist unter Umständen sehr wohl rationell, eine Verschiedenheit der Bedarfsdeckung in Gegenwart und Zukunft im Sinne einer Verknappung der Gegenwartsversorgung gegenüber der Zukunftsversorgung eigens herbeizuführen, dann nämlich, wenn die hingegebenen gegenwärtigen Güter sich vertauschen lassen mit einer entsprechend größeren Zahl gleichartiger Zukunftsgüter. Gerade Böhm-Bawerk hat in seinem dritten Grunde, in der größeren technischen Produktivität zeitraubender Produktionsumwege diese Möglichkeit eröffnet. Umgekehrt ist es bei Schumpeter: „Ich mag wohl gegenwärtige Güter höher schätzen, wenn mir ihr Besitz mehr Güter als bisher für die Zukunft sichert. Ich werde das aber nicht mehr tun und meine Wertungen für Gegenwart und Zukunft müssen sich ausgleichen, wenn ich des ergiebigeren Güterstromes gewiß bin und meine Wirtschaft sich auf ihn eingerichtet hat.'"[1]) Hier wird also wohl die Möglichkeit zugegeben, daß gegenwärtiger und zukünftiger Grenznutzen des Haushaltes rationellerweise verschieden sein und bleiben können, sofern ein Vorrat an gegenwärtigen Gütern sich mit einem größeren Vorrat an gleichartigen Zukunftsgütern vertauschen läßt. Aber Schumpeter sieht in seiner synchronisierten statischen Wirtschaft keine Möglichkeit eines solchen Tausches. Wir haben aber im zweiten Kapitel gezeigt, wie die Produktionsleiter ihren Kapitalgütervorrat stets so knapp halten werden, daß notwendig ein Ueberschuß des Ertragswertes der Kapitalgüter über ihren Kostenwert entstehen, daß notwendig an ihnen ein Gewinn, d. h. ein Ueberschuß, ein Mehr an Gütern, hängen bleiben muß. Kapitalgüter sind also potentielle, zukünftige Genußgüter. Ihr Besitz bringt mehr Genußgüter in der Zukunft ein als ihre Anschaffung in der Gegenwart kostet. Nur eine Möglichkeit, haben wir gesehen, gibt es, diesen Mehrwert zu beseitigen, wenn nämlich ein entsprechend reiches Angebot an unentgeltlichen Sparmitteln besteht.

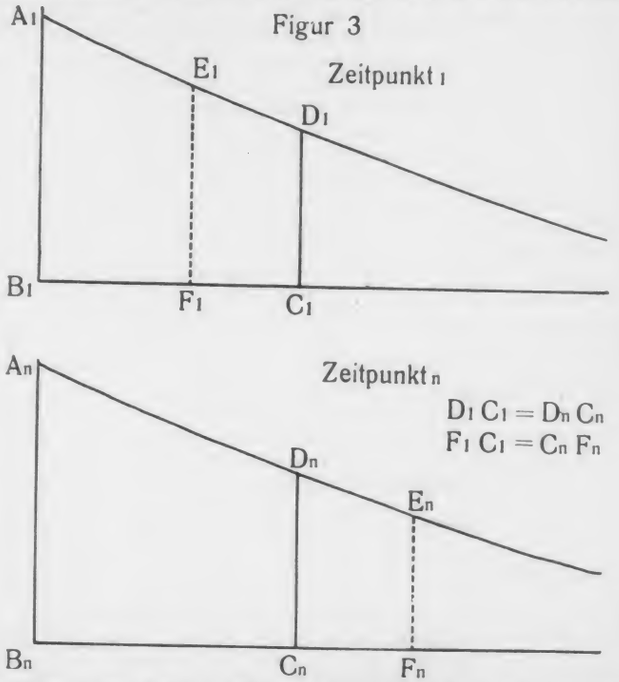
Wir haben gesehen, wie eine knappe gegenwärtige Bedarfsdeckung erweitert wird auf Kosten einer reicheren künftigen Bedarfsdeckung und wie für die Möglichkeit, dies durchzuführen, ein Preis bezahlt wird. Wir haben ferner gesehen, wie auf eine besonders reiche gegenwärtige Bedarfsdeckung zugunsten der Zukunft teilweise verzichtet wird, und wie auch für die Möglichkeit zu sparen, unter Umständen ein Preis bezahlt werden wird. Es ist unmittelbar einleuchtend und selbst-

[1]) Thomas Carver, „Die Theorie des Zinses" in „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart", III. Band, Wien 1928.
[2]) Josef Schumpeter, „Bemerkungen über das Zurechnungsproblem".

[1]) „Theorie" Seite 47.

verständlich, daß dem ein dritter Fall gegenüberstehen muß, wo eine an sich gleichmäßige Versorgung in der Gegenwart unter dem Anreiz eines Preises verknappt wird zugunsten einer besonders reichen Zukunftsversorgung. Wenn wir dies wieder

Figur 3



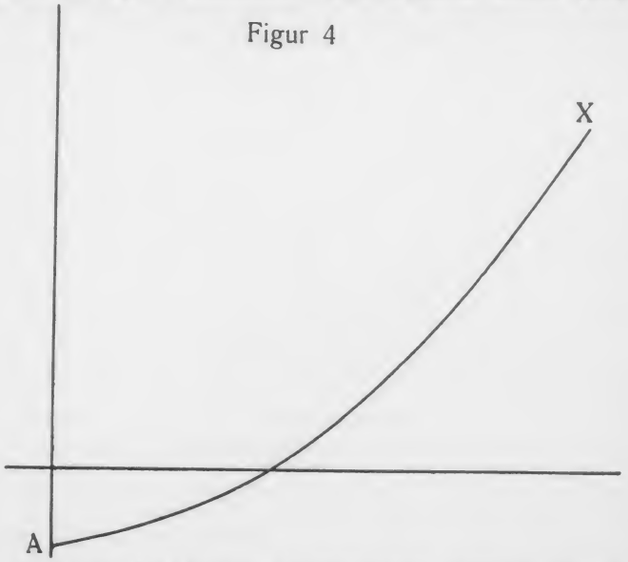
schematisch darstellen wollen, so gehen wir also aus von einem Zustande, in dem die Haushaltsgrenznutzen in Gegenwart und Zukunft gleich sind. $B^1 C^1$ stelle das gegenwärtige, $B^n C^n$ das künftig erwartete Einkommen eines Haushaltes dar. $A^1 D^1$ versinnliche den gegenwärtigen, $A^n D^n$ den in Zukunft erwarteten Gesamtbedürfnisstand. Der gegenwärtige Haushaltsgrenznutzen $D^1 C^1$ sei gleich dem zukünftigen Haushaltsgrenznutzen $D^n C^n$. Werden aber nunmehr in der Gegenwart die letzten Einkommenseinheiten $F^1 C^1$ gespart, um im zukünftigen Zeitpunkt n zusätzlich konsumiert zu werden, so steigt der gegenwärtige Haushaltsgrenznutzen auf $E^1 F^1$, während der künftige auf $E^n F^n$ sinken wird. Das bedeutet, daß in der Gegenwart ein Ausfall an Gesamtnutzen stattfindet, der in unserer Darstellung durch die Fläche $E^1 F^1 C^1 D^1$ gekennzeichnet wird. In der Zukunft

ist dafür ein Zuwachs an Gesamtnutzen zu erwarten, dem in unserer Figur die Fläche $D^n C^n F^n E^n$ entspricht. Das würde aber insgesamt eine Verschlechterung der Versorgung bedeuten, denn $E^1 F^1 C^1 D^1$ ist größer als $D^n C^n F^n E^n$. Es wird also in diesem Falle nur dann gespart werden, wenn das Sparen mit einem Preise bezahlt wird, der als zusätzliches Zukunftseinkommen den Nutzenausfall mindestens aufwiegt. Es müssen für die gegenwärtig hingegebenen Güter mehr gleichartige Güter in der Zukunft gewonnen werden. Die Zukunftsgüter stehen auf einer geringeren Intensitätsstufe wie die verknappten Gegenwartsgüter, sie haben also einen geringeren Grenznutzen. Aber der in Zukunft geringere Wert der Gutseinheit wird infolge des Zinsbezuges mehr als ausgeglichen durch eine entsprechend größere Menge an solchen Einheiten. Jeder der innerhalb der Zeitpunkte 1 und n stattfindenden Zinsbezüge bedeutet einen Zuwachs an Gesamtnutzen und die Summe dieser Zuwächse muß den sonst entstehenden Nutzenausfall um ein weniges übersteigen. Je höher die Zinsrate ist, um so größer sind die Zuwächse, um so mehr wird rationeller Weise gespart werden. Je niedriger der Zins ist, um so weniger wird gespart werden. Es läßt sich so in jeder Einkommens- und Bedarfssituation für jede Haushaltung annähernd eine bestimmte Spardisposition feststellen, die mit dem Zinsfuß variiert. Bei gleichbleibendem Einkommen und gegebenen Bedürfnisstand wird — wie ebenfalls leicht einzusehen ist — für eine bestimmte Sparquote die Zinsforderung des Sparers um so niedriger sein, auf je längere Zeit hinaus er zu sparen vor hat. Dies gilt natürlich in entsprechender Weise, wenn für die Nachkommen gespart wird. Erreicht der Zins eine gewisse ansehnliche Höhe, so werden nicht mehr nur diejenigen Leute mit gleichmäßig fließendem Einkommen bzw. diejenigen mit relativ hohem Gegenwartseinkommen sparen, sondern es werden sogar diejenigen zu sparen beginnen, die in Zukunft eine reichlichere Bedarfsdeckung zu erwarten haben, wie in der Gegenwart.

Die von uns hier vertretene Auffassung unterscheidet sich ebenso sehr von der Abstinenztheorie, wie vom zweiten Grunde Böhm-Bawerks. Nicht das Warten schlechthin ist ein Opfer, sondern es ist ein solches nur dann, wenn die aufgegebene gegenwärtige Bedürfnisbefriedigung auf höherer Intensitätsstufe steht wie die durch die gleiche Menge an Mitteln künftig zuwachsende zusätzliche Bedürfnisbefriedigung. Und die zukünftigen Güter werden nicht schlechthin niedriger geschätzt als die gegenwärtigen Güter, sondern ebenfalls nur dann, wenn ihnen bei künftiger Verwendung eine geringere Nutzintensität zukommt wie bei gegenwärtiger Verwendung. Maßgebend für die jeweilige Zinsforderung des Sparers ist also der Vergleich der Intensitätsstufen der beim Sparen in der Gegenwart aufge-

gebenen und der aus der Amortisation und aus einer evtl. Verzinsung in der Zukunft zuwachsenden Bedürfnisbefriedigung. Jede weitere zu konsumierende Einkommenseinheit liefert einen geringeren und jede weitere Sparquote entzieht einen höheren Anteil am Gesamtnutzen der Bedürfnisbefriedigung. Von einem relativ reichlichen Gegenwartseinkommen wird zunächst der Genuß der letzten Teileinheiten so lange auf die Zukunft verschoben, bis die Haushaltsgrenznutzen in Gegenwart und Zukunft gleich sind. Ein Sparen, das über diesen Punkt hinaus fortgesetzt wird, bedarf des Anreizes durch den Zins, der um so höher sein muß, je größer der Spargrad sein soll. Das Weniger an Grenznutzen der Zukunftsgüter muß durch ein Mehr an Menge derselben ausgeglichen werden. Es läßt sich für jeden Haushalt bei gegebenen Einkommens- und Bedürfnisvorstellungen ein bestimmter Funktionalzusammenhang zwischen Zinshöhe und Spardisposition feststellen und wenn man die sämtlichen möglichen Limite aller Haushalte sammelt und ordnet, so läßt sich daraus die Kurve des Sparmittelangebotes ableiten. Dieselbe wird annähernd den Verlauf nehmen, den wir in unserer Figur 4 anzudeuten versucht haben. Dieser Verlauf

Figur 4



wird zwar in Wirklichkeit keineswegs sehr kontinuierlich sein, insbesondere unter dem Einfluß der unregelmäßig fließenden Einkommen, denen auch eine unregelmäßige Spardisposition

entspricht. Jedenfalls aber muß ein Teil der Kurve dieses Sparmittelangebotes unter der Abszisse liegen, das sind jene Fälle der Spartätigkeit, in denen der Anreiz des Zinses nicht gegeben zu sein braucht, in denen unter Umständen sogar ein Preis für die Verwahrung der gesparten Güter bezahlt werden würde. Die Fortsetzung der Kurve über der Abszisse versinnlicht die Fälle von Spartätigkeit, in denen ein mehr oder minder hoher Zins die durch das Sparen auftretende Wertdifferenz zwischen Gegenwarts- und Zukunftsgütern ausgleichen muß. Wir sprechen hier nur vom Angebot an Sparmitteln, denn dasselbe erschöpft nicht das gesamte Kapitalangebot der Wirklichkeit. Dieses letztere umfaßt außerdem noch jenes Angebot an Kapital, das in der Hauptsache durch Kreditschöpfung entsteht, das aber ausschließlich eine dynamische Erscheinung ist, also für die statische Kreislaufwirtschaft nicht in Frage kommt.

Wir haben am Ende des zweiten Kapitels die Kurve der Zinswilligkeit der Unternehmer, also die Funktion der Sparmittelnachfrage zu beschreiben versucht. Ob es in der statischen Kreislaufwirtschaft einen Kapitalzins gibt oder nicht, das hängt davon ab, ob der Schnittpunkt der beiden Kurven über der Abszisse liegt. Sinkt die Kurve der Sparmittelnachfrage so schnell und steigt die Kurve des Sparmittelangebotes so langsam, daß die erstere die Abszisse erreicht, noch bevor die letztere über die Abszisse steigt, so gibt es keinen Zins. Das heißt mit anderen Worten, die Sparmittel werden in relativ so reichlichem Maße unentgeltlich angeboten, daß die Kapitalgüterproduktion und die Kapitalgüterverwendung ohne weiteres so lange ausgedehnt werden kann, bis die Differenz zwischen dem Ertragswert und dem Kostenwert der Kapitalgüter verschwunden ist. Die Gründe dieser Zinslosigkeit sind aber dann ganz andere als diejenigen, welche Schumpeter anführt. Wir können die Voraussetzungen, welche gegeben sein müssen, damit ein solcher Zustand der Zinslosigkeit in Erscheinung tritt, leicht etwas näher kennzeichnen. Es muß einmal ein relativ hohes Angebot an unentgeltlichen Sparmitteln vorhanden sein, d. h. es müssen die Fälle, in denen die gegenwärtige Bedarfsdeckung die künftige Bedarfsdeckung übersteigt, relativ häufig sein. Diese Fälle treten aber besonders häufig auf, in Verbindung mit dem Einkommen aus Arbeit, also mit dem sogenannten unfundierten Einkommen. Das Einkommen aus Kapitalbesitz und Boden, also das fundierte Einkommen, ist demgegenüber ein relativ gleichmäßiges und fortdauerndes, sofern nur die betreffende Rentenquelle erhalten bleibt. Je relativ mehr fundiertes Einkommen, um so gleichmäßiger die Bedarfsdeckung der einzelnen Wirtschaftssubjekte im Zeitablauf, um so weniger unentgeltliche Sparmittel. Das Einkommen aus Boden steigt in der Regel mit der Bevölkerung. Ander-

seits ist jener Zustand der Verkehrswirtschaft, in dem es keinen Zins gibt, auch abhängig vom Stande der Technik. Erfahrungsgemäß bedingen in der Regel jene Erfindungen, welche die technische Produktivität der Kapitalgüter steigern — der dritte Grund Böhm-Bawerks — eine Verlängerung der Produktionsumwege; sie gestalten die Produktion produktiver, aber langdauernder. Je produktiver die Kapitalgüter sind, um so höher pflegen ihre Ertragswerte zu sein. Je länger die Produktionsumwege sind, welche diese repräsentieren, um so mehr Sparmittel sind nötig zur Durchführung dieser Produktionsumwege. Je höher aber einerseits diese Ertragswerte sind und je mehr Sparmittel anderseits notwendig werden, um so langsamer sinkt bei gegebenen Kapitalgüterpreisen die Kurve der Sparmittelnachfrage. Es muß also schon ein niedriger Stand der Technik angenommen werden, damit kein Zins auftritt. Diese unsere Feststellung wird durch die Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung verifiziert. Die Vorzeit und Frühzeit des Kapitalismus war es, wo für die Geldverwahrung Zins bezahlt wurde und wo fast allein der Konsumtivkredit eine große Bedeutung hatte. Dies war aber auch die Zeit eines niedrigen Standes der Technik. Es kommt also, wie wir gegenüber Schumpeter feststellen müssen, nicht darauf an, ob sich die Wirtschaft im statischen oder im dynamischen Zustande befindet. Ob der Zins auftritt, das hängt vielmehr von gewissen, letzten Endes nicht ökonomischen Daten, vom Stande der Technik und der Bevölkerung ab. Ist die Technik hoch entwickelt, so wird der Kapitalzins auch dann als eine dauernde Erscheinung auftreten, wenn sich die Wirtschaft im Gleichgewichtszustande befindet. Ist die Technik nicht auf einem sehr hohen Stand und sind die Naturgaben im Verhältnis zur Bevölkerung noch sehr reichlich vorhanden, so werden auch dynamische Umgestaltungen das allgemeine Auftreten des Produktivzinses wohl kaum bewirken.

Das, was wir in unserem zweiten und dritten Falle dargestellt haben, reicht vollkommen aus, um die gesamte Spartätigkeit zu kennzeichnen, um das Auftreten einer Wertdifferenz zwischen Gegenwarts- und Zukunftsgütern und damit das Auftreten eines Zinses zu begründen. Wir brauchen dazu das Moment der Unterschätzung der künftigen Bedürfnisse als allgemeinen Erklärungsgrund keineswegs heranzuziehen. Wir werden lediglich, wie wir dies gleich ausführen werden, unser Ergebnis nach dieser Richtung hin teilweise modifizieren. Vor allem entspricht die vorgetragene Auffassung restlos unseren statischen, insbesondere den idealtypischen Voraussetzungen, d. h. sie ist aus dem Rationalprinzip entwickelt.

Was unsere schematische Darstellung betrifft, so liegt eine gewisse Schwäche derselben in der Tatsache, daß sie nur Zeitpunkte herausgreifen kann, daß sie nicht den gesamten Zeitablauf darzustellen in der Lage ist. Es sei aber noch einmal betont: die evtl. Tatsache, daß das Sparen und der Kapitalverzehr, daß Kreditgebung und Amortisation in mehreren zeitlich auseinanderfallenden Ratenleistungen vor sich gehen können, ändert nichts Wesentliches am Vorgang. Wenn z. B. beim Sparen auf eine einmalige Amortisation verzichtet wird, wenn damit die Erzielung einer immer gleichmäßig fließenden Rente bezweckt wird, so muß eben die Summe der nacheinander in bestimmten zeitlichen Abständen erfolgenden Nutzenzuwächse aus dem Rentenbezug um ein Weniges größer sein wie der Nutzenausfall, der mit dem Sparen verbunden ist. Die Amortisation muß auch wertmäßig in der Rente enthalten sein. Unsere schematische Darstellung soll auch nicht vortäuschen, daß es sich bei den Sparerwägungen um eine exakte Rechnung handle. Vielmehr spielt dabei das Moment der Wahrscheinlichkeit eine besonders große Rolle. Aber wir betonen auch hier noch einmal: es kommt bei den Sparerwägungen nicht darauf an, was in der Zukunft effektiv eintrifft, sondern es kommt auf die gegenwärtigen Vorstellungen an, die man sich von der künftigen Situation macht. Jedenfalls aber ersehen wir aus unserer Darstellung noch einmal, wie ein Kapitalverzehr vom Rationalprinzip sehr wohl gefordert sein kann, dann nämlich, wenn der Zins nicht mehr den gegenwärtigen Nutzenausfall deckt. Wenn trotzdem ein Sinken des Zinses in Wirklichkeit nicht sofort einen weitgehenden Kapitalverzehr zur Folge hat, so hat dies neben anderen Gründen — das Sparmittelangebot erschöpft nicht das gesamte Kapitalangebot — meist den Grund, daß die Motive des Sparens häufig alteroistischer Natur sind. Das alteroistische Sparmotiv bedingt aber längere Fristen, wie das egoistische. Die längere Frist bedingt in der Regel, wie wir gezeigt haben, eine größere Bescheidenheit mit der Zinsvergütung. Daraus könnten wir den Schluß ziehen, daß in einer von universalistischer Gesinnung beherrschten sozialistischen Gesellschaft besonders reichlich gespart werden müßte. Aber auch hier würde die Spartätigkeit keineswegs unendlich weit ausgedehnt, ein interessanter Fall, wo der volonté de tous gegenüber dem volonté générale sich geltend macht.

An einer Stelle steht unsere Auffassung mit der Wirklichkeit noch in schroffem Widerspruch. Wir haben die unfundierten Einkommen mit den Fällen in Zusammenhang gebracht, wo die gegenwärtige Bedarfsdeckung die künftige übersteigt und die fundierten Einkommen mit den Fällen, wo die Bedarfsdeckung im Zeitablauf eine verhältnismäßig gleichmäßige ist. Daraus müßte folgen, daß die Arbeiter, wenn auch nicht absolut, so doch relativ, d. h. im Verhältnis zu ihrem Einkommen, mehr sparen müßten, wie die Kapitalisten und Grundbesitzer.

Die Wirklichkeit beweist aber das Gegenteil. Nur das, was wir über die Unternehmer festgestellt haben, daß sie nämlich infolge des ebenfalls nicht gleichmäßig fließenden Unternehmergewinnes in besonders hohem Maße zur volkswirtschaftlichen Kapitalbildung beitragen, wird auch von der Wirklichkeit bestätigt. Um den hier aufgezeigten Widerspruch zu beseitigen, müssen wir unsere Annahme des rationellen wirtschaftlichen Handelns teilweise aufheben. Wir müssen, um unsere Auffassung in dieser Richtung zu modifizieren, das Moment der Unterschätzung künftiger Bedürfnisse nun doch wieder, aber nur als Teilerklärungsgrund heranziehen. Die Einkommen aus Arbeit sind in der Regel die kleinen, die Einkommen aus Kapitalvermögen und Grundbesitz die großen Einkommen. Wir gehen von dem Gedanken Friedrich von Wiesers aus, daß die Unterschätzung der künftigen Bedürfnisse der verbreitete Typus der schwachen Wirtschaften sei. Die Bedürfnisbefriedigung ist keineswegs eine rein individuell, sondern auch sehr stark gesellschaftlich bestimmte Tatsache. Wieser äußert sich dazu folgendermaßen: „Auch in seinem wirtschaftlichen Verhalten ist jedes Individuum durch gesellschaftliche Mächte bestimmt . . . Am deutlichsten ist die gesellschaftliche Natur der Bedürfnisse zu erkennen . . . Für die Masse der Durchschnittsmenschen lautet das wirtschaftliche Prinzip, dem sie folgen, einfach dahin, „sei so wirtschaftlich, als deine Genossen es sind." Die persönliche Energie äußert sich zumeist nur in dem Grade der Genauigkeit, mit dem man die üblichen Regeln erfüllt oder in dem Grade der Selbständigkeit, mit der man die Regeln den besonderen Verhältnissen jedes einzelnen Falles anpaßt. Wer Selbständigkeit nicht besitzt, wird durch das genossenschaftliche Prinzip irregeführt, wo immer seine Verhältnisse von der Regel abweichen. Darum werden diejenigen, die am untersten Rande ihrer Einkommensschicht stehen, so oft dazu verleitet, über ihre Mittel zu leben, weil sie glauben, sich der Uebung der Genossen fügen zu müssen. Wenn ein ganzer Stand dazu gebracht wird, über seine Mittel zu leben, so wird dies seinen Grund gewöhnlich darin haben, daß er geschichtlich dazu erzogen ist, sich anderen Ständen gleichgeordnet oder übergeordnet zu halten, die über größere Mittel verfügen."[1]) Dem relativ geringeren Spargrad der schwachen Wirtschaften entspricht natürlich auch ein relativ höherer Grad konsumtiver Verschuldung. Wieser führt darüber aus: „In zahlreichen Wirtschaften geht aber die konsumtive Verschuldung aus jener Unterschätzung künftigen Begehrens hervor, die für schwache Wirtschaften charakteristisch ist; unter schwachen Wirtschaften verstehen wir Wirtschaften geringeren Einkommens, wir

[1]) Friedrich von Wieser, „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft" im Grundriß der Sozialökonomik, I. Band, Tübingen 1914.

werden aber auch diejenigen mit verstehen, die ohne Kraft vorsorglichen Willens mit schwächlicher Unterwerfung unter die Begierde des Augenblicks geführt werden."[1]) Die im Wirtschaftssubjekt latent vorhandenen Bedürfnisse werden also, abgesehen von den dringlichsten, dadurch zum Bewußtsein gebracht, daß ihre Befriedigung bei anderen Wirtschaftssubjekten beobachtet wird. Sie werden also erst im Spiegel des Gesellschaftlichen als solche erkannt. Infolge dieser gesellschaftlichen Bedingtheit des Sehens und Empfindens der Bedürfnisse sehen die Schichten mit kleinerem Einkommen die künftigen Bedürfnisse nicht in ihrer vollen Bedeutung, denn der unmittelbare Anreiz zum Gegenwartskonsum ist für sie besonders groß. Dem steht aber anderseits gegenüber, daß die Leute mit dem großen Einkommen die in ihnen ebenso wie bei allen anderen Wirtschaftssubjekten latent vorhandenen Bedürfnisse deshalb nicht befriedigen, weil sie gegenwärtig zu wenig Anreiz dazu empfinden. Denn annähernd alle Bedürfnisse, die irgendwo in der Gesellschaft befriedigt werden, können auch sie befriedigen. Und trotzdem bleiben noch Einkommensquoten übrig, die nicht anders als gespart werden können. Wenn aber auch der Reiche diese Einkommensquoten spart, so wird er in der Zukunft deshalb keinen größeren Anreiz zum Konsum derselben empfinden. Wenn also die Leute mit dem kleinen Einkommen relativ wenig sparen und relativ viel konsumieren, so sparen die Leute mit dem ganz großen Einkommen relativ viel und konsumieren relativ wenig. Wenn behauptet wird, daß die Einkommensschwachen deshalb relativ so wenig sparen, weil sie ihren Gegenwartskonsum einfach nicht mehr beschränken können infolge der Dringlichkeit der Bedürfnisse, so ist dies in dieser Form nicht richtig, denn, abgesehen von jenem theoretischen Grenzfall, wo ein weiteres Sparen zum Hungertod oder doch zur Schädigung der Gesundheit führen würde, handelt es sich doch beim Sparen immer nur um das Bedenken einer Relation, um einen Vergleich von Gegenwart und Zukunft. In allen Fällen also, in denen sich die Lage in der Zukunft eher verschlechtert — und dies ist bei den niedrigen Einkommensschichten meist der Fall —, müßte auch bei sehr kleinem Einkommen rationellerweise gespart werden. Nur die Tatsache, daß bei den dabei in Frage stehenden Erwägungen sich ein gesellschaftlicher Einfluß geltend macht, erklärt die andersgeartete Wirklichkeit. Haben wir also den allgemein gültigen und systematischen Charakter einer Unterschätzung der Zukunftsbedürfnisse gegenüber Böhm-Bawerk abgelehnt, so können wir doch diese Erscheinung als Teilerklärungsgrund gelten lassen.

[1]) Friedrich von Wieser, „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft" im Grundriß der Sozialökonomik, I. Band, Tübingen 1914.

Die Tatsache, daß der Spargrad der reichen Leute ein besonders hoher ist, läßt sich aber auch noch aus einem anderen, in derselben Richtung wirksamen Grunde ableiten. Das Sparen wird häufig nicht nur durch die Vorstellung eines künftigen Gütergenusses bestimmt, sondern auch durch den Gedanken, daß an dem Kapitalbesitz, zu dem das Sparen führt, die Ausübung einer um so größeren ökonomischen Macht hängt, je größer derselbe ist. Hier wird also das Sparen gewissermaßen zum Selbstzweck. Stellen wir uns zwei Leute vor mit annähernd gleichen Bedürfnissen und Geschmacksrichtungen. Das Einkommen der beiden soll immer gleichmäßig fließen, und beide sollen ein gleich langes Leben zu erwarten haben. Die Spardisposition müßte also für beide dieselbe sein. Der einzige Unterschied zwischen ihnen sei, daß das Einkommen des einen hundertmal so groß sei wie das Einkommen des anderen. Wenn nun beide gleichzeitig ein Zehntel ihres Einkommens sparen, so müßte bei rationeller Erwägung und bei Ausschaltung aller anderen, aller sozial-psychischen Einflüsse das Opfer des Sparens bei beiden das gleiche sein. Aber der aus dem Sparen entstehende Kapitalbesitz des einen wird hundertmal so groß sein wie der Kapitalbesitz des anderen. Der Anreiz, den die ökonomische Macht ausübt, wird also auf den Reichen größer sein wie auf den Armen. Der erstere wird mit größerer Bereitwilligkeit und zu einem niedrigeren Zinsfuß zu sparen bereit sein, wie der letztere. So sehen wir auch hier, wie der Trieb zur ökonomischen Macht differenzierend wirkt.

Literatur-Verzeichnis

Ammon, Alfred; Cassel's System der theoretischen Nationalökonomie, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 51. Band, Tübingen 1924.

Derselbe; Die Probleme der wirtschaftlichen Dynamik, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 38. Band, Tübingen 1914.

Derselbe; Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie, Wien und Leipzig 1927.

Böhm-Bawerk, Eugen von; Kleinere Abhandlungen über Kapital- und Kapitalzins, Wien und Leipzig 1926.

Derselbe; Kapital und Kapitalzins: I. Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorien, II. Positive Theorie des Kapitals, Jena 1921.

Derselbe; Eine dynamische Theorie des Kapitalzinses, Oesterreichische Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 22. Band, Wien 1913.

Bortkiewicz, Ludwig von; Der Kardinalfehler der Böhm-Bawerk'schen Zinstheorie, Schmollers Jahrbuch, 30. Jahrgang 1906.

Broda, Ernst; Die Lösungen des Zurechnungsproblems, Oesterreichische Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 20. Band, 1911.

Carell, Erich; Sozialökonomische Theorie und Konjunkturproblem, München und Leipzig 1929.

Carver, Thomas; Die Theorie des Zinses, in „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart". 3. Band, Wien 1928.

Cassel, Gustav; Theoretische Sozialökonomie, Leipzig 1927.

Clark, John Bates; Ueber das Wesen des Kapitals, Oesterreichische Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 16. Band, Wien und Leipzig 1907.

Conrad, Otto; Der Zusammenbruch der Grenznutzentheorie, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 129. Band, III. Folge, 74. Band.

Engländer, Oscar; Kapitalzins und wirtschaftliche Entwicklung, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 84. Band, Tübingen 1928.

Halm, Georg; Das Zinsproblem am Geld- und Kapitalmarkt, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, 70. Band, Jena 1926.

Hayeck, von; Bemerkungen zum Zurechnungsproblem, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, 69. Band, Jena 1925.

Heinze, Gerhard; Statische oder dynamische Zinstheorie? Leipzig 1928.

Kaufmann, Al.; Theorie und Methoden der Statistik, Tübingen 1913.

Lampe, Adolf; Theorie des Sparprozesses und der Kreditschöpfung, Jena 1926.

Derselbe; Schumpeters System und die Ausgestaltung der Verteilungslehre, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, 66. Band, Jena 1923.

Landauer, Carl; Der Meinungsstreit zwischen Böhm-Bawerk und Wieser über die Grundsätze der Zurechnungslehre, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 46. Band von 1919.

Derselbe; Wert, Zurechnung und Preis, Schmollers Jahrbuch, 49. Jahrgang von 1925.

Derselbe; Theorie der Verteilung, in Wirtschaftstheorie der Gegenwart, 3. Band, Wien 1927.

Derselbe; Grundprobleme der funktionellen Verteilung des wirtschaftlichen Wertes, Jena 1923.

Liefmann, Robert; Zurechnung und Verteilung, Schmollers Jahrbuch, 48. Jahrgang von 1924.

Derselbe; Nutzen und Kosten, Wert und Preis, Schmollers Jahrbuch, 49. Jahrgang von 1925.

Loewe, Adolf; Wie ist Konjunkturtheorie überhaupt möglich? Weltwirtschaftliches Archiv, 24. Band von 1926.

Lukas, Eduard; Erwägungen über die Bestimmungsgründe und die innere Verbundenheit des Angebotes und der Nachfrage, die den Kapitalzins begründen, Erlangen und Leipzig 1925.

Meyer, Hans; Artikel „Zurechnung" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 8. Band, Jena 1928.

Derselbe; Eine neue Grundlegung der theoretischen Nationalökonomie, Oesterreichische Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 20. Band, Wien 1911.

Menger, Carl; Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Wien und Leipzig 1923.

Mohrmann, Max; Dogmengeschichte der Zurechnungslehre, Jena 1914.

Neurath, Otto; Nationalökonomie und Wertlehre, Oesterreichische Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 20. Band, Wien 1911.

Oswald, Henry; Theorie des Kapitalzinses, in „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart", 3. Band, Wien 1927.

Schams, Ewald; Die Cassel'schen Gleichungen und die mathematische Wirtschaftstheorie, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 127. Band, III. Folge, 72. Band, Jena 1927.

Schönfeld, Leo; Ueber Josef Schumpeters Lösung des ökonomischen Zurechnungsproblems, Oesterreichische Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, neue Folge, 4. Band, Wien 1924.

Schumpeter, Josef; Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Wien und Leipzig 1926.

Derselbe; Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, Leipzig 1908.

Derselbe; Bemerkungen über das Zurechnungsproblem, Oesterreichische Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 18. Band, Wien 1909.

Derselbe; Das Rentenprinzip in der Verteilungslehre, Schmollers Jahrbuch, 31. Jahrgang von 1907.

Derselbe; Das Grundprinzip der Verteilungslehre, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 42. Band von 1916.

Derselbe; Gustav Cassel's „Theoretische Sozialökonomie", Schmollers Jahrbuch, 51. Jahrgang von 1927.

Derselbe; Eine „dynamische" Theorie des Kapitalzinses, eine Entgegnung, Oesterreichische Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Wien 1913.

Derselbe; Zur Frage der Grenzproduktivität, Schmollers Jahrbuch, 51. Jahrgang von 1927.

Derselbe; Professor Clarks Verteilungstheorie, Oesterreichische Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 15. Band, Wien 1906.

Streller, Rudolf; Statik und Dynamik in der theoretischen Nationalökonomie, Leipzig 1927.

Derselbe; Die Dynamik der theoretischen Nationalökonomie, Tübingen 1928.

Thünen, Joh. Heinr. von; Der isolierte Staat, herausgegeben von Heinrich Wäntig, Jena 1921.

Valk, Willem; Zur Frage der Grenzproduktivität, Schmollers Jahrbuch, 51. Jahrgang von 1927.

Vogel, Emanuel Hugo; Statik und Dynamik als Grundprobleme der theoretischen Nationalökonomie, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 84. Band, Tübingen 1928.

Weber, Adolf; Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München und Leipzig 1928.

Weber, Max; Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 19. Band, 1904.

Weiß, Franz Xaver; Produktionsumwege und Kapitalzins, Oesterreichische Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, neue Folge, 1. Band, Wien 1921.

Wicksell, Knut; Geldzins und Güterpreise, Jena 1922.

Wieser, Friedr. von; Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft im Grundriß der Sozialökonomik, 1. Band, Tübingen 1914.

Zwiedineck-Südenhorst, Otto von; Preislehre und Konjunkturforschung, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 82. Band, Tübingen 1927.

Derselbe; Die Kausalität der Volkswirtschaft, Schmollers Jahrbuch, 51. Jahrgang von 1927.

Derselbe; Ueber den Subjektivismus in der Preislehre, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 38. Band von 1914.

Derselbe; Kritisches und Positives zur Preistheorie, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 64. und 65. Jahrgang, Tübingen 1908 und 1909.

Inhaltsangabe

Vorwort . . . . . Seite 3

Einführung . . . . . Seite 5

Ueber die gegenwärtige Situation der sozialökonomischen Theorie 5. — Schumpeters Zins- und Konjunkturtheorie als Sondererscheinung 5. — Dogmenkritik und synthetische Arbeit 6. — Entwicklung der Disposition 7.

I. Kapitel. Statik und Dynamik . . . . . Seite 9

Das Wesen der Theorie 9. — Die deduktive Methode 10. — Die naturwissenschaftliche Induktion 11. — Die statistische Methode 12. — Zusammenwirken und relative Bedeutung der Methoden 14. — Die Fehler der spekulativen und der empiristischen Theorie 14. — Auch die reine Funktionaltheorie ist abzulehnen 15. — Zusammenfassung 19. — Das Problem der Verifizierung 20.

Statik und Dynamik in ihrem Verhältnis zu den Methoden 21. — Die Definition der Begriffe 23. — Isolierung und Idealisierung 23. — Die Bedingungen des statischen Gleichgewichtes. 24. — Bedürfnisse und Wert 24. — Das Rationalprinzip 26. — Die freie Konkurrenz 27. — Der Synchronisierungsgedanke 28. — Bevölkerung, Arbeit und Boden 29. — Zusammenfassung 29. — Die Aufgabe der Variationsmethode 30.

Der engere Statikbegriff bei Schumpeter 30. — Der Widerspruch zwischen mathematischer Funktionaltheorie und Wertlehre 32. — Die Konsequenzen bei Schumpeter 34. — Sein erweiterter Statikbegriff 35. — Widerspruch zwischen den Synchronisierungsgedanken und stationärer Veränderung 37. — Zusammenfassung 39.

II. Kapitel. Zurechnung und Grenzproduktivität . . Seite 41

Die unternehmungsweise Organisation der verkehrswirtschaftlichen Produktion und Verteilung 41. — Die Produktionsgrenze und das Gesetz vom abnehmenden Nutzertrag der Produktion 44. — Das Problem der Zurechnungstheorie 46. — Die Konsequenzen, welche die Zurechnung nach Schumpeter in der Statik nach sich zieht 47. — Widersprüche bei Schumpeter und kein Beweis 50. — Der Lösungsversuch des Zurechnungsproblems durch Böhm-Bawerk und seine Beurteilung 53. — Der Lösungsversuch Schumpeters und seine Beurteilung 56. — Das vorläufige Ergebnis 57. — Der Lösungsversuch Wiesers und seine Beurteilung 58. — Die Beiträge von Valk, Landauer, Clark, Hayeck und Broda 61. — Der gemeinsame Fehler bei Wieser und Böhm-Bawerk 63. — Vorbereitende Bemerkungen 64. — Der Versuch einer eigenen Lösung des Zurechnungsproblems 66. — Das Ergebnis 74. — Die Anwendung des Ergebnisses bei der Variation des Mengenverhältnisses der Produktionselemente 77. — Das Auftreten des Kapitalgewinns 79. — Die allgemeine gleiche Gewinn-

rate 84. — Der Zusammenhang zwischen Kapitalgewinn und Sparen 86. — Zusammenfassung 90. — Die Nachfrage der Unternehmer nach Sparmitteln und Kapitalgütern 92.

III. Kapitel. Das Angebot an Sparmitteln . . . . Seite 93

Notwendigkeit einer Analyse des Sparmittelangebotes 93. — Die Abstinenztheorie und ihre Beurteilung 94. — Die drei Zinsbestimmungsgründe bei Böhm-Bawerk 96. — Der zweite Grund Böhm-Bawerks und seine Beurteilung 97. — Der erste Grund Böhm-Bawerks 99. — Begriffliche Vorbemerkungen 100. — Der Konsumtivkredit 102. — Das unentgeltliche Sparen 106. — Böhm-Bawerk erschöpft die Problematik nicht 108. — Der typische Fall des entgeltlichen Sparens 109. — Die Kurve des Sparmittel-Angebotes 111. — Gibt es eine zinslose Verkehrswirtschaft? 113. — Modifikationen 115. — Doch eine Unterschätzung der Zukunftsbedürfnisse 116. — Kapitalbesitz und ökonomischer Machttrieb 117.

Literatur-Verzeichnis . . . . . Seite 119

Inhalts-Verzeichnis . . . . . Seite 125

Date Due

[illegible] 15 [illegible]	5/22		

COLUMBIA UNIVERSITY
0032052847

D114 B23

Barbarino
Gibt es in der statischen wirtschaft einen kapitalzins

[illegible] ~~Globel~~
5/22 342 W[illegible]

MSH 00394 NEH

MAR 11 1994

APR 12 1937

H. W. C.

END OF
TITLE